

65. Sitzung

Mittwoch, den 25. März 2009

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

**"Besorgniserregender Rückgang der Zahl der praktischen Ärzte
in den ländlichen Räumen von Rheinland-Pfalz"**
auf Antrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/3223 – 3927

**"An den Realitäten vorbei – Einführung und Umsetzung
der neuen Grundschulordnung"**
auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 15/3238 – 3935

**"Guter Start ins Kinderleben in Rheinland-Pfalz: Vorbild und Perspektiven einer
zukunftsgerichteten Familienpolitik – Zwischenbilanz nach einem Jahr
Kinderschutzgesetz Rheinland-Pfalz"**
auf Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 15/3244 – 3942

Die Aktuelle Stunde wird dreigeteilt.

*Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des
Landtags statt.*

**Wahl der vom Landtag Rheinland-Pfalz zu wählenden Mitglieder
für die 13. Bundesversammlung**
Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP
– Drucksache 15/3252 – 3947

*Der Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 15/3252 –
wird einstimmig angenommen. 3947*

Wahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Universität Trier
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
– Drucksache 15/3210 – 3947

*Der Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3210 – wird
einstimmig angenommen. 3947*

Wahl von schriftführenden Abgeordneten**Wahlvorschlag der Fraktion der CDU**

– Drucksache 15/3198 – 3947

Der Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3198 – wird einstimmig angenommen.

3947

Bericht des Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit Vorgängen um das Arp-Museum, der Verwendung von Steuermitteln für dieses Projekt und der politischen Verantwortung der Landesregierung hierfür

– Drucksache 15/3200 – 3947

Der Tagesordnungspunkt ist mit seiner Besprechung erledigt. 3968**Landesgesetz zur Änderung der Gemeindeordnung und des Zweckverbandsgesetzes****Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 15/3032 –

Zweite Beratung**dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses**

– Drucksache 15/3204 –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU

– Drucksache 15/3259 –

Fairer Wettbewerb für die Kommunalwirtschaft bei der Energieversorgung**Antrag der Fraktion der SPD – Entschließung –**

– Drucksache 15/3258 – 3968

Der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU – Drucksache 15/3259 – wird bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, ansonsten einstimmig angenommen. 3971*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/3032 – wird unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags der Fraktionen der SPD und CDU – Drucksache 15/3259 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils mit Mehrheit angenommen.*

3971

Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3258 – wird bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, ansonsten einstimmig angenommen. 3971**Landesgesetz zu dem Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag****Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 15/3116 –

Zweite Beratung**dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medien und Multimedia**

– Drucksache 15/3240 – 3971

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/3116 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. 3971

**Zweites Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Durchführung
der Kriegsofferfürsorge
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/3118 –
Zweite Beratung**

dazu: Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses
– Drucksache 15/3241 – 3972

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/3118 – wird in zweiter
Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. 3972*

**Landesgesetz zur Integration der jährlichen Sonderzahlung und zur Anpassung
der Besoldung und Versorgung 2009/2010 (LBVAnpG 2009/2010)
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und FDP
– Drucksache 15/3224 –
Zweite Beratung**

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
– Drucksache 15/3242 – 3972

**....tes Landesgesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz
und des Fraktionsgesetzes Rheinland-Pfalz
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und FDP
– Drucksache 15/3225 –
Zweite Beratung**

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
– Drucksache 15/3243 – 3972

Die Tagesordnungspunkte 9 und 19 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

*Der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 15/3224 –
wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils
einstimmig angenommen. 3975*

*Der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 15/3225 –
wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils
einstimmig angenommen. 3976*

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsministerin Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Professor Dr. Ingolf Deubel, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering; die Staatssekretäre Martin Stadelmaier, Professor Dr. Joachim Hofmann-Göttig.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Ulla Brede-Hoffmann, Margit Mohr; Staatssekretär Professor Dr. Siegfried Englert.

Rednerverzeichnis:

Abg. Auler, FDP:.....	3968, 3969
Abg. Bracht, CDU:.....	3972, 3974
Abg. Dincher, CDU:.....	3972
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:.....	3929, 3933, 3934
Abg. Dr. Schmitz, FDP:.....	3927, 3933, 3944
Abg. Eymael, FDP:.....	3975
Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:.....	3928
Abg. Frau Dickes, CDU:.....	3935, 3940
Abg. Frau Dr. Lejeune, FDP:.....	3957
Abg. Frau Ebli, SPD:.....	3932, 3933
Abg. Frau Morsblech, FDP:.....	3937, 3941, 3942
Abg. Frau Raab, SPD:.....	3936, 3941
Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:.....	3973
Abg. Frau Steinruck, SPD:.....	3942, 3946
Abg. Frau Thelen, CDU:.....	3943, 3946
Abg. Geis, SPD:.....	3962
Abg. Hartloff, SPD:.....	3967
Abg. Maximini, SPD:.....	3971
Abg. Noss, SPD:.....	3968
Abg. Pörksen, SPD:.....	3953
Abg. Schnabel, CDU:.....	3969
Abg. Schneiders, CDU:.....	3947, 3948
Abg. Schreiner, CDU:.....	3949, 3966
Bruch, Minister des Innern und für Sport:.....	3970
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:.....	3939, 3964
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:.....	3930, 3934, 3945
Prof. Dr. Hofmann-Göttig, Staatssekretär:.....	3960
Präsident Mertes:.....	3927, 3928, 3929, 3930, 3932, 3933, 3934, 3935, 3936, 3937
.....	3938, 3940, 3941, 3942, 3943
Vizepräsident Bauchhage:.....	3944, 3945, 3946, 3947, 3948, 3949, 3953, 3957
Vizepräsident Schnabel:.....	3973, 3974, 3975
Vizepräsidentin Frau Klamm:.....	3960, 3962, 3964, 3966, 3967, 3968, 3969, 3970, 3971, 3972

65. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 25. März 2009

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste! Seien Sie willkommen zur 65. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz!

(Unruhe im Hause)

Ich danke, dass Sie so aufmerksam folgen.

(Harald Schweitzer, SPD: Gerne!)

Ich darf Ihnen einige Hinweise zur Tagesordnung geben. Herr Langner und Frau Schellhaaß werden mich als schrifführende Abgeordnete unterstützen. Entschuldigt sind Frau Brede-Hoffmann, Frau Mohr sowie Herr Staatssekretär Professor Dr. Englert.

Wir haben heute einen Geburtstag zu feiern. Sie sehen Herrn Weiner lächeln. Er lächelt sicherlich angesichts der Glückwünsche und der Kiste Wein, die ihm jetzt zugesprochen wird. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Sie müssen sich die Kiste natürlich selbst abholen.

(Abg. Weiner, CDU, begibt sich zum Präsidentenpult)

Zur Tagesordnung gebe ich noch den Hinweis, dass es zu den Tagesordnungspunkten 7, 8, 9 und 10 Beschlussempfehlungen gibt, die am gestrigen Dienstag verteilt wurden. Die Frist zwischen der jeweiligen Verteilung der Beschlussempfehlung und der zweiten Beratung muss daher abgekürzt werden. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Nachdem es keine weiteren Hinweise gibt, stelle ich die Tagesordnung fest.

Dann rufe ich **Punkt 1** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

AKTUELLE STUNDE

„Besorgniserregender Rückgang der Zahl der praktischen Ärzte in den ländlichen Räumen von Rheinland-Pfalz“ auf Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/3223 –

In der ersten Runde stehen fünf Minuten, in der zweiten Runde zwei Minuten Redezeit zur Verfügung. – Bitte schön, Herr Dr. Schmitz, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir rufen heute in der Aktuellen Stunde diesen Tagesordnungspunkt nach langjähriger Diskussion als Thema auf,

weil wir nach mehreren Kleinen Anfragen zum ersten Mal zur Situation insbesondere der hausärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz klarsehen.

Ich will mit einem Lob an die Landesregierung einsteigen. Die Landesregierung hat langsam mehr und mehr Realitätssinn bewiesen und eingeräumt, dass wir tatsächlich in Rheinland-Pfalz Probleme haben, die man nicht mehr leugnen kann, auch wenn sie immer noch daran festhält, uns zu erläutern, dass die Planungsbezirke noch nicht unterversorgt seien. Das wundert mich nicht, wenn man weiß, bei welchem statistischen Unter-versorgungsgrad ein Planbezirk überhaupt unterversorgt ist. Sie trägt auch immer wieder die Zahl vor, es gebe in Rheinland-Pfalz insgesamt mehr Ärzte.

Wir haben entsprechende Fragen gestellt. Die Statistik klärt auf. Es ist tatsächlich so, dass es in Rheinland-Pfalz mehr Ärztinnen und Ärzte gibt. Das ist aber auch der Tatsache geschuldet, dass in die Ärztestatistik die psychologischen Psychotherapeuten Eingang gefunden haben, dass, was die Landesregierung oft lobt, aufgrund der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf mehr und mehr vor allem Ärztinnen in Teilzeit tätig sind, die auch in die Statistik eingehen, und dass wir – last but not least – zunehmend medizinische Versorgungszentren haben, durch die viele Ärzte sozusagen die Niedergelassenenstatistik aufpeppen und schönen. Selbst diese geschönte Statistik kann nicht länger darüber hinwegtäuschen, dass wir es in Rheinland-Pfalz mit einem sehr ernst zu nehmendem Problem der Ärzteversorgung vor allem in den ländlichen Bezirken zu tun haben.

(Beifall der FDP)

Wenn wir uns – Frau Ministerin, ich möchte es für Sie nicht zu trist gestalten, weshalb ich mich auf ein Zahlenbeispiel beschränke – über die Jahre 2005 bis 2007 den Donnersbergkreis anschauen, ein Kreis, dem es nichts hilft, dass wir, wie die Landesregierung gebetsmühlenartig darlegt, in den Städten eine Überversorgung haben

(Pörksen, SPD: Ihre Rede auch nicht!)

– Herr Pörksen, das ist auch für Sie sehr interessant, aber vielleicht kennen Sie die Zahlen auch schon –, sind in diesen drei Jahren elf praktische Ärzte weggegangen

(Pörksen, SPD: Schlimm genug!)

– Herr Pörksen, das ist schlimm genug, da haben Sie recht –, während drei dazugekommen sind. Man muss kein Rechengenie sein, um festzuhalten, dass acht Allgemeinmediziner im Donnersbergkreis innerhalb von drei Jahren sozusagen weggefallen sind. Wir können uns alle ausmalen, was das für die Bevölkerung heißt.

Meine Damen und Herren, was tut die Landesregierung in diesem Zusammenhang? Sie macht zwei Dinge: Sie organisiert mit der Kassenärztlichen Vereinigung in Rheinland-Pfalz einen Masterplan, den man nicht kritisieren kann, der aber – das wissen wir alle – dieses Problem auch nicht annähernd lösen können. Zum Zweiten spielt sie, zum Teil federführend – wir erinnern uns an die Aussagen des Ministerpräsidenten, als er

noch in Berlin aktiv war –, eine Rolle bei den letzten beiden Gesundheitsreformen.

(Ministerpräsident Beck: Ich bin immer noch in Berlin aktiv!)

– Immer noch. Herr Ministerpräsident, Sie stehen zu Ihrem Wort. Dieses Wort war sehr von Hoffnung geprägt. Es lautete sinngemäß: Ärzte, auf Euch kommen wieder bessere Zeiten zu. Wir haben das Problem erkannt und steuern dagegen. – Man hat auf insgesamt 1.200 DIN-A4-Seiten Gesetzestext gegengesteuert – allein das ist bemerkenswert –, um das umzusetzen, was Sie uns versprochen haben, Herr Ministerpräsident, nämlich erstens mehr Honorar, um den Arztberuf attraktiver zu machen, zweitens eine verbesserte Transparenz und drittens das Ende der Budgetierung in seiner bisherigen Form.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns jetzt anschauen, wie viele junge Studentinnen und Studenten des Fachs Medizin noch in den Arztberuf gehen, können wir feststellen, dass wir langsam aber sicher auf die 50 %-Grenze zugehen. Das bedeutet, nur noch etwa mehr als die Hälfte der jungen Menschen, die sich für das Medizinstudium entscheidet, wird später Arzt in einer Praxis oder einem Krankenhaus.

Ich appelliere dringend an die Landesregierung, dieses Problem nicht weiter zu relativieren, sondern sich mit allen Mitteln, die sie hat – auch über den Bundesrat –, zur Lösung dieses Problems bemüht zu fühlen;

(Glocke des Präsidenten)

denn das, was in unserem Land passiert, ist nicht nur – Herr Präsident, ich komme zum Ende – ein Problem für die Patientinnen und Patienten, sondern das ist vor allem ein Problem für die Struktur unseres Landes insgesamt. Das Bauen von Landesstraßen können wir uns künftig sparen,

(Glocke des Präsidenten)

wenn wir in diesem wichtigen Infrastrukturbereich versagen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP)

Präsident Mertes:

Ich erteile das Wort Frau Kollegin Anklam-Trapp.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hausärzte agieren tagtäglich nicht nur kompetent in der medizinischen Versorgung, sondern sie engagieren sich auch als Ratgeber. In schwierigen Lebenslagen sind sie die ersten und wichtigsten Ansprechpartner für fast alle Patientinnen und Patienten. Sie kennen diese und ihre Krankengeschichte besser als

jede andere Arztgruppe. Kurzum: Hausärzte sind unverzichtbar für Staat und Gesellschaft.

Die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum ist für ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz von besonderer Bedeutung. Daher müssen wir Themen wie die zunehmende Überalterung und die schwierige Nachwuchssituation bei niedergelassenen Ärzten auch mit Weitblick entgegentreten.

Herr Dr. Schmitz, ich möchte an dieser Stelle auch nicht bestreiten, dass es lokal in vier, wie Sie das eben ausgeführt haben, von 28 Planungsbereichen zu Engpässen kommt; denn wir wissen, dass es in einigen ländlichen Bereichen schwieriger wird, frei werdende Arztsitze neu zu besetzen.

Dies ist jedoch ein reines Verteilungsproblem und nicht der immer wieder gerne herbeigeredete Notstand in der Ärzteversorgung. Auch Herr Dr. Schmitz hat eben in seiner Rede gesagt, dass es bei Weitem nicht so ist, dass wir in Rheinland-Pfalz insgesamt zu wenig Ärzte hätten. Wir haben mehr niedergelassene Ärzte als je zuvor. In etwa der Hälfte der hausärztlichen Planungsbereiche herrscht sogar Überversorgung.

Meine Damen und Herren, Probleme in der ambulanten ärztlichen Versorgung haben alle Flächenländer. Einzigartig ist jedoch der Masterplan, der durch die hervorragende Arbeit unserer Gesundheitsministerin, Frau Malu Dreyer, in Zusammenarbeit mit den Partnern, nämlich der Landesärztekammer, der Kassenärztlichen Vereinigung und dem Hausärzterverband Rheinland-Pfalz, geschaffen wurde. Er ist das Fundament für nachhaltige Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und der Lebenswelt, zur Schaffung von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen und zur Nutzung von neuen flexiblen Möglichkeiten der Berufsausübung.

So wurde – ich möchte nur einige Beispiele nennen; Herr Dr. Schmitz hat zu Recht darauf hingewiesen, dass nur rund 50 % der Menschen, die Medizin studieren, danach am Patienten arbeiten – vom Fachbereich Medizin der Universität Mainz ein neues Auswahlverfahren eingeführt, das in Zukunft Bewerbern aus medizinischen Berufen sowie Abiturienten mit einem weniger guten Notendurchschnitt, aber einer hohen Motivation und einer großen Eignung die Chance auf einen Studienplatz eröffnet.

Einen weiteren richtungweisenden Schritt stellt für uns die seitens der Kassenärztlichen Vereinigung eingerichtete Famulaturbörse dar, durch die man über das Internet über www.hausarzt.rlp.de schnell und einfach die Adressen von allgemeinmedizinischen Praxen erhält, die zum Beispiel Famulaturplätze anbieten.

Ein weiterer besonders wichtiger Erfolg ist für uns, dass seit Herbst 2008 im Rahmen der Umsetzung des Masterplans eine Erhöhung der Zahl der allgemeinmedizinischen Lehrpraxen erreicht werden konnte. Im Moment sind es sieben, bald sind es elf Lehrpraxen, vier mehr als vorher. Den Studenten stehen nun mehr Kapazitäten für das Praktische Jahr, für das sogenannte PJ, zur Verfügung, wodurch die Ausbildung deutlich verbessert wird.

Zur Ausbildung: Für die Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin stehen mittlerweile 120 geförderte Weiterbildungsstellen zur Verfügung. Vorher waren es 80. Wir machen dort etwas.

(Beifall der SPD)

Darüber hinaus wird die Weiterbildung – das ist wichtig – zukünftig auch in Teilzeit möglich sein, Stichwort: Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Meine Damen und Herren, neben den Erfolgen des Masterplans wirkt sich auch das im Jahr 2007 in Kraft getretene Vertragsrechtsänderungsgesetz mittlerweile positiv aus. Erlauben Sie mir noch, einige Zahlen zu nennen. Seitdem wurden 181 Genehmigungen für Zweitpraxen erteilt, ein Modell, das Zukunft haben wird. Ein positiver Trend ist auch bei der Neueinstellung von Voll- und Teilzeitkräften zu verzeichnen; denn nicht jeder Mediziner möchte originär Hausarzt werden und selbstständig sein. Die 320 Stellen, die da geschaffen wurden, sind ebenfalls ein Erfolg.

Weitere Argumente sind die Aufhebung der sogenannten Altersgrenze und die schon mehrfach diskutierte verbesserte Honorardiskussion für die niedergelassenen Ärzte, die jetzt zum Tragen kommen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Landesregierung – Ministerin Malu Dreyer – hat die Probleme erkannt und gemeinsam mit Partnern gehandelt. Die bereits umgesetzten Maßnahmen des Masterplans und die aufgrund der Gesundheitsreform allgemein verbesserten Rahmenbedingungen haben dazu geführt, dass die Ausbildungssituation verbessert und – ganz wichtig – die Attraktivität des Arztberufs erhöht werden konnten.

Mit anderen Worten: Die Diagnose ist erstellt, der Therapieplan ist erarbeitet. Die Medizin wird Zeit brauchen, um ihre Wirkung zu entfalten. Anders gesagt: Wir haben in unserem Land gute Instrumente, die greifen werden, um die ambulante Versorgung zu gewährleisten. Da bin ich optimistisch.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Rosenbauer.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben es schon geahnt, dass alles so gekommen ist wie immer: Es ist alles gut in Rheinland-Pfalz. Die Landesregierung hat wieder alles gemacht. Es klappt alles wie am Schnürchen.

(Beifall bei der SPD)

– Verstehen Sie? Dass Sie jetzt klatschen, zeigt eigentlich Ihre Einstellung. Wollen Sie als SPD-Fraktion sich

wirklich irgendwann noch einmal mit einem Thema auseinandersetzen, oder wollen Sie hier nur Jubelveranstaltungen durchführen? Die Frage muss man wirklich bald einmal stellen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Alle Zeitungen, die es in diesem Land gibt, berichten seit über einem Jahr darüber, mit Artikeln, die Überschriften tragen wie: „Ärztenschwund befällt das Land“. Die KV protestiert, und die Ärzteschaft insgesamt macht auf das Problem aufmerksam, aber es ist alles gut, und wir haben nur punktuelle Probleme. Fragen Sie einmal Patienten aus dem Hunsrück, der Eifel oder dem Westerwaldkreis – wo ich herkomme –, was sie zu diesem Thema sagen.

Ich möchte einfach noch einmal ein paar Zahlen nennen; denn Zahlen lügen in der Regel nicht.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

– Ich kann mich gut daran erinnern, dass die SPD-Fraktion hier gern mit Zahlen agiert hat, wenn es um irgendwelche Wirtschafts- oder Arbeitslosenzahlen ging. Dann waren die Zahlen immer Gold wert. Nur wenn die Zahlen eine andere Sprache sprechen, sind sie falsch, oder auch die Studie ist falsch.

(Beifall der CDU)

Das ist schon interessant, auch im Vergleich zu ganz Deutschland. Ich möchte also nur einmal ein paar Zahlen nennen. Das Durchschnittsalter der Vertragsärzte lag im Jahr 1993 gemessen an den Zahlen für 2007 – das sind keine CDU-Zahlen, sondern die offiziellen Zahlen der KV – deutschlandweit bei 46,6 Jahren. In Rheinland-Pfalz lag es 1993 bei 46,2 Jahren. Im Jahr 2007 lag das Durchschnittsalter deutschlandweit bei 51,3 Jahren, in Rheinland-Pfalz ebenfalls.

(Harald Schweitzer, SPD: Ist das langweilig!)

Bei den Krankenhausärzten lag das Durchschnittsalter 1993 deutschlandweit bei 38,1 Jahren; jetzt sind es 41 Jahre. In Rheinland-Pfalz lag das Durchschnittsalter der Krankenhausärzte 1993 noch unter dem Bundesdurchschnitt bei 37,9 Jahren. Jetzt liegt es bei 41,7 Jahren, also über dem Bundesdurchschnitt.

Noch dramatischer stellt es sich dar, wenn man sich die Zahlen für die Ärzte unter 35 Jahren ansieht. Deren Anteil ist im Bundesdurchschnitt von 26,6 auf 16 % heruntergegangen, in Rheinland-Pfalz von 26,3 – wir lagen also 1993 über dem Bundesdurchschnitt – auf 14,7 %. Damit befinden wir uns im Vergleich der Länder ganz am unteren Ende. Das sind die Probleme.

Was die offiziellen Zahlen betrifft: Es wird immer gesagt, es seien genug Hausärzte da. Seit 2002 verlieren wir jedes Jahr Hausärzte. Am extremsten war es von 2006 auf 2007. Damals hatten wir ein Minus von 46 Hausarztpraxen, also 46 Hausarztstellen, die nicht mehr besetzt werden konnten.

Das alles fällt nicht vom Himmel. Ich weiß nicht, wie man sich dann hierhinstellen und sagen kann, das alles ist gut.

(Frau Spurzem, SPD: Keine Beleidigungen!)

– Frau Kollegin, hätten Sie gestern einmal auf die Homepage der Ärztekammer geschaut, hätten Sie gesehen, dass 26 Stellen ausgeschrieben sind. Das ist die Wirklichkeit.

Zum Schluss möchte ich noch einen wichtigen Punkt nennen.

(Pörksen, SPD: Einen Vorschlag!)

– Wir haben hier schon genug Vorschläge gemacht.

(Frau Schmitt, SPD: Welche denn? –
Frau Spurzem, SPD: Dann machen Sie doch noch mal einen!)

Das Thema ist seit 1999 bekannt. Die CDU-Fraktion hat schon 2002 eine Anhörung durchführen lassen. Sie können gern die Stellungnahme lesen, die 2002 zum Beispiel von der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz abgegeben wurde. Das heißt, all die Probleme waren über Jahre hinweg absehbar.

(Frau Spurzem, SPD: Das sagt die CDU!)

Hätten wir 2002 mehr gemacht, hätten die ersten Studierenden schon jetzt – sechs Jahre dauert ein Studium – andere Bedingungen vorfinden können.

(Frau Schmitt, SPD: Was denn?)

Erst jetzt fangen wir an, und da ist das Versagen der Landesregierung auszumachen.

(Beifall der CDU)

Es bedarf eines Zeitraums von sechs Jahren. Die Zeit ist vorübergegangen. Die Probleme werden nicht geringer werden.

Auch der Hinweis sei mir noch erlaubt: Das, was sich im Krankenhauswesen abspielt, folgt im Abstand von vier oder fünf Jahren auch bei den niedergelassenen Ärzten. Wir hatten schon 2002 klare Hinweise, auch von der Krankenhausgesellschaft, wie viele Assistenzarztstellen nicht mehr besetzt werden konnten. Heute traut sich keiner mehr, bei den Krankenhäusern eine Umfrage zu machen, weil alle Krankenhäuser darum kämpfen, überhaupt Assistenzärzte zu bekommen. Wenn man dann sogar jemanden findet, der die deutsche Sprache beherrscht, ist man noch glücklicher. Das ist die Realität. Das ist keine Schwarzmalerei, sondern die Realität. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

(Beifall der CDU)

Dabei mache ich der Landesregierung nicht den Vorwurf, dass sie das Grundproblem zu verantworten hat. Darin sind wir völlig einig; das habe ich oft genug gesagt. Das Grundproblem liegt auf der Bundesebene.

Aber es gibt Teilbereiche, in denen wir gemeinsam etwas tun können. Dort haben wir viel zu lange gewartet. Ich bitte darum, dieses Thema jetzt endlich ernst zu nehmen und voranzuschreiten.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung antwortet Ministerin Malu Dreyer.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen! Zunächst zum Herrn Abgeordneten Dr. Schmitz: Ihr Lob für die Landesregierung erinnert ein bisschen an diese neuartigen Pralinen: außen Schokolade, innen Senf, und es treibt einem die Tränen in die Augen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD –
Zurufe von der CDU)

– Das kennen Sie noch gar nicht, nicht wahr? – Vielleicht noch an Herrn Dr. Rosenbauer gerichtet: Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich zwischen der Lage im Jahr 2002 und der Lage im Jahr 2009 sehr gut unterscheiden kann. Das sage ich auch Herrn Abgeordneten Dr. Schmitz. Die Statistiken, aus denen Sie zitieren, habe ich Ihnen in der Regel vorgelegt. Wir haben viele Anfragen von Ihnen bekommen, die wir auch beantwortet haben.

Auch wenn ich als Juristin nicht besonders gut rechnen kann, so kann ich doch lesen. Insofern ist das, was wir heute erleben, für uns natürlich keine Überraschung. Wir haben auch nie gesagt, dass das eine Überraschung ist, sondern wir haben gesagt, dass wir frühzeitig handeln müssen. Aber ich habe im Jahr 2002 immer widersprochen, wenn Sie hier gestanden und ausgerufen haben, dass in unserem Land ein Ärztemangel herrscht, dass wir weit und breit nicht mehr genug Ärzte haben.

Dagegen habe ich mich immer gewehrt. Ich habe mich nie dagegen gewehrt, differenziert zu argumentieren und zu sagen, dass sich die Alterspyramide deutlich verändert hat. Wir wissen, dass wir in absehbarer Zeit zu viele alte Ärzte und Ärztinnen haben und zu wenig junge nachkommen, und zwar nicht nur, weil viele Studierende heutzutage nicht mehr in den Arztberuf gehen, sondern auch wegen des demografischen Arguments.

Deshalb hat die Landesregierung auch nicht erst gestern angefangen zu handeln. Sie haben korrekterweise gesagt, dass wir nicht alles ändern können. Das sind bundesweite Entwicklungen, mit denen wir konfrontiert sind. Wir können einiges tun. Das tun wir seit Jahren.

Herr Dr. Schmitz hat heute wieder einen netten Schlenker gemacht und gesagt, gegen den Masterplan ist nichts einzuwenden.

Herr Dr. Schmitz, es ist nicht nur nichts dagegen einzuwenden, sondern ich würde einmal sagen, dass wir gemeinsam mit unseren Partnern alle Punkte, die wir im Land überhaupt beeinflussen können, in dem Masterplan mit aufgegriffen haben. Wir setzen diese Dinge auch um. Hierüber hat Frau Abgeordnete Anklam-Trapp dezidiert Auskunft gegeben.

Es gibt keinen Zweifel daran. In den ländlichen Regionen ist in den letzten Jahren die Zahl der Hausärzte und Hausärztinnen zurückgegangen. Natürlich muss es uns auch mit Sorge erfassen, dass zunehmend die Bereitschaft von jungen Menschen, sich mit ihren Hausarztpraxen auf dem Land anzusiedeln, zurückgegangen ist.

Ohne Zweifel wird die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Bereich in den nächsten Jahren für alle Partner im Gesundheitswesen eine Herausforderung sein. Ich glaube, das hat niemand bestritten.

Der Hausarzt ist der erste Ansprechpartner der Patienten vor Ort. Deshalb ist eine wohnortnahe Präsenz aus unserer Sicht außerordentlich wichtig. Aus diesem Grund gibt es den Masterplan und viele andere Aktivitäten. Wenn ich auf die Bundesebene und darauf schaue, wie wir uns in der Vergangenheit verhalten und wo wir eingewirkt haben, sind das Aspekte, die für die Entwicklung des ärztlichen Lebens im ländlichen Bereich wichtig sind.

Ich nenne ein Beispiel. Erst das Vertragsarztrechtsänderungsgesetz hat es ermöglicht, dass Zweitpraxen entstehen und Teilzeitangestellte möglich sind. Das ist für unser Land von ausgesprochener Bedeutung. Das kann man belächeln. Das ist aber einer der wichtigsten Punkte für die Zukunft zur Sicherstellung der Versorgung auf dem Land.

Bevor ich noch auf andere Punkte eingehe, möchte ich die Versorgung ansprechen. Auch das ist wichtig zu sagen. Wir haben vor allem in ländlichen Bereichen in insgesamt vier Regionen Probleme.

Herr Dr. Schmitz, wir haben aber in 16 von 28 Versorgungsgebieten eine Über- und keine Unterversorgung. Wir haben in keiner einzigen Region eine Unterversorgung, aber in vier Planungsregionen einen Versorgungsgrad, der uns immer wieder in Schwierigkeiten bringt. Das bestreitet niemand. Wenn Sie heute auf dem Land eine Praxis besetzen wollen, geht das nicht mehr so einfach, wie das in der Vergangenheit war. Das ist die Situation. Sie skizziert ganz klar die Herausforderungen für die Zukunft.

Ich komme zur Anzahl der Ärzte und Ärztinnen. Zwischen 1979 bis heute hat sich die Zahl der niedergelassenen Ärzte und Ärztinnen im Land fast verdoppelt. 1979 waren es 3.200 und 2006 über 6.000 Ärzte und Ärztinnen. Natürlich sind die Psychologen und Psychotherapeuten in der Zahl enthalten. Die Teilzeitkräfte waren schon immer mitgerechnet worden, aber dennoch können Sie schon an der Gesamtsumme deutlich erkennen, dass wir noch niemals so viele Ärzte und Ärztinnen hatten.

Die Landesregierung ist seit vielen Jahren auf der Bundesebene aktiv, um die Situation positiv zu verändern. Ich nenne die Honorarreform, über die in der letzten Zeit besonders gern diskutiert wird. Wir wollen, dass Ärzte und Ärztinnen ein transparenteres System und mehr Geld bekommen.

Ich möchte eine Zahl nennen, weil wir uns zurzeit sehr viel über das Geld streiten. Nach neuen Simulationsberechnungen der Kassenärztlichen Vereinigung erhalten die Ärzte und Ärztinnen in Rheinland-Pfalz 9,8 % mehr Geld als im Jahr 2007. Es ist auch ein Verdienst, dass wir dafür gekämpft haben. Dass es Streitereien in der Verteilung gibt, ist eher deren Problem als unseres.

(Beifall bei der SPD)

Die Hausärzte und Hausärztinnen haben von dieser Reform ganz klar profitiert. Eine Ihrer Forderungen war mehr Geld, damit Hausärzte und Hausärztinnen entsprechend vergütet werden.

Die Lebensqualität spielt vor allem bei den Landärzten und Landärztinnen eine große Rolle. Deshalb sind im Masterplan bestimmte Punkte – das sind keine Peanuts – enthalten, wie beispielsweise die Entwicklung der Bereitschaftsdienstzentralen. Am Wochenende haben viele junge Leute keine Lust mehr, Wochenenddienste zu machen. Die Attraktivität des hausärztlichen Dienstes liegt auch darin, ob wir in der Lage sind, bestimmte Dinge neu zu organisieren. Die Bereitschaftsdienstzentralen sind dabei ein absolut wichtiger und wesentlicher Punkt.

Viele Männer im Hause belächeln die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Immerhin haben der Wirtschaftsminister und ich gestern an einer Veranstaltung in der Kammer teilgenommen, an der über 100 Betriebe anwesend waren. Diese kapierten schon lange, dass sie in diesem Bereich etwas unternehmen müssen. Das gilt natürlich für die Ärzte und Ärztinnen ganz genauso. Auch hier ist es kein weiches Thema.

Ich komme noch einmal zum Vertragsarztrechtsänderungsgesetz. Inzwischen wurden in Rheinland-Pfalz 181 Genehmigungen für Zweitpraxen ausgestellt. Das zeigt deutlich, dass das ein wichtiger Baustein in der zukünftigen Versorgung in unserem Land ist.

(Beifall der SPD)

Wir haben inzwischen verschiedene Maßnahmen angepackt, und zwar angefangen bei der Ausbildung über die Weiterbildung. Vieles ist auch erfolgreich umgesetzt worden. Wir haben inzwischen eine Praxisbörse, eine Famulaturbörse und mehr allgemeinmedizinische Lehrpraxen. Hierbei handelt es sich um ein echtes Defizit in der Vergangenheit.

Die Weiterbildung ist in dem Bereich verbessert worden. Wir haben mehr Weiterbildungsstellen. Wir haben auch Weiterbildung in Teilzeit und eine Verbundausbildung begonnen, auch wenn sie noch nirgends zu 100 % funktioniert. Aber auch das ist ein wichtiger Punkt für die Zukunft. Wir arbeiten an einer besseren Auswahl der Studierenden, um sicherzustellen, dass mehr Menschen,

die Medizin studieren, am Ende auch diesen Beruf ergreifen.

Man kann das alles belächeln. Ich sage aber abschließend, dass es nicht die Patentlösung gibt. Die Ursachen dafür, dass wir weniger Interesse von Ärzten und Ärztinnen auf dem Land haben, ist absolut vielschichtig. So differenziert und umfassend muss auch die Antwort auf dieses Problem sein. Deshalb müssen alle einen Beitrag dazu leisten.

Ich komme zu meiner letzten Anmerkung. Wenn ein Beruf wie der Arztberuf in den letzten Jahren vor allem aus dem eigenen Berufsstand so oft so schlecht und negativ dargestellt wird, braucht man sich manchmal nicht über die Skepsis junger Leute zu wundern, dass sie keine große Lust mehr haben, in diesen Beruf zu gehen.

(Beifall bei der SPD)

Eine ärztliche Veranstaltung, die damals von der Kasenärztlichen Vereinigung und der Landesärztekammer organisiert wurde, wird mir unvergessen sein. Zu dieser wurden zwei Studenten eingeladen. Diese wurden am Ende der Streitveranstaltung gefragt, wie sie die Veranstaltung bewerten und ob sie Lust hätten, später in den ärztlichen Beruf zu gehen.

Der O-Ton der Studenten hat gelautet: Eigentlich haben wir ganz unbefangen studiert und wollten auch Arzt werden. Nach der Veranstaltung müssen wir uns das ernsthaft überlegen und uns noch einmal mit dem auseinandersetzen, was hier gesagt worden ist. Wir wissen nicht, ob wir das wirklich noch wollen. – So viel zu den Ärzten.

Vielleicht hat diese Woche jemand den „SPIEGEL“ gelesen. Herr Präsident, das ist der letzte Satz. Ich möchte einmal darauf hinweisen, dass das, was darin steht, den Ärzten und diesem Beruf auch einmal guttäte. Es gibt auch Ärzte, die sagen, ihnen gehe es gut, das sei ein schöner Beruf, und sich zwei Seiten lang darüber auslassen, dass es Spaß macht, in diesem Bereich zu arbeiten.

Das ist auch mein Appell. Wir müssen alle daran arbeiten, dass es für junge Menschen attraktiv wird und bleibt, sich als Hausärzte auf dem Land niederzulassen. Dafür tragen wir alle eine Verantwortung.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile der Kollegin Ebli das Wort.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frau Ministerin hat es sehr deutlich gesagt. Sie reden eine Situation schlecht und nieder, die in Wirklichkeit nicht so schlecht ist.

Herr Dr. Schmitz, Sie haben die Statistik erwähnt und sie – ich kann nicht wortwörtlich zitieren – als geschönt betrachtet. Sie sprechen die Beschäftigung von teilzeitbeschäftigten Frauen in den Praxen im Beruf an.

Wir sehen darin nicht das Problem. Wir sehen darin die Chance, dass Frauen, die den hoch qualifizierten Beruf der Ärztin erlernt und studiert haben, die Möglichkeit haben, selbstbewusst und eigenverantwortlich in Praxen zu arbeiten, die es aufgrund der veränderten Gesetzesbedingungen früher gar nicht so gab.

(Beifall des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

– Es ist schon ein bisschen zynisch, wie Sie gerade klatschen, sehr geehrter Herr Kollege.

(Dr. Schmitz, FDP: Ich teile Ihre Meinung!)

– Das freut mich.

Ich weiß, dass es in unserem Land in vielen Bereichen Bewerbungen von Ärzten und Ärztinnen in Krankenhäusern gibt, die sich blind bewerben, weil sie von dieser schönen Region und diesem hoch qualifizierten Angebot partizipieren, daran teilhaben wollen.

(Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, Sie sind entschieden zu laut.

Bitte schön.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Aber es ist einfach. Wenn es nicht so läuft, wie man es sich vorstellt – – – Es ist wiederholt angesprochen worden. Es gibt Regionen, über die man sich Sorgen machen muss, damit in Zukunft die ärztliche Versorgung gesichert ist. Es ist einfach, das alles der Politik in die Schuhe zu schieben.

Ich habe noch nicht einen brauchbaren Vorschlag, weder von Ihnen, Herr Dr. Schmitz, noch von Herrn Dr. Rosenbauer, gehört.

(Beifall bei der SPD –
Glocke des Präsidenten)

Nicht einen brauchbaren Vorschlag.

Es gibt Bemühungen, die ich ansprechen möchte, nämlich von kommunaler Seite. Das ist meines Erachtens nachahmenswert.

(Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, bitte zwei Sätze.

Präsident Mertes:

Ihre Zeit ist trotzdem abgelaufen.

(Heiterkeit im Hause)

Abg. Frau Ebli, SPD:

Lassen Sie mich noch einen Satz zu Altenkirchen sagen. Der Landrat und der Bürgermeister aus Altenkirchen bemühen sich sehr intensiv, junge Ärzte in die Region zu bringen und bei denjenigen, die an das DRK-Krankenhaus kommen, für die Region zu werben.

Schade, die Zeit ist zu kurz.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Schmitz das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon sehr froh, dass die Landesregierung ganz deutlich einen anderen Zungenschlag in die Diskussion bringt als die Fraktion der SPD, zu deren Ausführungen ich mich nicht weiter äußern möchte.

Das Einzige, was ich mir in dem Zusammenhang verbitte, ist dieser zynische Applaus bei dem Vortrag von Herrn Rosenbauer. Ich muss sagen, das ist dem Thema wirklich nicht angemessen.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Man kann darüber streiten, wer recht hat. Man kann auch darüber streiten, wer die besseren Vorschläge macht. Aber man kann das Problem nicht mehr wegreden.

Wenn die Fraktion sagt, das sind alles gute Instrumente, die greifen werden, da bin ich optimistisch, da muss ich sagen, ich bin der Landesregierung dankbar, dass sie diesen Duktus nicht aufgenommen hat.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Dazu sind die Dinge in der Tat zu ernst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht nur um die einzelnen Planungsbezirke.

(Dr. Rosenbauer, CDU: So ist es!)

Es geht um einen Trend, der in einem System tief angelegt ist, das seit vielen Jahren auf Kriterien basiert, die unserer sozialen Marktwirtschaft grundfremd sind. Das Gesundheitssystem in unserem Land ist misswirtschaft-

lich, mangelverwaltend, überbürokratisiert und in Teilen planwirtschaftlich.

(Beifall der FDP –
Ministerpräsident Beck: Und eines der
besten der Welt!)

Wer das nicht zur Kenntnis nehmen will, dem bleibt nur das übrig, Herr Ministerpräsident, was Sie seit Jahren versuchen, an der dritten Stelle hinter dem Komma den Problemen gerecht zu werden.

(Beifall bei der FDP)

In der Tat, Sie kämpfen gegen das Problem in Rheinland-Pfalz mit kurzen Spießern, weil Sie die langen Spieße in Berlin komplett falsch eingesetzt haben. Sie tragen in Mainz und Berlin Verantwortung für eine Entwicklung,

(Glocke des Präsidenten)

die vom Trend her Jahr für Jahr schlimmer wird. Bitte wachen Sie auf.

(Beifall der FDP und bei der CDU –
Ministerpräsident Beck: Das beste System
in der Welt!)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer das Wort.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Zuhörer! Der Herr Ministerpräsident ruft rein, das beste System der Welt. Daran hat niemand gezweifelt. Wir waren es immer, die gesagt haben, wir haben ein sehr gutes System. Wir wollen das System auch nicht von Grund auf ändern. Das sind Sie in der SPD, die das System ändern wollen, nicht wir. Nicht auf den Kopf stellen.

(Beifall der CDU)

Da muss man bei der Wahrheit bleiben. Wahrheit ist sowieso so ein Thema.

Frau Dreyer, Sie haben leider Pech. Wir sind alle zu lange hier, um noch genau in Erinnerung zu haben, wie die Landesregierung mit diesem Thema umgegangen ist.

Ich will Ihnen nur ein paar Beispiele geben. Pressedienst des Ministeriums vom 4. Januar 2006: Auernheimer rechnet nicht mit Ärztemangel in den nächsten zehn Jahren. – Das ist das, was uns bis letztes Jahr permanent begleitet hat.

Selbst der Ministerpräsident hat letztes Jahr im Rahmen der Veranstaltung, die Ärzte im Schloss durchgeführt haben – Herr Ministerpräsident, ich war dabei –, gesagt, die ganzen Probleme gibt es überhaupt nicht. Es gibt keine Abwanderung ins Ausland und, und, und. Sie

haben das dort alles noch sehr kritisch betrachtet. Sie sind dann gegangen. Sie waren in der Diskussion nachher nicht mehr dabei, weil Sie dann von Herrn Beske etwas völlig anderes zu dem hätten hören können, was Sie gesagt haben.

Frau Dreyer, auch Sie persönlich haben sich anders eingelassen. Ich will aus der „Rhein-Zeitung“ vom 26. April 2007 zitieren. Da haben Sie gesagt: Frau Ministerin Dreyer warnt dagegen davor, Versorgungsengpässe heraufzubeschwören und die Bevölkerung zu verunsichern. – Das will niemand von uns. Fragen Sie einmal die Bevölkerung im ländlichen Raum, was die sagen.

Dann haben Sie Folgendes gesagt: Bislang sind allerdings noch alle Praxen besetzt worden, so Dreyer.

(Staatsministerin Frau Dreyer: Das stimmte auch damals!)

Ich kann Ihnen allein aus unserer Region – – – Ich habe Ihnen eben Zahlen von 2002 vorgelesen, als Praxen schon nicht mehr besetzt worden sind. Das ist doch die Tatsache. Wir wollen Ihnen gar nichts ans Bein hängen, sondern versuchen, das Problem zu sehen und gemeinsam weiterzumachen.

Was unser Vorwurf ist, und der bleibt bestehen, ist das Thema – – –

(Frau Raab, SPD: Sprechen Sie als Lobbyist für ein Krankenhaus?)

– Frau Kollegin, dieser hoch qualifizierte Beitrag sagt wieder alles.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Nehmen Sie Ihre letzten zehn Sekunden beherzt in Anspruch.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

An anderer Stelle sind Sie schon einmal dazwischengegangen.

Das Einzige, was wir sagen, ist, wir haben sechs Jahre, sieben Jahre vergeuden lassen, ohne schon damals intensiv an dem Thema zu arbeiten. Rheinland-Pfalz ist nun einmal ein Flächenland, und wir tun uns schwerer – das ist völlig klar –, gerade in der Fläche. Es ist völlig unbestritten, dass es entlang der Rheinschiene und in den Ballungsgebieten genügend Ärzte gibt.

(Glocke des Präsidenten)

Unser Problem bleibt aber die Fläche, und dort müssen wir für eine vernünftige Versorgung sorgen. Das haben die Patienten verdient.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile Frau Staatsministerin Dreyer das Wort.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Herr Präsident, vielen Dank! Ich kann nicht anders. Ich möchte jetzt doch noch einmal drei, vier Sätze sagen.

Zunächst auch noch einmal zu unserem Gesundheitssystem, weil Herr Dr. Schmitz solche Themen immer auf die Tagesordnung bringt, um sozusagen diesen Globalschwung gegen unser Gesundheitssystem zu machen.

(Frau Ebli, SPD: Das ist sehr populistisch!)

Ich sage noch einmal als Gesundheitsministerin, es ist nach wie vor so, dass Deutschland eines der allerbesten, hoch qualifiziertesten, am besten die Versorgung sicherstellendes Versorgungssystem, Gesundheitssystem in der ganzen Welt hat.

(Beifall bei der SPD)

Die Kollegen und Kolleginnen suchen sich weltweit nach wie vor Deutschland als das Beispiel. Sie schauen sich an und überlegen, wie sie ihr Gesundheitssystem organisieren können.

Wir bewegen uns leider Gottes immer, wenn wir uns in der Gesundheit bewegen, in dem Spannungsfeld – er hört gar nicht zu – zwischen Wirtschaftlichkeit und Ressourcen einerseits und andererseits Gesundheitsversorgung. Das wird auch so bleiben, selbst wenn die FDP eine andere Vorstellung hat, wie man das Gesundheitssystem organisiert. Sie werden trotzdem die Frage zu beantworten haben, wie viel Leistung von wem bezahlt werden kann.

Wir haben nun einmal dieses Spannungsfeld, dass wir – Gott sei Dank – ein beitragsfinanziertes und zum Teil steuerfinanziertes System haben und die Beitragszahler, die Steuerzahler letztendlich diejenigen sind, die dieses System finanzieren. Wenn Sie es zum Teil nicht stärker privatisieren wollen – dies steht hinter Ihrer Vorstellung –, dann haben Sie das Problem, dass Sie dieses Spannungsfeld zu klären haben.

Wir stehen als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen klar dafür zu sagen, wir wollen, dass in unserem System nach wie vor alle Bürger und Bürgerinnen die notwendigen medizinischen Leistungen erhalten. Das bedeutet alles, was sie im Krankheitsfall brauchen, um adäquat behandelt zu werden.

Der zweite Punkt ist, wir wollen, dass Ärzte und Ärztinnen auskömmlich vergütet werden und ordentliche Rahmenbedingungen haben. Dafür setzen wir uns ein, sowohl der Ministerpräsident als auch ich, und das seit vielen Jahren. Dazu gehörte unter anderem auch mehr Geld für Ärzte und Ärztinnen. Das war nicht gerade unumstritten, auch nicht innerhalb unserer eigenen Partei.

Wir sind auch froh darüber, dass wir inzwischen die Situation haben, dass Rheinland-Pfalz über 100 Millionen Euro mehr für die Ärzte und Ärztinnen zur Verfügung stellen kann. Das war auch aus Ihrer Sicht immer einer der wesentlichen Punkte, was die Attraktivität des Arztberufes betrifft.

(Dr. Schmitz, FDP: Das ist doch Quatsch!)

– Da sagen Sie heute „Quatsch“, damals haben Sie immer gesagt, solange die Ärzte nicht genug Geld verdienen, brauchen wir nicht über andere Dinge zu reden. Das ist Ihr O-Ton.

(Dr. Schmitz, FDP: Das ist doch kompletter Unsinn!
Ich habe immer gesagt, dass die Überbürokratisierung die Ursache ist!)

– Überbürokratisierung ist ein Argument, aber der Ruf nach mehr Geld in der Ärzteschaft war durchaus auch Ihr Credo gewesen.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Wenn ich mir heute noch einmal die Zahlen anschau und sehe, dass hier im Durchschnitt immer noch viele Ärzte im Bereich um die 10.000 Euro liegen – auch hier, der Hausarzt erzählt das; im Durchschnitt 10.000 Euro brutto in der Hausarztpraxis –, dann denke ich, gibt es keinen vergleichbaren Beruf von Selbstständigen, die sichergestellt haben, dass sie über ein Beitragssystem eine solche Einnahme haben. Das muss man einfach auch ab und zu im Kopf haben.

(Beifall der SPD)

Letzter Punkt: Wir haben es mit Demografie zu tun und damit, dass Medizin heute für viele andere Chancen ermöglicht, nicht nur den selbstständigen Beruf. Man kann heute in die Forschung, in die Pharmazie oder zum Medizinischen Dienst der Krankenversicherung gehen. Das bringt nun einmal die Problematik mit sich, dass wir einfach nicht den Nachwuchs haben, den wir bei der demografischen Situation zurzeit bzw. in den nächsten Jahren eigentlich bräuchten.

Daran arbeiten wir, und das nicht erst seit gestern, Herr Dr. Rosenbauer. Ich habe es im Ausschuss auch schon einmal gesagt, der Masterplan, den wir 2007 machen konnten, ist nicht vom Himmel gefallen. Daran haben wir viele Monate mit den Partnern gearbeitet, ebenso wie daran, überhaupt die Partner des Gesundheitswesens einmal zusammenzubringen und davon zu überzeugen, dass wir gemeinsam in dieser Sache agieren müssen, um überhaupt etwas zu erreichen.

(Beifall der SPD)

Ich denke, wir sind nicht blauäugig. Wir leugnen auch keine Situation. Wir tun, was wir können als Land, um mit gemeinsamen Kräften daran zu arbeiten.

Was Frau Ebli noch sagte, da sind alle aufgefordert. Auch in der Region, auch der Bürgermeister, der seinem jungen Arzt ein gutes Umfeld gibt und sich überlegt: Wie können wir unseren Standort wirklich attraktiv ma-

chen? – Solche Dinge müssen wir in Zukunft sehr viel stärker ins Auge fassen, wenn wir die jungen Ärzte und Ärztinnen, die es in den Städten nach wie vor zuhauf gibt, davon überzeugen wollen, dass sie auf das Land gehen und sich dort auch wohlfühlen.

Danke.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Bevor ich das zweite Thema der Aktuellen Stunde aufrufe, begrüße ich auf der Zuschauertribüne als Gäste Bürgerinnen und Bürger aus Fußgönheim. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Wir kommen nun zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

„An den Realitäten vorbei – Einführung und Umsetzung der neuen Grundschulordnung“ auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3238 –

Frau Abgeordnete Dickes hat das Wort.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Abg. Frau Dickes, CDU:

– Herr Pörksen, wenn Sie sich für den Landkreis entschuldigen, dann können Sie ja umziehen. Es geht schon wieder gut los.

(Pörksen, SPD: Nein, ich gehe nicht!)

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie viele Briefe die Landesregierung bezüglich der neuen Grundschulordnung erhalten hat. Ich weiß nicht, wie viele Lehrerinnen und Lehrer nach ihren Problemen bei der Umsetzung gefragt hatten.

Die letzte Ausschusssitzung lässt jedoch keine große Zahl vermuten.

(Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Lehrerverbände müssten kritisieren, um ihre Existenzberechtigung zu erhalten, war sinngemäß Ihre Antwort auf die massive Kritik des VBE. In Wahrheit ist alles bestens.

Ich würde gern einmal ein kleines Stück aus einem Brief einer Grundschullehrerin vorlesen: Gedanken einer Klassenlehrerin: Mit den Schlagworten „Differenzierung“ und „Individualisierung“ macht es sich die Politik sehr einfach. Es ist zu vermuten, dass die Verantwortlichen noch nie im 1. Schuljahr unterrichtet oder sich alternativ

durch Rücksprache mit versierten Lehrkräften zusammengesetzt haben. –

(Fuhr, SPD: Das haben Sie selbst geschrieben!)

Weiter steht hier: Die derzeitige Schulpolitik im Lande Rheinland-Pfalz bezüglich der Einschulung und der Schuleingangsphase ist zunehmend rückschrittlich, nimmt keine Rücksicht auf die Individualität der Kinder und wälzt die Verantwortung auf die Lehrkräfte ab. –

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Hallo!)

Nach dem VBE hat gestern auch die GEW nachgezogen und die Kritik ihrer Mitglieder weitergegeben.

(Pörksen, SPD: Personalratswahlen lassen grüßen!)

Das Maß ist voll, der Packesel vollgepackt – so beschrieb es ihr Vorsitzender in einem Gespräch mit uns. Es gibt inhaltlich viel zu kritisieren, z. B. die Frage der Auflösung vieler Standorte von Schulkindergärten und das Verbot, Kinder im 1. Schuljahr noch einmal zurückzustellen, wenn sie doch nicht schulreif sind und sich und oft auch ihre Klassen quälen.

(Fuhr, SPD: Das gibt es ja wohl nicht!)

Der Hauptkritikpunkt bei der neuen Grundschulordnung ist aber der Dilettantismus bei der Umsetzung. Mitten im laufenden Schuljahr kommt eine neue Grundschulordnung, nach der dann auch sofort verfahren werden soll.

(Dr. Rosenbauer, CDU: So ist es!)

Frau Ministerin, wissen Sie eigentlich, wie groß die Unsicherheit an den Schulen ist? Müssen Lehrer künftig jeden Fortschritt auf Beobachtungsbögen dokumentieren,

(Frau Schmitt, SPD: Das ist doch gut so!)

was einen immensen Zeitbedarf zur Folge hätte, oder reichen Leistungsnachweise als Dokumentation?

Wie sollen Grundschullehrer individuelle Förderpläne erstellen, wenn sie es in ihrer Ausbildung nie gelernt haben? Dürfen oder sollen die Protokolle des Lehrer-Eltern-Schülergesprächs anschließend den Eltern ausgehändigt werden? Was passiert eigentlich, wenn Eltern zu diesem Gespräch trotz Aufforderung nicht erscheinen?

Heißt individueller Leistungsnachweis individuelles Erbringen von einheitlichen Leistungsanforderungen oder aber individuelles Festsetzen von Leistungsstandards? Wird die ganze Klasse am gleichen Bildungsziel gemessen?

Soll z. B. der schwache Schüler auf das leichtere Diktat eine Zwei bekommen können, während der stärkere eine individuelle Drei auf ein schwierigeres Diktat bekommt? Das ist immerhin umgesetzte Praxis an einigen Grundschulen.

(Harald Schweitzer, SPD: Schon einmal etwas von Pädagogik gehört?)

Wie erkennt die aufnehmende Schule am Zeugnis, ob es sich um eine individuelle Note handelt? Immerhin sind die weiterführenden Schulen gehalten, bei der Klassenbildung auf eine breite Leistungsverteilung in den Klassen zu achten.

Frau Ministerin, Ihnen mögen die Antworten auf diese Fragen klar sein, den Lehrerinnen und Lehrern vor Ort leider nicht. Das sind Fragen, die uns von Schul-, Seminarleitern und Berufsverbänden gestellt wurden.

Sie haben von heute auf morgen eine neue Ordnung eingeführt, ohne vor Ort rechtzeitig zu informieren. Rechtzeitig heißt hier, bevor man eine neue Grundschulordnung einführt.

(Beifall der CDU)

Die Schulmoderatoren reisen gerade durch das Land und erklären. Aber auch sie haben nicht alles verstanden; denn sie erklären an verschiedenen Schulen ganz unterschiedlich. Das haben uns die Verbände bestätigt.

Wir haben mit Lehrern, Eltern und Verbänden gesprochen. Wir haben unzählige Briefe erhalten. Das Bedürfnis zum Gespräch war groß, die Verzweiflung auch.

(Zurufe von der SPD: Ach herrje!)

Auf die Grundschulen ist in den letzten Jahren viel an Mehrarbeit zugekommen. Der sprichwörtliche Tropfen, der das Fass schließlich zum Überlaufen gebracht hat, waren die Zeugnisse.

Grundschullehrer machen vieles mit, sie sind so stark emotional mit ihren Kindern verbunden, dass sie über ihre eigenen Grenzen hinausgehen. Aber an diesem Anspruch muss man irgendwann scheitern, weil die Kräfte nicht mehr reichen.

Das ist Raubbau an Lehrern. Immer mehr Grundschullehrer sehen den einzigen Ausweg in einer Teilzeitstelle.

(Glocke des Präsidenten)

Wir wollen aber keine ausgebrannten, sondern brennende Lehrer.

(Harald Schweitzer, SPD: Das ist doch Terrorismus: brennende Lehrer!)

Wir wollen, dass sie Zeit für Kinder haben. Wir wollen, dass nicht am Ende die Kinder die Verlierer der neuen Grundschulordnung sind.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile Frau Kollegin Raab das Wort.

Abg. Frau Raab, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Aktuelle Stunde trägt das Thema „Aktuell“ im Titel,

weil man über aktuelle Themen spricht. Bei der heutigen Aktuellen Stunde hatte ich aber doch zunächst den Eindruck, Sie hätten aktuell kein neues Thema zum Skandalisieren gefunden, verehrte Frau Kollegin Dickes.

(Heiterkeit und Zuruf des Abg. Bracht, CDU:
Wo leben Sie denn?)

Ich habe aber nach Ihrem Beitrag festgestellt, dass Sie aktuell ganz viele Fragen haben, obwohl wir das Thema bereits zweimal im Ausschuss und einmal im Plenum diskutiert haben. Deshalb ist es gut so, dass wir heute wieder reden, damit Ihre offenen Fragen heute endlich beantwortet werden können.

(Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Kein Problem ist gelöst!)

Die Landesregierung hat nach zahlreichen Gesprächen mit Fachleuten, Elternvertretern und Pädagogen eine Grundschulordnung vorgelegt und diskutiert, die vielfach in ihren großen Zügen schon angewendet worden ist, bevor sie – das ist zugegebenermaßen ein Kritikpunkt – spät dort veröffentlicht worden ist. Das ist aber auch der einzige Kritikpunkt; denn man muss einfach sagen, dass viele von den Dingen, die Sie angesprochen haben, die Dokumentation, die Elterngespräche und viele andere Dinge, dankenswerterweise in unseren guten Grundschulen schon umgesetzt worden sind.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich die große Wertschätzung der Arbeit in unseren 988 Grundschulen in Rheinland-Pfalz zum Ausdruck bringen. Ich zitiere gern den GEW-Vorsitzenden Herrn Hammer, der – ebenfalls in seiner neuen Pressemitteilung, die Sie sehr selektiv zitiert haben – gesagt hat:

Die Grundschule ist seit vielen Jahren die innovativste und integrativste Schulform, die wir haben. – Und das dank dieser engagierten Lehrerinnen und Lehrer!

(Beifall der SPD)

Dass dies so ist, erfahren wir auch in Gesprächen mit den Gewerkschaften oder auch mit Lehrerinnen und Lehrern und mit Eltern. Wir können es auch im IGLU-Test nachlesen, dem Grundschultest, der unseren rheinland-pfälzischen Grundschulen bescheinigt hat, dass sie eine hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall der SPD)

Sie fördern die kleinen Klassen, und dies hat auch die Umfrage des VBE ergeben. Wir haben eine durchschnittliche Klassengröße von 21,3 Kindern. Ja, die Klassen sind sicherlich in den städtischen Ballungsgebieten manchmal größer, aber wir haben auch in den ländlichen Räumen bei uns Kombi-Klassen. Wir haben manchmal neun bis zehn Kinder in einer Klasse, und das Motto „Kurze Beine, kurze Wege“ gilt bei uns in Rheinland-Pfalz. Ein Dank an die Bildungsministerin, ein Dank an alle, die das umsetzen!

(Beifall der SPD)

Ich kann mich noch gut an die Zeit erinnern, als ich in Rheinland-Pfalz in die Grundschule ging – damals hieß unsere Bildungsministerin Hanna Renata Laurien – und wir 45 Kinder von der ersten bis zur vierten Klasse waren. Dazu können wir einfach nur sagen, insbesondere seit 1991 hat sich auf diesem Weg enorm viel getan.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

Die neue Grundschulordnung ist gerade für Eltern von besonderem Interesse; denn dadurch wird die individuelle Förderung ihrer Kinder zum Maß aller pädagogischen Bemühungen. Dies steht in der VBE-Pressemitteilung.

Kritikpunkte, die angeführt werden, müssen wir sorgfältig prüfen. Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dafür ist es nach einem Halbjahr noch sehr früh. Was ist mit dem Vorwurf der Mehrbelastung? Was ist mit dem Vorwurf der Elternarbeit und dem Zeugnis? – Darüber werden wir reden. Aber ein Halbjahreszeugnis ist dafür zu wenig.

Ich wage auch die These, wenn die Einführungswehen abgeklungen sind, wird auch ein anderer Effekt einsetzen, den wir jetzt schon spüren können: Weniger Leistungsnachweise, also Klassenarbeiten, bedeutet auch eine Entlastung von Lehrerinnen und Lehrern. Es bedeutet auch eine Zeitersparnis; denn gerade die Zahl der Leistungsnachweise war in Rheinland-Pfalz ganz besonders hoch.

Ich wage auch die These, dass die verstärkte Schuleltern-Lehrer-Kind-Beziehung, die wir durch die Dokumentation der Lernentwicklung sowie durch die differenzierte Rückmeldung der Noten- und Verbalzeugnisse bekommen, eine Zeitersparnis mit sich bringen wird, weil das Miteinander viel besser wird.

Worüber reden wir also heute? – Wir reden darüber, dass Frau Dickes Gespräche geführt hat. Sie haben einen Brief bekommen. Aber auch wir haben Briefe bekommen, und auch wir haben Gespräche geführt. Wir haben gute Gespräche geführt. Wir unterhalten uns über die Kritikpunkte, wir gehen sie sorgfältig miteinander an, und wir haben sehr viele positive Berichte gehört. Ich habe zitiert, was VBE und GEW gesagt haben.

(Glocke des Präsidenten –
Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Ich bitte darum, die Verbände nicht selektiv zu zitieren; das wird ihrer konstruktiven Arbeit nämlich nicht gerecht.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat nun Frau Kollegin Morsblech. – Herzlich willkommen zurück!

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident! Zunächst einmal vielen Dank für das herzliche Willkommen.

Meine Damen und Herren, die neue Grundschulordnung steht nun schon seit einigen Monaten in der Kritik. Dies hat sich in der Zwischenzeit, seitdem ich nicht da war, nicht geändert. Sie wurde schon vor ihrem offiziellen Inkrafttreten heftig diskutiert. Auch das war etwas ungewöhnlich. Wir haben auch im Bildungsausschuss mehrfach über diese Fragen gesprochen. Zuletzt – auch dies wurde von meiner Kollegin soeben gesagt – gab es eine umfangreiche Befragung des VBE zu diesen Fragen, und gestern fand eine Pressekonferenz der GEW statt, in der eine Liste von 4.000 Unterschriften präsentiert wurde.

Die Landesregierung hat im Ausschuss – so habe ich es das letzte Mal wahrgenommen – etwas erstaunt auf die Kritik der Verbände reagiert. Sie wirkte ein wenig empört. Pädagogisch sei diese Grundschulordnung doch in einem großen Konsens verabschiedet worden, hieß es. – Das ist in der Tat richtig. Auch ich hatte den Eindruck, dass es einen großen Konsens über die eigentlichen pädagogischen Neuerungen, die hinter der neuen Grundschulordnung stehen, gab. Aber wenn Sie eine Verordnung auf den Weg bringen, hinter der eigentlich inhaltlich die Akteure stehen, ist es umso erstaunlicher, dass Sie sie so dilettantisch einführen, dass sie mit einer derart negativen Dauerdiskussion begleitet wird, meine Damen und Herren.

(Beifall der FDP und der CDU)

Es ist mittlerweile ein Gesamtkunstwerk, und es wirkt wieder ein bisschen nach dem Motto: „Wir machen's einfach“. Sie haben diese Verordnung in einer merkwürdigen Art und Weise, auf die ich noch eingehen werde, auf den Weg gebracht, und das ist meiner Ansicht nach wieder einmal gehörig schiefgegangen.

Zunächst handelt es sich bei der neuen Grundschulordnung nicht um eine einfache Verordnung, sondern um ein sehr umfassendes und bedeutsames Paket pädagogischer und schulorganisatorischer Neuerungen. Es gibt eine deutliche Reduzierung der Zahl der Klassenarbeiten. Das Halbjahreszeugnis im zweiten Schuljahr wird durch ein Lehrer-Eltern-Schüler-Gespräch ersetzt. Ziffernotenzeugnisse werden grundsätzlich durch umfangreiche Verbalbeurteilungen ergänzt. Erhebliche Lerndokumentationspflichten werden neu eingeführt. Die Möglichkeit der Ausschulung im Verlauf der ersten Klasse wird abgeschafft. Dies ist alles sehr umfangreich und auch nicht ohne Bedeutung.

Eine solch gravierende Änderung der rheinland-pfälzischen Grundschullandschaft auf dem reinen Verwaltungswege selbst zu entscheiden, ist etwas, das man machen kann. Angemessen wäre meiner Ansicht nach allerdings gewesen, auch das Parlament an diesem Entscheidungsprozess zu beteiligen.

(Beifall der FDP und der CDU)

Dann müssen Sie sich auch über die Diskussion im Nachhinein nicht wundern.

Völlig undiskutabel ist allerdings, dass diese Grundschulordnung zum Schuljahresbeginn 2008 umgesetzt werden musste, die eigentliche Verordnung selbst aber

den Akteuren erst nach den Herbstferien vorlag. Genauso, wie wir es auch schon bei der Schulgesetzgebung beobachten konnten, halten Sie sich dabei auch nicht mehr sauber an die Verfahren. Die Umsetzung neuer Gesetze und Verordnungen erfolgt offensichtlich regelmäßig unter der absoluten SPD-Mehrheit, noch bevor das jeweilige Gesetz oder die jeweilige Verordnung überhaupt rechtskräftig vorliegen.

(Beifall der FDP und der CDU –
Eymael, FDP: Richtig!)

Das Dritte, was äußerst interessant ist, ist die Tatsache, wie jetzt mit der inhaltlichen Kritik umgegangen wird. Ich sagte bereits, im Ausschuss hatte ich das Gefühl, die Ministerin zeigt sich ein wenig verwundert, dass ausgerechnet diejenigen, nämlich der VBE und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die vorher die pädagogischen Neuerungen eingefordert hätten, nun am lautesten kritisieren. Frau Ministerin, das war meiner Ansicht nach – Sie mögen es mir verzeihen – eine relativ undifferenzierte Art und Weise, mit einer sehr differenzierten Kritik dieser Akteure umzugehen.

(Beifall der FDP)

Wenn man sich beispielsweise die gestrige Presseinformation der GEW aufmerksam durchgelesen hat, bekennt man sich nicht nur in dieser Gewerkschaft, sondern auch unter den Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern insgesamt ausdrücklich zur individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern in der Grundschule, auch auf der Basis der Neuerungen, die die Grundschulordnung vorsieht.

Aber Sie können doch nicht ernsthaft glauben, Sie könnten diese Neuerungen durchsetzen, ohne dass sie zunächst einmal ausführlich diskutiert werden – das ist noch unsere Sache im parlamentarischen Raum –, ohne dass Sie den Akteuren rechtzeitig die rechtliche Grundlage dazu liefern und vor allem, ohne dass Sie ihnen die zur Umsetzung zwingend notwendigen Ressourcen mit auf den Weg geben. Das funktioniert nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall der FDP)

Dann hätten Sie auch entsprechende Mittel im Haushalt verankern und zur Verfügung stellen müssen. Die Kritik, die von den Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern an der Reform geübt wird, ist differenziert und völlig nachvollziehbar.

(Glocke des Präsidenten)

Ich würde gern im Einzelnen in der zweiten Runde noch auf diese Kritik eingehen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und der CDU)

Präsident Mertes:

Das Wort hat nun Frau Ministerin Ahnen.

**Frau Ahnen, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Jugend und Kultur:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte erst einmal zwei Vorbemerkungen machen. Ich widerspreche Frau Kollegin Raab ungern,

(Baldauf, CDU: Oh!)

aber wir haben im Ausschuss nicht zweimal über dieses Thema geredet, sondern wir haben im Ausschuss viermal über dieses Thema geredet. Übrigens haben wir im Ausschuss auch weit vor dem Inkrafttreten miteinander geredet, nämlich am 17. Januar 2008, am 29. Mai 2008, am 9. September 2008 und am 10. März 2009.

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Dickes, sagen Sie mir eine Frage, die seitens des Ministeriums in diesen Ausschussberatungen unbeantwortet geblieben ist. Insofern waren Sie bei den kritischen Fragen, die Ihnen zu Ohren gekommen sind, bestens in der Lage, den Schulleiterinnen und Schulleitern und den Lehrerinnen und Lehrern im Einzelfall weiterzuhelfen, wenn es noch nicht angekommen war.

(Beifall bei der SPD)

Der Titel der Aktuellen Stunde – zum Thema „Aktualität“ habe ich auf Daten verwiesen – heißt: „An den Realitäten vorbei“. Also ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, wenn es um individuelle Förderung geht, wenn es darum geht, dass Eltern besser Rückmeldungen erhalten, und wenn es auch darum geht, Leistungsnachweise in ihrer zu hohen Anzahl zu reduzieren, dann ist das meines Erachtens nicht an den Realitäten vorbei, sondern ein dringendes Gebot der Stunde.

(Beifall bei der SPD)

Dabei mache ich es mir auch nicht so leicht, Ihnen jetzt einzelne Briefe vorzulesen. Es gibt einen wunderschönen Leserbrief im „Trierischen Volksfreund“. Diesen könnte ich Ihnen vorlesen. Ich könnte Ihnen auch jede Menge Briefe aus meinem Büro mitbringen. Ich habe schon einmal versucht, es Ihnen in der Ausschusssitzung zu erklären. Sie werden im schulischen Bereich nie etwas machen, bei dem Sie nicht so eine Stimme und so eine Stimme finden. Wie gesagt, ich glaube, ich bekomme noch mehr Briefe als Sie.

(Frau Spurzem, SPD: Das glaube ich auch!)

Ich könnte mich hier stundenlang hinstellen und könnte Ihnen Belobigungen auf die Grundschulordnung vorlesen. Damit würde ich den Eindruck erwecken, als gäbe es andere Stimmen nicht. Ja, es gibt auch andere Stimmen. Aber ich halte mich an die, die auch an der Anhörung beteiligt waren.

Ich sage einmal, Hauptadressaten dieser neuen Verordnung – verstehen Sie es nicht falsch – sind neben den Lehrerinnen und Lehrern vor allen Dingen auch einmal die Eltern. Der Landeselternbeirat hat sich nun sehr dezidiert geäußert. In dem Fall zitiere ich. Der Landeselternbeirat hat gesagt: „Diese Neuregelung stellt einen großen Fortschritt dar und setzt wesentliche langjährige

Forderungen des Landeselternbeirates in die Tat um.“ – So weit die gesetzlich gewählte Landeselternvertretung.

(Beifall der SPD)

Daraufhin beginnt Frau Dickes im Ausschuss eine Diskussion und sagt: Wer ist eigentlich der Landeselternbeirat? Welche Eltern sind dort vertreten? Ja, das sind die von uns gesetzlich konstituierten Menschen, die dort gewählt worden sind. Ich meine, da müsste die Ministerin schon relativ genau anhören, was diese sagen.

Frau Abgeordnete Morsblech, ich darf Sie beruhigen. Ich bin selten empört, oft engagiert. Das wird mir dann manchmal als Empörung ausgelegt. Aber ich finde, ein bisschen Leidenschaft gehört zu der Sache auch dazu.

Ich bin nicht empört über das, was die Lehrerverbände machen, ich meine sogar, mich erinnern zu können, dass ich ein hohes Maß an Verständnis gezeigt habe, indem ich gesagt habe, wenn ich Gewerkschaft oder Verband wäre, würde ich auch sehr unterschiedliche Anlässe nutzen, um immer wieder zur Optimierung meiner Arbeitsbedingungen beizutragen und das auch zu fordern. Das ist nämlich die Aufgabe von Gewerkschaften und Verbänden. Aber das ist eine Sichtweise auf das Thema.

(Beifall der SPD)

Es ist eine absolut legitime Sichtweise, die ich niemals in Frage ziehen würde, aber sie stellt nicht die Gesamtbetrachtung dar. Dass ich das konstatiert habe, finde ich auch richtig so.

Ich komme jetzt zum Verfahren, als würden wir das heute das erste Mal diskutieren, als wäre im Herbst 2008 eine Verordnung gekommen, die niemand kannte. Im Herbst 2007 hat es Schulleiterdienstbesprechungen mit allen Schulleiterinnen und Schulleitern gegeben. Herr Keller, ich weiß, diese mögen Sie nicht so, weil Sie meinen, Dienstbesprechungen wären nicht so gut. Aber es hat sie gegeben. Dort ist nachweisbar über dieses Thema informiert worden.

Im Nachgang hat es 54 vorbereitende Fortbildungsveranstaltungen gegeben. Vom 25. März 2008 bis zum 7. Mai 2008 hat es eine Anhörung gegeben, die auch öffentlich zu Debatten geführt hat. Dann ist sie zum Schuljahresbeginn in einem Teilbereich in einem Vorgriff und zum Herbst insgesamt in Kraft gesetzt worden. Es kann also keine Rede davon sein, als sei im Herbst 2008 irgendetwas über die Schulen gekommen, was keiner gekannt hat und von dem keiner etwas wusste.

Ich möchte dann hinzufügen, auch im Moment bieten wir aktuell Fortbildungen an. Die Schulaufsichtsreferenten stehen zur Verfügung, die Grundschulberater auch. Wenn Sie in einem System arbeiten, in dem Sie Tausende von Schulen mit Zehntausenden von Beschäftigten haben, ja, dann kann es sein, dass jemand auch etwas falsch an dieser Stelle weitergibt. Ja, es kann auch sein, dass manchmal eine Nachfrage entsteht. Deswegen haben wir Schulaufsicht, Beratungssysteme und Fortbildungseinrichtungen und gewährleisten über

diese, dass diese Fragen auch entsprechend beantwortet werden.

Lassen Sie mich zu dem Aspekt der Belastung etwas sagen. Ich stehe nicht an, auch an dieser Stelle in aller Deutlichkeit zu sagen, dass ich den Lehrerinnen- und Lehrerberuf für einen der schönsten Berufe in dieser Gesellschaft halte, aber auch für einen mit den höchsten Belastungen, weil es einfach sehr viel schwieriger ist, jeden Tag vor Kindern und Eltern seinen Mann und seine Frau stehen zu müssen, als das in vielen anderen Bereichen der Fall ist. Ich möchte das an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit in Richtung der Lehrerinnen und Lehrer sagen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich auch gerne: Überlegen wir immer auch, wenn neue Belastungen zu erwarten sind, ob es auch zu Entlastungen kommen kann. Es kann mir kein Mensch sagen, dass eine Reduzierung um bis zu zwölf Klassenarbeiten im Schuljahr keine Entlastung wäre, übrigens eine von den Lehrerinnen- und Lehrerverbänden lange geforderte Sache. Es ist übrigens auch etwas, bei dem sie gesagt haben, es ist dringend, dass wir das einführen. Genau dies ist in dieser Grundschulordnung auch vorgesehen. Wir haben sehr wohl Belastungen und Entlastungen im Blick gehabt.

Ich möchte auch hinzufügen, dass sicherlich gerade in der Anfangszeit der Umsetzung einer neuen Verordnung zusätzliche Belastungen entstehen. Ich glaube auch, dass eine gewisse Erfahrung einkehrt und sich das dann ein Stück weit relativiert.

Ich füge aber auch hinzu, so, wie wir in der Gesamtgesellschaft nicht sagen können, dass Dinge sich nur dann weiterentwickeln dürfen, wenn wir auch entsprechend den Forderungen der Betroffenen zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen, dann würden wir an vielen Stellen keinen Fortschritt haben. Seien wir ehrlich. So schade und so schlimm das manchmal ist, müssen wir Fortschritt und Weiterentwicklung organisieren, manchmal auch mit vorhandenem Personal, weil es für die Schülerinnen und Schüler wichtig ist. Insofern, ja, Belastung und Entlastung gegenüberstellen, aber wir können auch nicht den Eindruck erwecken, als könnten wir bei jeder Maßnahme, die wir im schulischen Bereich umsetzen, erst einmal Hunderte oder gar Tausende Lehrerstellen zur Verfügung stellen.

Ich sage dann abschließend dazu, wir machen es doch in vielen Bereichen. Wir haben an den Grundschulen eine strukturelle Unterrichtsversorgung von 100 %. Das ist in den letzten Jahren ein riesiger Fortschritt. Das war nur über zusätzliche Stellen möglich.

Wir haben die geringste Klassenfrequenz mit 21,3 Schülerinnen und Schülern im Durchschnitt der Grundschulen. Auch das ist ein beträchtlicher Fortschritt. Wir haben die Feuerwehrlehrkräfte in den letzten Jahren aufgestockt. Wir wollen auch an dieser Stelle noch einmal ein gutes Stück weitergehen, um die Schulen auch bei dem temporären Unterrichtsausfall noch besser unterstützen zu können.

Wir haben in der Frage der Ausweitung der Schulleitungsanrechnung übrigens 100 Stellenäquivalente zusätzlich zur Verfügung gestellt, auch für die Grundschulen. Wir haben außerdem inzwischen 234 Ganztagsgrundschulen aufgebaut. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind beträchtliche Ressourcen, die in diesen Bereich gegangen sind. Dort, wo es in Zukunft möglich ist, wollen wir diesen Weg weitergehen, damit die Lehrerinnen und Lehrer sich auch in Zukunft gut unterstützt fühlen können.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile Frau Kollegin Dickes das Wort.

Abg. Frau Dickes, CDU:

Frau Raab, es ist doch sehr beruhigend, dass wir nur in den sozialen Brennpunkten große Klassen in den Grundschulen haben. Das ist schön.

Frau Ministerin, bei vier von uns beantragten Informationen im Ausschuss haben Sie über die neue Grundschulordnung berichtet. In jeder dieser Ausschusssitzungen haben die CDU und die FDP kritische Fragen gestellt. Wir wurden für diese Fragen ausgelacht. Wir haben keine ordentlichen Antworten bekommen.

(Zurufe der Abg. Harald Schweitzer und Fuhr, SPD)

Wir haben die Fragen zur Umsetzung gestellt. Die Kritikpunkte, die heute geäußert werden, haben wir damals bereits angesprochen. Sie sind eingetreten.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin, ich habe Ihnen eben mehrere Fragen zur konkreten Umsetzung gestellt. Sie haben sie nicht beantwortet. Ich denke, Sie werden das schriftlich nachholen; denn diese Fragen existieren vor Ort.

Sie haben eben auf die Pressekonferenzen und die Mitteilungen vom VBE und von der GEW verwiesen. Das ist der aktuelle Anlass. Sie haben gesagt, Sie haben andere Stellen in diesen Mitteilungen gefunden, die Sie unterstützen. Vielleicht sollten wir beide einmal an das Ende dieser Mitteilung und auf die Quintessenz schauen. Bei dieser Quintessenz gibt es eine ganz klare Forderung.

(Pörksen, SPD: Mehr Lehrer!)

Im Bereich der Bildung schauen wir immer dann hin, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Wir reagieren erst dann, wenn es fast zu spät ist. Das geschieht mit viel Geld, Berufsvorbereitungsjahr und zukünftig mit dem Projekt „Keiner ohne Abschluss“.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Wenn wir den Kindern richtige Chancen geben wollen, dann kann man die Forderung von VBE und GEW ei-

gentlich nur absolut unterstützen. Es heißt dann, es muss der Wahlspruch gelten: kleine Kinder, kleine Klassen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das heißt, wir brauchen eine deutliche Reduzierung der Klassengrößen. 20 Kinder sind gefordert. Sie haben gesagt, wir haben eine hervorragende Durchschnittsgröße. Wir haben in den ländlichen Regionen kleine Klassen. Es dürfte kein Problem sein, die wenigen großen Klassen auf eine kleine Klassengröße herunterzufahren.

(Beifall bei der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Wir brauchen des Weiteren eine Doppelbesetzung in den ersten Jahren mit pädagogischen Fachkräften. Wir brauchen ein verpflichtendes Vorschuljahr im Rahmen einer Starterklasse, um die Probleme, die wir derzeit mit der Abschaffung des Schulkindergartens haben, auffangen zu können.

Danke.

(Beifall der CDU –
Hartloff, SPD: Das sind ja schöne Wünsche, die sind aber auch zu bezahlen! –
Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Ich erteile Frau Kollegin Raab das Wort.

Abg. Frau Raab, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dickes, hören Sie das nächste Mal genau zu. Ich habe gesagt, in den Ballungsräumen haben wir manchmal höhere Klassenmesszahlen. Ich habe nicht gesagt, in sozialen Brennpunkten. Das ist eine infame Unterstellung, die ich mir an dieser Stelle ausdrücklich verbitte.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Wenn Sie ganz genau eine Pressemitteilung der GEW zitieren und bis zum Ende lesen, dann möchte ich jetzt gerne den letzten Absatz mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren: „Wir wollen, dass die in der neuen Grundschulordnung festgeschriebenen Ziele im Sinne der Kinder umgesetzt werden können und die erforderliche pädagogische Arbeit gelingen kann“.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Deshalb möchte ich der GEW und dem VBE ausdrücklich für ihre Mitarbeit danken. Jetzt diskutiert man auf einem Niveau bei einem Durchschnitt der Klassenmesszahl von 21,3 Kindern. Es wird nun darüber diskutiert, dass man 20 Kinder als Höchstgrenze haben solle. Ich

sage, danke schön, liebe Landesregierung, dass wir diese Diskussion auf diesem hohen Niveau führen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte einen anderen Aspekt, nämlich den Aspekt der Kinder, einbringen, über den wir heute noch gar nicht gesprochen haben. Hier sind einige Kolleginnen und Kollegen, die Kinder im Grundschulalter haben. Ich glaube, genauso wie mein Mann und ich das tun, haben Sie sich bestimmt gerne die Zeit genommen, das Elterngespräch zum Halbjahreswechsel mit den Lehrerinnen und Lehrern und mit dem Kind gemeinsam zu führen. Ich habe zwei Zeugnisse mitgebracht, und zwar das Jahreszeugnis vom letzten Jahr und die Niederschrift über den Entwicklungsstand unseres Sohnes zum Halbjahreswechsel. Ich sage Ihnen eines: Ich habe selten ein so gut organisiertes und strukturiertes Gespräch wie dieses erlebt.

(Glocke des Präsidenten)

Dabei hat uns die Grundschulordnung geholfen. Die Kinder fühlen sich ernst genommen. Sie fühlen sich mit ihrem Leistungs- und Entwicklungsstand ernst genommen. Sie gehen mit einem großen Stück mehr Selbstbewusstsein in diese Zukunft hinein. Das ist ein großer Wert, der nicht unterschätzt werden darf.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile Frau Morsblech das Wort.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist interessant, wenn Sie sagen, generell kann man Mehrbelastungen nicht immer mit mehr Ressourcen versehen. Das führt auf Dauer zu einem immer stärkeren Ungleichgewicht. Die Betroffenen fühlen sich irgendwann so belastet, dass sie sich lauter zu Wort melden. Das muss nicht verwundern.

Man muss sich die Mehrbelastungen im Rahmen der neuen Grundschulordnung im Einzelnen ansehen. Es gibt auch Mehraufwendungen, bei denen man sagen kann, wenn die eine oder andere Klassenarbeit wegfällt, dann gibt es Aufgaben, bei denen sich im Laufe der Zeit Arbeitsroutinen einstellen. Die kann man in diesem Rahmen kompensiert sehen. Ich denke, insgesamt sind viele Aufgaben darin enthalten, bei denen es um eine qualitative Beurteilung geht, die den Eltern kommuniziert oder verschriftlicht werden muss. Alles, was ich qualitativ ausformulieren muss, ist natürlich Mehraufwand. Der kumuliert sich an dieser Stelle.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Zum Schüler-Eltern-Lehrer-Gespräch lässt sich Folgendes sagen: Natürlich gab es schon vorher Elternarbeit.

Es gab aufsuchende Elternarbeit. Sie haben ein Gespräch, das verbindlich anstelle eines Zeugnisses eingeführt werden soll. Das ist ein messbarer Mehraufwand, der dort stattfindet.

Natürlich gibt es regionale Unterschiede. Das habe ich schon mehrfach angeführt. Auf dem Land haben wir ihre kleineren Grundschulen mit kleineren Klassen und kleineren Kollegien, bei denen die Kommunikation gut funktioniert, bei denen die Elternhäuser in der Regel bekannt und erreichbar sind. In den Städten haben wir teilweise sehr große Schulen. Dort haben wir größere Klassen. In diesen Klassen gibt es häufig Eltern, die etwas schwieriger ansprechbar und zu erreichen sind. Ich drücke das vorsichtig aus. Ich weiß, dass es in diese Richtung einen etwas unschönen Disput gab. Das bedaure ich sehr, weil das nach meiner Ansicht angesprochen werden muss.

(Beifall der FDP –
Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie Lehrerinnen und Lehrer verpflichten, dann haben diese an dieser Stelle einen Aufwand, der vorher nicht vorhanden war und den Sie vielleicht so gar nicht erfüllen können, weil es an dieser Stelle sehr viele Kommunikationshindernisse gibt, die einen großen Aufwand erfordern.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Sie haben auch ein Kommunikationsproblem, Frau Kollegin.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Ich denke, Sie sollten die Kritik ernst nehmen. Sie sollten einmal über die Klassenmesszahl hinaus überlegen, wie man Instrumente entwickeln kann, um dem gerecht zu werden.

Danke schön.

(Beifall der FDP)

Präsident Mertes:

Damit ist der zweite Teil der Aktuellen Stunde beendet.

Als Gäste begrüße ich Bürgerinnen und Bürger aus Hauptstuhl. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Wir kommen zum dritten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

**„Guter Start ins Kinderleben in Rheinland-Pfalz:
Vorbild und Perspektiven einer zukunftsgerichteten Familienpolitik – Zwischenbilanz
nach einem Jahr Kinderschutzgesetz
Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 15/3244 –

Ich erteile Frau Kollegin Steinruck das Wort.

Abg. Frau Steinruck, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! So ziemlich genau vor einem Jahr, am 21. März 2008, ist das Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit in Kraft getreten. Der Landtag hat es kurz vorher einstimmig beschlossen.

Es regelt im Kern zwei Schwerpunkte, nämlich zum einen den Aufbau lokaler Netzwerke. Damit gibt es vor Ort jetzt verbindliche Strukturen für die Zusammenarbeit, mit denen das Risiko und die Belastungen für Kinder frühzeitig erkannt und beseitigt werden können.

Der zweite Kernpunkt ist die Förderung der Kindergesundheit durch den Aufbau eines zentralen Einladungs- und Erinnerungssystems zu den Früherkennungsuntersuchungen.

Die Erziehung, Förderung und der Schutz von Kindern ist zuallererst eine Aufgabe der Eltern. Ich denke, da sind wir uns alle einig. Die meisten Kinder werden geliebt und leben bei ihren leiblichen Eltern. Manche Eltern und Familien sind überfordert und brauchen Hilfe.

Gute Prävention ist der beste Schutz vor Vernachlässigung. Je früher Hilfen angeboten werden, umso leichter werden sie angenommen.

Ein frühes Eingreifen verhindert spätere körperliche Erkrankungen der Kinder, von sozialen Folgekosten ganz zu schweigen.

Da setzt auch das Landeskinderschutzgesetz an. Durch die Verknüpfung von Prävention, frühen Hilfen und gesundheitlicher Förderung mit der Bereitstellung von Mitteln durch das Land setzt es Maßstäbe und hat inzwischen auch bundesweit einen Vorbildcharakter. Auch die Kommunen hier in Rheinland-Pfalz begrüßen dieses Landeskinderschutzgesetz. Sie haben es sehr positiv aufgenommen, arbeiten hervorragend mit und erhalten durch das Land auch erhebliche finanzielle Unterstützung. Die Jugendämter erhalten rund 1,4 Millionen Euro jährlich, die Gesundheitsämter rund 600.000 Euro jährlich, und seit dem 1. August letzten Jahres gibt es beim Landesjugendamt eine Servicestelle mit zweieinhalb Fachkräften, die die Kommunen vor Ort bei der Umsetzung unterstützen.

Eine gute Grundlage für dieses Landeskinderschutzgesetz waren die Modellprojekte „Guter Start ins Kinderleben“, die in Ludwigshafen und Trier gestartet waren und aus denen erhebliche Erfahrungen auch in unser Landesgesetz eingeflossen sind. In Ludwigshafen wurde das Modellprojekt Ende 2008 abgeschlossen. Letzte Woche wurde uns auch im Jugendhilfeausschuss der Stadt berichtet, es sei jetzt in ein Regelangebot überführt worden, weil es so gut angenommen wurde und auch gemeinsam vor Ort wirklich so gut umgesetzt wurde.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Unser Ministerpräsident Kurt Beck hat sich am letzten Montag persönlich vor Ort ein Bild von der vorbildlichen Arbeit und dem Engagement aller Beteiligten gemacht. Ich kann auch im Namen der SPD-Landtagsfraktion dieses Engagement, das ich vor Ort erlebt hatte, wirklich nur loben. Es ist wirklich dem Einsatz Einzelner zu verdanken, dass hier eine vorbildliche Vorarbeit für weitere lokale Netzwerke im Land gemacht wurde.

Auf Bundesebene wird zurzeit auch ein Kinderschutzgesetz auf den Weg gebracht. Aber leider bleibt es inhaltlich hinter dem, was wir hier im Land an Erfahrungen gemacht haben und auch eingearbeitet haben, weit zurück. Das erscheint uns sehr unverständlich, weil wir wirklich konkrete Erfahrungen vor Ort gemacht haben. Dass das nicht aufgegriffen wird, ist eigentlich sehr schade. Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr auch eine entsprechende Bundesratsinitiative gestartet, die leider gescheitert ist. Im Gesetzentwurf fehlen unter anderem Hinweise auf die Weiterfinanzierung der Modellprojekte, die jetzt an verschiedenen lokalen Netzwerken in Rheinland-Pfalz fortgeführt werden. Das sollte aus unserer Sicht im Sozialgesetzbuch als sozialmedizinische Leistung mit den Krankenkassen geregelt werden.

Es geht auch um eine bundeseinheitliche Regelung der Hebammenausbildung und auch die Honorierung der Leistungen einer Familienhebamme, die nicht in der Gebührenordnung vorgesehen ist. Die Experten haben auch manches andere kritisch angemerkt, nämlich das Thema „Hausbesuche“, die Befugnisnorm usw. Unser Ziel hier in Rheinland-Pfalz ist, kinder- und familienfreundliche Lebensbedingungen für unsere Kinder zu schaffen. Dazu gehören verschiedene Mosaiksteine: unser Landeskinderschutzgesetz, auch die Modellprojekte bzw. die Netzwerke aus den Modellprojekten „Guter Start ins Kinderleben“,

(Glocke des Präsidenten)

die Initiative „VIVA FAMILIA“ mit ihren vielfältigen unterstützenden Maßnahmen. –

(Glocke des Präsidenten)

Gerade in diesem Bereich sind wir auf einem guten Weg, aber wir dürfen unter gar keinen Umständen im Interesse unserer Kinder innehalten.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Frau Kollegin Thelen.

Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir befassen uns auf Antrag der SPD-Kollegen mit dem Kinderschutzgesetz, das wir im März 2008 verabschie-

det haben. Ich war schon etwas erstaunt über diese Aktuelle Stunde.

(Beifall des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Ich war noch mehr erstaunt, als ich dann eben von Frau Raab noch die Zweifel an der Aktualität unserer Aktuellen Stunde zur Grundschulordnung gehört habe, die schließlich vom Herbst 2008 ist. Hier geht es um ein Gesetz, das noch etwas älter ist. Sie hat kritisiert, ob uns nichts Aktuelleres zum Kritisieren eingefallen ist. Ich könnte jetzt fragen: Ist Ihnen nichts Aktuelleres für ein Eigenlob eingefallen? –

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Wir haben gemeinsam ein Gesetz verabschiedet – das hat Frau Kollegin Steinruck absolut richtig ausgeführt –, nachdem es tatsächlich in Deutschland aufrüttelnde Geschehnisse gab, Todesfälle von Kindern durch Vernachlässigung und durch Gewalt von Eltern. Das hatte einen Vorlauf, der auch jetzt in der Verfassungsgerichtsklage, in der Begründung des Landtages in der Erwiderung noch einmal eine Rolle spielte, weil wir uns tatsächlich sehr frühzeitig mit diesen Vorkommnissen auseinandergesetzt haben.

Ich möchte da auch gern den Herrn Präsidenten zitieren, wenn es der Herr Präsident erlaubt. Er hat nämlich in dieser Erwiderung dargelegt, dass sich der Landtag bereits vor Beratung und Beschlussfassung dieses Gesetzes vor dem Hintergrund aktueller Geschehnisse mehrfach mit der Sicherstellung des Kindeswohls und dem Schutz von Kindern befasst habe, nämlich aufgrund der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Hedi Thelen vom 16. November 2006 und der Antwort der Landesregierung, aufgrund der Großen Anfrage der Fraktion der CDU vom 14. Dezember 2006 und der Antwort der Landesregierung, aufgrund des Antrags der Fraktion der CDU vom 10. Januar 2007 und des Alternativantrags der Fraktion der SPD vom 18. Januar 2007. Wir haben Sie erfolgreich zum Jagen getragen, um das einmal so zusammenzufassen.

(Beifall der CDU)

Wenn es nach der Landesregierung gegangen wäre, hätte man gern noch den Abschluss des Modellprojekts, das Frau Steinruck hier zu Recht lobend erwähnt hat, abgewartet, um dann die Erkenntnisse daraus in das Gesetz zu packen.

Sehr geehrte Frau Ministerin, wir sind froh, dass Sie nicht abgewartet haben, weil ich denke, es ist auch so gelungen, ein rundes Gesetz zu verabschieden, das auf zwei Säulen steht: Zum einen gibt es ein breites Netzwerk, das helfen soll, Familien, die einen besonderen Unterstützungs- und Förderbedarf haben, zur Seite zu stehen, ihnen zu helfen, auch möglichst selbst ihrer Verantwortung ihren Kindern gegenüber gerecht zu werden. Wir haben auf der anderen Seite das sogenannte verbindliche Einladungswesen zu den U-Untersuchungen, das dazu führen soll, einmal natürlich die Gesundheit der Kinder zu befördern, frühzeitig auch Fehlentwicklungen zu erkennen, aber natürlich auch mit

einem zweiten Aspekt dazu beitragen soll, Familien mit einem besonderen Unterstützungsbedarf frühzeitiger zu erkennen. Hier sind wir jetzt sehr gespannt, wie das Verfahren vor dem Verfassungsgericht ausgehen wird. Wir hoffen natürlich, dass unser Gesetz Bestand haben wird.

Ich will an der Stelle aber auch noch einmal daran erinnern, dass wir bereits in den damaligen Diskussionen ab 2006 auch hier schon Bedenken geäußert haben, ob tatsächlich ein verbindliches Einladungsverfahren dazu führen kann, diese Personengruppe in Gänze zu erfassen, solange es keine gesetzliche Verpflichtung gibt. Genau das ist der Punkt, auf den sich natürlich auch der Beschwerdeführer unseres Erachtens durchaus mit Sicherheit aus seiner Sicht nachvollziehbaren Argumenten beruft. Wir sind sehr gespannt, wie das Verfassungsgerichtsverfahren ausgehen wird.

(Vizepräsident Bauckhage übernimmt den Vorsitz)

Ich möchte aber noch einen zweiten Punkt ansprechen, der uns ein Stück verwundert, weshalb wir das heute als Aktuelle Stunde besprechen sollen. Wir haben damals in dem Gesetzgebungsverfahren auch aufgrund dieser für uns schwierigen Gesetzeslage dafür plädiert, bereits 2009 hier im Landtag einen Bericht über die Umsetzung als ersten Abschluss des Evaluationsverfahrens zu erhalten, um möglichst frühzeitig nachsteuern zu können, wenn es sich denn aufgrund von Schwierigkeiten im Verfahren als notwendig erweisen sollte. Damals wurde uns erläutert, das sei zu früh, da habe man keine hinreichenden Erfahrungen,

(Dr. Schmitz, FDP: So ist es!)

keine hinreichenden Erkenntnisse, um diesen Bericht dann schon zu geben, weshalb wir uns dann damit einverstanden erklärt haben, dass jetzt, wie es in § 11 des Gesetzes steht,

(Glocke des Präsidenten)

der Bericht erst im Jahr 2010 gegeben wird.

(Glocke des Präsidenten)

Es freut mich also, dass wir schon gute Verfahren erkennen können.

(Glocke des Präsidenten)

Zu unseren Plänen komme ich in der zweiten Runde zu sprechen.

Danke.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Peter Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich der vorsichtigen Kritik meiner Vorredner an diesem Tagesordnungspunkt nicht nur an, sondern gehe weit darüber hinaus.

Ich halte es für mehr als irritierend, zu einem so wichtigen und sensiblen Thema in einem über Monate und Jahre gehenden Prozess den Konsens aller Fraktionen herbeizuführen, aber dann das zu machen, was Frau Kollegin Thelen angesprochen hat, nämlich den auf unseren Vorschlag hin beschlossenen notwendigen wissenschaftlichen Evaluationsbericht auf das Jahr 2010 zu verlegen – wir wollten ihn früher – und dann ohne jeden ersichtlichen Grund – zumindest habe ich dazu von der Vorrednerin nichts erfahren – unter dem Stichwort „Aktuelle Stunde“ eine Diskussion zu betreiben, an der ich mich inhaltlich mit keinem Wort beteiligen werde.

Ich halte es für eine grobe Missachtung des über drei Fraktionen hinausgehenden Konsenses und eine grobe Missachtung des seriösen Umgangs im Parlament, dass wir ein gemeinsam verabschiedetes Gesetz, zu dem es erhebliche Bedenken im datenrechtlichen Bereich gab, in dieser Art und Weise versuchen abzu feiern. Das in der Zeit, in der ein verfassungsrechtlicher Prozess läuft, zu dem in der Stellungnahme der Landtagsverwaltung auf Seite 3 ausgeführt wird, dass der Landesbeauftragte für den Datenschutz darauf hinweist, dass in dem Gesetzentwurf der Landesregierung bereits Vorschläge umgesetzt worden seien, die im Rahmen der datenschutzrechtlichen Begleitung bei der Entstehung des Gesetzes unterbreitet wurden, so die vorgesehene Evaluation. Diese sei mit Blick auf die weitreichende Datenverarbeitung von großer Bedeutung.

Meine Damen und Herren, ich darf daran erinnern, was der Landesbeauftragte für den Datenschutz seinerzeit in unterschiedlichen Stellungnahmen vom Grundsatz immer wieder zum Ausdruck gebracht hat: „Die aus Sicht des Datenschutzes hohe Brisanz des beabsichtigten Verfahrens wird zunächst Das Verfahren betrifft schließlich in weit überwiegendem Maße Personen, die nach der gesetzlichen Annahme unverdächtig sind, ihre Kinder zu vernachlässigen.“

Ich führe ein weiteres Zitat an: „die Zentrale Stelle“ – ein Teil dieses Gesetzes – „stellt daher einen starken Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht dar.“ Dann geht er noch einmal darauf ein, dass 95 % der Eltern überprüft werden, von denen wir wissen, dass sie keiner Überprüfung bedürfen. Er zieht dann in den Erläuterungen die Schlussfolgerung, weshalb er dennoch dem Gesetz mit Bauchschmerzen zustimmt: „Besondere Beachtung verdient aus meiner Sicht die in den Gesetzentwurf in § 11 aufgenommene Regelung zur Evaluation des Einladungsverfahrens.“ „Ob eine umfassende Verarbeitung personenbezogener Daten und die damit verbundenen Eingriffe in das informationelle Selbstbestimmungsrecht noch datenschutzrechtlich vertretbar sind, hängt insbesondere davon ab, ob sie zur Erreichung des Gesetzeszwecks“ notwendig sind. Er beschreibt genau das Verfahren und konditioniert seine wichtige und entscheidende Zustimmung an ein Verfah-

ren, das wir durchgesetzt haben, eine wissenschaftliche Evaluation im Jahr 2010.

(Beifall bei der CDU)

Da gehen Sie im Jahre 2009 ohne Not hin, ohne dass wir wirklich etwas wissen, bis auf die Tatsache, dass der Ministerpräsident in Ludwigshafen war, und stellen das in einer Aktuellen Stunde zur Aussprache. Ich halte das für unerträglich!

(Beifall der FDP und der CDU –
Unruhe bei der SPD)

Vizepräsident Bauchhage:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Malu Dreyer.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren und Damen! Ich würde sagen, es kann einem ein bisschen leidtun, dass das nun alles ein bisschen in die falsche Richtung läuft; denn die Aktuelle Stunde heißt eigentlich „Guter Start ins Kinderleben in Rheinland-Pfalz: Vorbild und Perspektiven einer zukunftsgerichteten Familienpolitik – Zwischenbilanz nach einem Jahr Kinderschutzgesetz Rheinland-Pfalz“. Das Landesgesetz spielt eine untergeordnete Rolle.

(Widerspruch der Abg. Frau Thelen, CDU)

– Moment, ich erkläre das sofort. Frau Thelen, bitte hören Sie mir noch eine Sekunde zu.

Es geht um den guten Start ins Kinderleben in Rheinland-Pfalz. Das Aktuelle daran ist, dass dieses Modellprojekt ausgelaufen ist und sich die Jugendhilfeausschüsse jetzt damit befassen. Der gute Start ins Kinderleben war Pate für einen wichtigen Baustein in unserem Gesetz. Deshalb die Zwischenbilanz nach einem Jahr Kinderschutzgesetz. Ich habe das so gelesen, dass sich das auf den guten Start ins Kinderleben bezieht;

(Beifall bei der SPD)

denn ich meine, es besteht eigentlich große Einigkeit in diesem Haus darüber – ich habe bisher noch keine andere Stimme vernommen –, dass wir eine echte Zwischenbilanz erst dann ziehen können, wenn die Evaluationen vorliegen. Die liegen eben erst 2010 vor.

Dennoch kann und muss man etwas zum guten Start ins Kinderleben sagen. Das ist wirklich das Projekt schlechthin, das uns maßgeblich beeinflusst hat, bestimmte Vorschläge zum Bereich der Netzwerkbildung zu unterbreiten. Ich meine, das ist das maßgebliche Projekt, das uns bundesweit von allen anderen Landesgesetzen abhebt, dass wir nämlich eine wirklich richtig dicke Säule zum Thema „Netzwerkbildung“ gebildet haben.

Kinder benötigen starke Netze, um dauerhaft vor Vernachlässigung und Kindesmisshandlung geschützt zu

sein. Das Bund-Länder-Projekt „Guter Start ins Kinderleben“ verfolgt diesen zukunftsweisenden und tragfähigen Ansatz und hat Pate für das Landesgesetz gestanden. Insofern bin ich durchaus der Meinung, dass es in diesem Moment einen Anspruch auf Aktualität aufweist, zumal auf der Bundesebene derzeit ein Kinderschutzgesetz diskutiert wird, das die Auswirkungen dieser Modellerfahrungen nicht aufgreift. Das ist etwas, was wir außerordentlich bedauern.

Das Modellprojekt in Ludwigshafen und Trier hat uns sehr deutlich gezeigt, was wir benötigen, um in diesem Zusammenhang noch sehr viel intensiver erfolgreich sein zu können. Das wird leider nicht aufgegriffen. Darauf komme ich gleich noch einmal zu sprechen, weil ich auch das eine oder andere inhaltlich sagen möchte.

Notwendig sind – da sind wir uns auch einig – frühe Hilfen, die die Familien rechtzeitig erreichen, sodass sich Belastungen erst gar nicht zu Krisen entwickeln. Das ist der Weg, den Rheinland-Pfalz sehr konsequent begleitet und initiiert. Dazu gehört im Übrigen auch, wenn ich das noch betonen darf, dass sich Rheinland-Pfalz deshalb auch auf der Bundesebene weiter ganz aktiv für die Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung einsetzt und auch immer wieder einsetzen wird.

Kinder sind aus unserer Sicht gleichberechtigte Mitglieder unserer Gemeinschaft. Sie sind eigenständige Persönlichkeiten. Sie haben mehr verdient, als nur abgeleitete Rechte zu haben. Deshalb wollen wir, dass ihre Rechte im Grundgesetz verankert sind. Leider fällt das auf der Bundesebene bei der Bundesfamilienministerin nach wie vor nicht auf fruchtbaren Boden. Das ist aber eine konsequente Haltung aus all dem, wie unser Verständnis zur Kinderförderung und zur Unterstützung von Kindern in ihrem Aufwachsen ist.

Das Projekt „Guter Start ins Kinderleben“ ist an den beiden Standorten in Trier und Ludwigshafen sehr, sehr gut gelaufen. Die Evaluation wurde von der Uniklinik in Ulm durchgeführt. Im Kern geht es um die Frage, wie Eltern frühzeitig erreicht werden können und wie sie frühzeitig gefördert werden können, um Krisen und Probleme für ihre Kinder von Anfang an zu verhindern. Das ist die wirksamste Präventionsstrategie, die wir in diesem Bereich haben.

Eine interdisziplinäre Vernetzung ist der Schlüssel zum Kindeswohl und zur Kindesförderung. Das zeigt sich in Ludwigshafen und Trier außerordentlich gut. Dort arbeiten Gesundheitshilfe und Jugendhilfe in sehr gut strukturierten Vorgehensweisen miteinander, sodass die Familien nicht durch das Netz fallen.

Immerhin 98 % aller Kinder kommen in den Geburtskliniken zur Welt. Auch wenn sie nur eine kurze Zeit in der Geburtsklinik sind, haben die Ärztinnen und Ärzte sowie das Pflegepersonal eine außerordentlich große Möglichkeit für eine Beobachtung. Diese Beobachtungsphase ist in Ludwigshafen und Trier stark strukturiert und standardisiert worden, sodass die Wahrnehmung tatsächlich hilft, zu einer verlässlichen Einschätzung zu kommen. Die Klinik erkennt, ob Risiken für Neugeborene bestehen, weil die Familie z. B. besonderen Belastungen

ausgesetzt ist. Sie kann dann direkt durch geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Hilfen anbieten.

Bei rund 7 % der Geburten gibt es einen Förder- und Unterstützungsbedarf in der Familie. In aller Regel – auch das ist ein wichtiges Ergebnis – sind die Eltern sehr offen für diese Unterstützung und für die Inanspruchnahme dieser Hilfe. Das motiviert uns, das Projekt weiter voranzutreiben.

(Beifall bei der SPD)

Oft sind das kleine Hilfen. Oft benötigt man auch eine intensive sozialpädagogische Betreuung und Begleitung. Bei knapp der Hälfte der Familien, die von der Geburtsklinik betreut werden, müssen die Kinder sozusagen an die Jugendämter übergeben oder von denen in Obhut genommen werden.

In Ludwigshafen und Trier haben wir in der Praxis ein sehr gutes Verfahren entwickelt. Die Erkenntnisse daraus sind in unser Landeskinderschutzgesetz eingeflossen. Das war der Grund, weshalb wir 1,4 Millionen Euro in die Hand genommen haben, um Koordinatoren und Ansprechpartner im Jugendhilfebereich zur Verfügung stellen zu können.

Ich möchte hier noch einmal an die Kolleginnen und Kollegen von der CDU appellieren, die vielleicht auch auf der Bundesebene Einfluss haben: Eine wichtige Erkenntnis war, dass auch die sozialmedizinischen Leistungen der Geburtskliniken in der Gesundheitshilfe irgendwo eine Vergütung brauchen. All das machen die Geburtskliniken zurzeit umsonst und freiwillig aus dem eigenen Engagement heraus.

Eine Chance würde das Bundeskinderschutzgesetz bieten, das zurzeit in der Beratung ist. Wir haben schon viele Vorstöße gemacht. Frau von der Leyen ist aber wirklich taub auf diesem Ohr, obwohl sie in diesen Modellprojekten war und überall anerkennend feststellt, dass dies ein sehr gutes Projekt ist. Nichtsdestotrotz werden im Bundeskinderschutzgesetz überhaupt keine Konsequenzen in dieser Richtung gezogen. Das ist sehr bedauerlich; denn wir wollen eigentlich, dass diese Modelle landes- und auch bundesweit wirklich überlebensfähig sind. Man kann nicht davon ausgehen, dass die Ärzte und Ärztinnen sowie das Pflegepersonal in den Geburtskliniken diese zusätzliche Leistung auf Dauer umsonst erbringen. Das geht nicht.

Stattdessen werden in diesem Bundesgesetz Regelungen geschaffen, die aus meiner Sicht eher gut gemeint sind, und das Gegenteil von „gut gemeint“ ist einfach „nicht gut gemacht“. Wir haben dadurch einen starken Bürokratisierungsschub im Kinderschutz. Aber die Regelungen, auf die es in der Zukunft ankommt, werden nicht aufgegriffen.

Das Land Rheinland-Pfalz hat dazu viele gute, konkrete Vorschläge gemacht. Wir bleiben dran, aber wir haben auch die Bitte, es politisch mit aufzunehmen, damit wir aus diesem Projekt lernen, das jetzt zwar zum Abschluss gekommen ist, aber in Ludwigshafen und Trier mit unserer Unterstützung auf freiwilliger Basis fortgeführt wird, damit sich diese Erkenntnisse in der Bundes-

gesetzgebung niederschlagen und damit zum Schutz unserer Kinder diesen engagierten Leuten auch die entsprechenden Vergütungen zugesagt werden. Ich glaube, wir alle sind uns darin einig, dass das unser gemeinsames Ziel ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Steinruck.

Abg. Frau Steinruck, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ihre Kritik, das Thema sei nicht aktuell, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Was gibt es Aktuelleres als den Schutz unserer Kinder? Außerdem gibt es drei aktuelle Gründe, warum wir dieses Thema heute aufgegriffen haben. Zum einen haben wir seit einem Jahr das Kinderschutzgesetz in Rheinland-Pfalz.

Wie ich vorhin gesagt habe, wurde zum anderen in der vergangenen Woche im Jugendhilfeausschuss der Stadt Ludwigshafen der Abschlussbericht zu dem Modellprojekt vorgelegt, das es übrigens nicht nur in Ludwigshafen gab, sondern auch in Trier, und auf dessen Basis weitere Netzwerke in ganz Rheinland-Pfalz geschaffen wurden. Als Ludwigshafener Abgeordnete bin ich natürlich, gemeinsam mit meinem Kollegen Günther Ramsauer, froh, dass dieses Projekt in Ludwigshafen gestartet ist; denn wir haben dort eine sehr gut aufgestellte Jugendarbeit und gute Rahmenbedingungen.

(Zurufe von der CDU)

Die aktuelle Diskussion über ein Bundeskinderschutzgesetz, bei dem wirklich einiges klemmt und im Argen liegt, ist Grund genug, über dieses Thema hier auch inhaltlich zu sprechen. Herr Dr. Schmitz, es wäre besser gewesen, Sie hätten sich inhaltlich eingebracht; denn manche Regelungen dieses Bundesgesetzes laufen in die falsche Richtung, und dort sind Nachbesserungen notwendig.

Danke.

(Beifall der SPD –
Zuruf von der CDU: Wo?)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Thelen von der CDU-Fraktion.

Abg. Frau Thelen, CDU:

Frau Kollegin Steinruck, wenn man hier über das Bundesgesetz diskutieren will, sollte man vielleicht die Überschrift der Aktuellen Stunde so fassen, dass das er-

kennbar ist. Sie wollten nach dieser Beschreibung über das Landeskinderschutzgesetz reden.

Frau Ministerin, deswegen möchte ich hier noch einmal feststellen: Sie haben bislang erlebt, dass wir weder parteipolitisch verbohrt sind noch bei diesem Thema taube Ohren haben. Da ich mir das gern genauer anschauen möchte und, wenn Sie mich davon überzeugen, auch gern bereit bin, mich bei unseren Bundeskollegen dafür einzusetzen, habe ich die Bitte, dass wir im Sozialausschuss, also in dem Fachausschuss, in den es gehört, noch einmal über den Projektbericht informiert werden, den Projektbericht bekommen und noch einmal über die Notwendigkeiten für das Bundesgesetz diskutieren. Das ist meine Bitte. Dann lassen Sie uns schauen, was möglich ist.

Danke.

(Beifall der SPD –
Frau Kohnle-Gros, CDU: Das sind doch die Fachverbände auf der Bundesebene! Die Jugendämter wollen das nicht!)

Vizepräsident Bauckhage:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit sind wir am Ende der Aktuellen Stunde.

Wir kommen jetzt zu **Punkt 2** der Tagesordnung:

Wahl der vom Landtag Rheinland-Pfalz zu wählenden Mitglieder für die 13. Bundesversammlung Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 15/3252 –

Wir können sofort darüber abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Wahlvorschlag – Drucksache 15/3252 – so angenommen.

Wir kommen zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

Wahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Universität Trier Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3210 –

Die sofortige Abstimmung ist möglich. Wer ist dafür? – Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – Dann ist dieser Wahlvorschlag – Drucksache 15/3210 – so angenommen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Wahl von schriftführenden Abgeordneten Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3198 –

Die Abstimmung über den Wahlvorschlag ist sofort möglich. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Wahlvorschlag – Drucksache 15/3198 – so angenommen.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Bericht des Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit Vorgängen um das Arp-Museum, der Verwendung von Steuermitteln für dieses Projekt und der politischen Verantwortung der Landesregierung hierfür – Drucksache 15/3200 –

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Herbert Schneiders. Herr Schneiders, Sie haben das Wort.

Abg. Schneiders, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit Mitte der 60er-Jahre, also seit über 40 Jahren, haben der Erhalt des Künstlerbahnhofs Rolandseck sowie der Bau eines Museums am Bahnhof Rolandseck die unterschiedlichsten Landes- und Bundesregierungen und zuletzt den Untersuchungsausschuss beschäftigt.

Meine Aufgabe ist es heute, Ihnen den Bericht des Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit Vorgängen um das Arp Museum, der Verwendung von Steuermitteln für dieses Projekt und der politischen Verantwortung der Landesregierung hierfür vorzustellen.

Wie kam es zu dem Untersuchungsausschuss, den wir im Januar 2008 in diesem Parlament eingesetzt haben? Ich glaube, dazu sollte man sich ein wenig die Vorgeschichte anschauen. Im Jahr 1856, zu Beginn des Eisenbahnzeitalters,

(Heiterkeit im Hause –
Pörksen, SPD: Mein lieber Mann! Da waren wir noch nicht in diesem Landtag!)

errichtete man den Bahnhof Rolandseck im klassizistischen Stil. Er war schon damals Treffpunkt der geistigen und politischen gesellschaftlichen Prominenz. Man höre und staune: Berühmte Künstler wie Heinrich Heine, Clara Schumann, Guillaume Apollinaire, Franz Liszt oder Richard Wagner, Wissenschaftler wie Alexander von Humboldt oder Staatsmänner und Staatsoberhäupter wie Otto von Bismarck sowie Königin Victoria von Großbritannien waren hier zu Gast.

Seit Mitte der 60er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts entwickelte sich, insbesondere aufgrund des Engagements von Johannes Wasmuth, in dem von der Bundesbahn zum Abbruch vorgesehenen Bahnhof erneut ein reiches kulturelles Leben mit künstlerischen Begegnungen, Ausstellungen, Dichterlesungen und Konzerten auf höchstem internationalen Niveau.

Künstler von Weltrang, darunter Stefan Askenase, Yalta Menuhin, Martha Argerich, Marcel Marceau, Günther Uecker und viele andere waren in Rolandseck.

1969 hat der damalige Ministerpräsident des Landes, Helmut Kohl, auf einem Künstlerfest in Rolandseck eine sogenannte „Rettungsurkunde“ überreicht, mit der sich das Land zum Erhalt des Bahnhofs verpflichtete. Im Jahr 1972 erwarb das Land den Bahnhof und gründete die Stiftung Bahnhof Rolandseck, deren Zweck in der Erhal-

tung des Gebäudes sowie der Förderung von Kunst und Wissenschaft lag.

In den folgenden Jahren wurden zahlreiche Verträge zwischen der Stiftung Bahnhof Rolandseck bzw. mit arts & music GmbH und Festival Pro geschlossen. Im Jahr 1995 schlossen das Land Rheinland-Pfalz, der von Herrn Wasmuth gegründete Verein Stiftung „Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp e. V.“, die Stiftung Bahnhof Rolandseck und die Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur eine Rahmenvereinbarung ab. Diese Rahmenvereinbarung sah die Errichtung eines Arp Museums in Rolandseck vor.

Auf der Grundlage dieser Rahmenvereinbarung von 1995 erwarb das Land vom Arp-Verein in den Jahren 1996 bis 2004 in mehreren Kaufverträgen Arp-Kunstwerke für umgerechnet rund 10,2 Millionen Euro. Außerdem hatte sich das Land in der Rahmenvereinbarung die Überlassung von weiteren Arp-Werken aus dem Bestand des Arp-Vereins als Dauerleihgabe für das zu errichtende Museum gesichert.

In 2005 wurde die Rahmenvereinbarung von 1995 durch eine zweite Rahmenvereinbarung abgelöst. Bereits im September 2007 wurde der von dem New Yorker Architekten Richard Meier errichtete Neubau des Arp Museums eröffnet und eingeweiht, damals im Beisein des Ministerpräsidenten Kurt Beck und der Kanzlerin Angela Merkel.

(Unruhe im Hause)

Vizepräsident Bauckhage:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Schreiner, bei dem spannenden Thema. Es ist auch sehr spannend.

(Zuruf aus dem Hause: Schneiders!)

– Schneiders. Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Abg. Schneiders, CDU:

Herr Präsident, ich fühle mich nicht gestört.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall im Hause)

Vizepräsident Bauckhage:

Herrn Schneiders stört es nicht. Sie können weitermachen.

Abg. Schneiders, CDU:

In der Folge wurde bekannt, dass der Arp-Verein Kunstwerke aus dem für das Museum vorgesehenen Konvolut von Dauerleihgaben veräußert hatte. Diese Auseinandersetzungen mündeten letztlich in die Einsetzung des Untersuchungsausschusses.

Der Landtag hat in seiner Sitzung am 24. Januar 2008 einstimmig den Untersuchungsausschuss im Zusam-

menhang mit den Vorgängen um das Arp Museum, der Verwendung von Steuermitteln für dieses Projekt und der politischen Verantwortung der Landesregierung eingesetzt.

Ich möchte mir ersparen, die Einzelheiten des einstimmig gefassten Einsetzungsbeschlusses vorzutragen, weil Ihnen das zur Genüge bekannt ist. Es sollte untersucht werden, welche Versäumnisse bzw. Pflichtverletzungen vorliegen könnten und welche Steuermittel vielleicht falsch eingesetzt worden seien. Das alles umfasste der Auftrag des Untersuchungsausschusses, der mit seiner Beweisaufnahme ein Jahr nach seiner Einsetzung, also im Januar 2009, zu Ende kam.

Der Landtag hatte uns aufgegeben, in einem Jahr, sprich im Januar, zu berichten. Angesichts der Tatsache, dass wir die Beweisaufnahme im Januar beendeten, hat der Landtag dem Beschluss zugestimmt, diesen Bericht hier und heute im März zu geben.

Als Vorsitzender den Bericht vorzustellen, hat in gewisser Weise einen Reiz, weil man die Möglichkeit hätte, weit ausholend vieles an Würdigungen und Empfehlungen zu nennen und auch in kritischen Anmerkungen über die Abläufe einzutreten. Andererseits folgt eine Debatte, in der sich die Fraktionen mit der Würdigung der Beweisaufnahme auseinandersetzen.

Deshalb sehen Sie es mir nach, wenn ich mich darauf beschränke, den Sachverhalt in der Form vorzustellen, wie er in der Drucksache Widerhall gefunden hat, die in der Nummer 15/3200 insgesamt 181 Seiten umfasst, von denen der Großteil insoweit einvernehmlich beschlossen werden konnte, als wir uns über das Ergebnis der Beweisaufnahme verständigen und einigen konnten.

Es gab unterschiedliche Auffassungen, was die Schlussfolgerungen und die Beweiswürdigung anging. Deshalb ist diesem Bericht, der mit Ausschussmehrheit beschlossen worden ist, auch eine abweichende Stellungnahme der Abgeordneten aus der Fraktion der CDU beigefügt.

Meine Damen und Herren, der Ausschuss hat gut gearbeitet. Das darf ich an der Stelle sagen. Deshalb will ich eine kritische Anmerkung auch nicht auf die Ausschussarbeit als solche bezogen wissen. Ich glaube, mit Blick auf die vergangenen Untersuchungsausschüsse und vielleicht auch in der Blickrichtung nach vorne, dass es irgendwann möglicherweise weitere Untersuchungsausschüsse geben könnte, möchte ich eine Anmerkung zur Behandlung der Akten machen, die dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung gestellt wurden.

Sie wissen, welche Möglichkeiten der Untersuchungsausschuss hat, beispielsweise sich Akten vorlegen zu lassen, die er ansonsten als parlamentarischer Ausschuss nicht einsehen könnte, sich aber als Untersuchungsausschuss vorlegen lassen kann.

Das hatte diesmal auch einen größeren Umfang, wenn ich das anmerken darf; denn der Ausschuss hatte beschlossen, bis in die sechste Wahlperiode, sprich in das Jahr 1967, zurückzuschauen, um die Historie und die Abläufe des Bahnhofs zu beleuchten. Dadurch kamen

1.552 Akten in den Landtag, was sogar dazu führte, dass man statische Untersuchungen anstellen musste, ob dies der Boden des Raumes, in dem sie untergebracht werden sollten, verkraften würde.

Der Ausschuss und die Mitglieder des Ausschusses haben es verkraftet. Sie haben sich mit diesen Akten auseinandergesetzt. Es sind auch über 20.000 Ablichtungen gemacht worden, um mit diesen Akten arbeiten zu können.

Jetzt komme ich zu dem, was ich ansprechen wollte. Es waren wie in der Vergangenheit wieder sehr viele Akten mit „vertraulich“ gekennzeichnet. Ich kann mich erinnern, dass dies im letzten Untersuchungsausschuss besonders thematisiert worden war. Das will ich diesmal nicht. Ich will es nur ansprechen, weil es uns in unserer Arbeit letztendlich nicht behindert hat.

Es ist schon feststellbar, dass eine Landesregierung in dem Bemühen, ständig Zugriff auf die Arbeit des Untersuchungsausschusses zu haben, zunächst sehr großzügig mit der Kennzeichnung ist, dass etwas vertraulich ist. Im Nachhinein muss man aber häufig feststellen, dass die Vertraulichkeit, die es sicher irgendwann einmal gegeben haben könnte, längst nicht mehr notwendig ist und der Ausschuss dadurch nur Erschwernisse bei seiner Arbeit hat.

Ich will noch einmal betonen, es hat uns dieses Mal keine Probleme bereitet, aber im Zusammenhang mit einer Darstellung der Arbeit des Untersuchungsausschusses will ich das erwähnen, weil es für die Zukunft gehört werden sollte.

Wir haben mit der Landesregierung gut zusammengearbeitet. In dieser Frage geht mein Dank an Sie, Frau Staatssekretärin Kraege, Herr Dr. Büllsbach und alle weiteren Damen und Herren, die Sie unterstützt haben.

Mein Dank geht aber auch an die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses, weil ich glaube, dass wir ein offenes und faires Miteinander hatten. Das zeigt nicht nur am Ende die Verabschiedung des Berichts.

Mein Dank geht aber auch – was heißt „auch?“ – insbesondere an die Landtagsverwaltung. Hier möchte ich Herrn Dr. Hummrich, Frau Karin Follmann und Herrn Holger Wilhelm nennen. Ich glaube, ohne deren Zuarbeiten in der Landtagsverwaltung hätten wir uns als Ausschuss viel schwerer getan. Deshalb, danke schön.

(Beifall im Hause)

Danke schön dafür. Das sage ich insbesondere aus der Funktion des Vorsitzenden heraus. Ohne Ihre Hilfe, Frau Follmann und meine Herren, wäre das so nicht möglich gewesen.

Es steht mir vielleicht nicht an, den Damen und Herren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen zu danken. Aber auch das will ich an der Stelle mit erwähnen, insbesondere für die CDU-Fraktion, weil es mir bei meiner Arbeit als Vorsitzender geholfen hat. Ich darf Frau Hirsch und Herrn Hofmann erwähnen. Ich darf aber auch für die SPD Herrn Meier, Herrn Schon und für die

FDP Herrn Schleimer erwähnen. Ich glaube, ohne die Arbeit der Mitarbeiter in den Fraktionen hätten wir uns alle viel schwerer getan.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, die Arbeit des Untersuchungsausschusses hat zu dem Ergebnis geführt, das Ihnen nach zwölf öffentlichen und nicht öffentlichen Sitzungen und der Vernehmung von 22 Zeugen, teils mehrfach vernommen, in der Drucksache 15/3200 vorliegt! Von daher kann man sagen, dass wir unsere Arbeit innerhalb der uns gesetzten Frist zügig bewerkstelligt haben, wir zu Ergebnissen gekommen sind, die in der Aussprache und der Diskussion im Anschluss ihre Wertung und Würdigung erfahren werden. Von daher möchte ich mich darauf beschränken, Danke zu sagen und jetzt die Aussprache dem Herrn Präsidenten zu ermöglichen, indem ich diesen Platz verlasse.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Bauckhage:

Herr Abgeordneter Schneiders, vielen Dank für den umfassenden, sehr sachlich vorgetragenen Bericht.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schreiner das Wort.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden heute über eine Drucksache von 181 Seiten. Ich kann Ihnen allen nur raten, sie mit Bedacht zu lesen; denn mit diesem Bericht legen wir heute ein Musterbeispiel für schlechtes Regierungshandeln vor.

(Beifall bei der CDU)

Ministerpräsident Kurt Beck hat gegen alle Warnungen, insbesondere aus den eigenen Reihen, das Arp Museum in Rolandseck auf den Weg gebracht. Er hat darüber hinaus diejenigen, die warnend die Stimme erhoben haben, an die Seite gestellt. Er hat für das Land Rheinland-Pfalz Unterhändler benannt, die nicht geeignet gewesen sind, was dazu geführt hat, dass das Land Rheinland-Pfalz Verträge abgeschlossen hat, die zum Schaden des Landes Rheinland-Pfalz waren. Für all dies trägt der Ministerpräsident – das will ich im Folgenden darstellen – ganz persönlich die Verantwortung.

(Beifall der CDU)

Es ist nicht so, dass wir heute zum ersten Mal über das Arp Museum in Rolandseck reden.

Wir reden nicht nur über den Kulturbahnhof. Man sollte dies vielleicht zu Beginn der Debatte fein auseinanderhalten. Wir reden auch über den Kulturbahnhof – das ist auch von der SPD anerkannt worden – als Schaufenster des Landes Rheinland-Pfalz

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

zu Zeiten der CDU-Regierung zur Bundeshauptstadt Bonn. Hierzu ist auch von der SPD nichts Negatives zu hören gewesen.

Wir reden heute über das Arp Museum, für das die ersten vertraglichen Weichenstellungen 1995 von Kurt Beck unterschrieben worden sind.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Dort ist es eben so, dass die Fachleute aus der schon damals SPD-geführten Landesregierung von Anfang an gesagt haben, lasst die Finger davon.

(Pörksen, SPD: Sie scheinen noch nicht einmal die Akten zu kennen!)

Ich möchte zu Beginn, weil Herr Kulturstatssekretär Hofmann-Göttig im Kulturausschuss im Vorfeld der Beratungen des Untersuchungsausschusses die Freundlichkeit hatte zu erklären, er würde alle Verantwortung auf sich nehmen, aus einem Schreiben von Herrn Hofmann-Göttig zitieren, weil diese Aussage im Kulturausschuss, Herr Staatssekretär, aller Ehren wert ist. Sie war aber schlechterdings insofern – gestatten Sie mir das – falsch, als Sie überhaupt keine Verantwortung für die Missstände, die dort gelaufen sind, zu übernehmen brauchen, weil Sie immer von Anfang an gesagt haben, so geht es nicht.

Ich zitiere aus einem Schreiben des Herrn Hofmann-Göttig, das er an den Ministerpräsidenten gerichtet hat und in dem er ausführt, dass das Projekt konzeptionell und nicht nur von der Finanzierung her völlig in der Luft hängt. Er kenne zwar einen ersten baulichen Entwurf von Richard Meier, aber kein Konzeptionspapier, noch nicht einmal ein Design.

Jetzt zitiere ich wörtlich: „Wer in ein Millionending einsteigt, muss sich der Bonität seines Geschäftspartners versichern. Die des Herrn Wasmuth ist mindestens dubios“. – Mit Verlaub, Herr Wasmuth war derjenige, mit dem das Land Rheinland-Pfalz die Verträge über ein Arp Museum abgeschlossen hat.

(Staatssekretär Prof. Dr. Hofmann-Göttig: Sagen Sie noch das Datum!)

Ich zitiere weiter: Halten wir uns an die Fakten. Ich habe Herrn Wasmuth kennengelernt als einen, der sich an Verträge nicht hält. – So Herr Staatssekretär Hofmann-Göttig damals schon an den Ministerpräsidenten Rudolf Scharping.

Sobald die Regierung gewechselt hatte, war es so, dass der Herr Staatssekretär sehr kritisch auf das gesehen hat, was Herr Wasmuth vorhatte. Er war sehr gut beraten von seinen Beamten aus dem Ministerium, Beamten, die auch schon zu CDU-Zeiten den Herrn Wasmuth an der kurzen Leine geführt haben. Aber irgendwann war der Zeitpunkt gekommen, zu dem ein Ministerpräsident Scharping aus persönlichem Prestigestreben heraus sich gerne von Herrn Wasmuth um den Finger hat wickeln lassen und wo Sie mit Ihren Bedenken, Herr Staatssekretär Hofmann-Göttig, kein Gehör gefunden haben. Im Gegenteil.

Es wurden dann seitens des Ministerpräsidenten Unterhändler benannt, die, nachdem Frau Götte und Herr Hofmann-Göttig sehr große Zweifel an einem Arp Muse-

um hatten, die Verträge aushandeln sollten. Das waren zwei Personen, zwei Staatssekretäre, Herr Staatssekretär Sarrazin aus dem Finanzministerium, der ausdrücklich erklärt hat, er wisse gar nicht, über was er da so genau verhandeln solle, er sei nämlich – so wörtlich – ein blutiger Museumslaie. Er wisse gar nicht, wie weit er in den Verhandlungen mit Herrn Wasmuth gehen könne. So viel zu dem ersten Verhandlungspartner.

Der zweite Verhandlungspartner, Herr Staatssekretär Eggers, hat eine sehr große Nähe zum Arp-Verein gehabt.

(Pörksen, SPD: Was heißt das?)

– Herr Kollege Pörksen, so eng, dass wir in den Akten des Arp-Vereins vertrauliche Unterlagen der Landesregierung gefunden haben, die von dem Faxgerät des Herrn Eggers an den Arp-Verein gefaxt worden sind.

(Pörksen, SPD: Aha! Ich wollte das nur von Ihnen hören!)

– Herr Pörksen, all diese Dinge waren dem Herrn Ministerpräsidenten bekannt.

Der Herr Ministerpräsident wusste, dass Herr Sarrazin sich nicht als geeigneter Verhandlungspartner gesehen hatte.

(Pörksen, SPD: Wie bitte?)

– Herr Pörksen, der Herr Ministerpräsident wusste von der großen Nähe von Herrn Eggers.

Er ist ausdrücklich aus dem Kultusministerium immer wieder darauf hingewiesen worden.

Doch die Fachleute aus dem Fachressort wurden kaltgestellt. Andere Unterhändler des Landes haben die Verträge vorbereitet.

Dass da heute ein Museum steht, ist weniger das Ergebnis einer vorausschauenden Planung, sondern das Ergebnis eines Zufalls.

(Heiterkeit auf der Regierungsbank)

Die Verträge, die 1995 von Kurt Beck unterschrieben worden sind, sind Verträge, die nicht im Interesse des Landes waren, die dem Land Schaden zugefügt haben.

(Hartloff, SPD: Daran hätte Arp seine Freude gehabt!)

Die Rechnung für das Ganze ging an den Steuerzahler. 34 Millionen Euro hat das Arp Museum gekostet, aktuell diskutieren wir über 2,5 Millionen Euro für eine Küche. Wie es weitergeht, bleibt abzuwarten.

(Harald Schweitzer, SPD: Sie sind eine Lachnummer!)

Herr Kollege, darüber hinaus kam nicht nur aus den Fachressorts eine entsprechende Warnung, sondern gerade auch aus den Reihen der SPD-Fraktion, und

zwar nicht von irgendjemandem. Der Herr Landtagspräsident Grimm beispielsweise

(Pörksen, SPD: Ihr Kronzeuge!)

hat ausreichende Zeit vor der Unterschrift des Herrn Beck unter die Verträge, nämlich im Dezember 1994 – da war Kurt Beck schon Ministerpräsident –, dringend vor der Unterzeichnung der ersten Rahmenvereinbarung gewarnt.

(Fuhr, SPD: Ich weiß gar nicht, was Sie gegen das Museum haben!)

Jetzt kann man fragen: Warum Herr Grimm? – Ganz deutlich, Herr Grimm hatte Funktionen, er war Vorsitzender des Kuratoriums Bahnhof Rolandseck. Insofern war er nicht irgendjemand, über dessen Bedenken man sich vielleicht leichtfertig hätte hinwegsetzen können.

Immerhin war er auch Landtagspräsident und Mitglied der Regierungsfraktion.

(Pörksen, SPD: Was?)

Dieser Herr Landtagspräsident schreibt wörtlich, nachdem er ausgeführt hat, dass er eigentlich die Hoffnung gehabt habe, dass seine Bedenken, die schon mehrfach an Herrn Beck herangetragen worden seien, dort Gehör gefunden hätten: Lieber Kurt, ich wiederhole meine eindringliche Mahnung, diese Pläne so nicht weiter zu verfolgen. Auf das Land kommen Verpflichtungen zu, die in ihrer Tragweite heute noch gar nicht zu übersehen sind. Dafür würdest Du dann persönlich und politisch geradestehen müssen. –

(Dr. Rosenbauer, CDU: Hört! Hört!)

Herr Ministerpräsident, so weit Ihr Parteifreund Christoph Grimm.

Das heißt, wir halten fest: Die Kulturpolitik des Landes Rheinland-Pfalz steht mit dem Arp Museum vor einem Scherbenhaufen.

(Hartloff, SPD: Das glaubt Ihnen doch kein Mensch!)

Herr Ministerpräsident, ich kann Ihnen wirklich nur raten, auch vor dem Hintergrund, dass dem Werk der beiden Künstler Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp maßgeblich durch das Verhalten des Landes ein großer immaterieller Schaden entstanden ist,

(Fuhr, SPD: Was? –

Hartloff, SPD: Immaterieller Schaden? Habe ich das richtig verstanden?)

dass Sie als Land, Sie als SPD-Regierung nie wieder versuchen, ein solches Projekt zu managen. Sie haben bewiesen, Sie schaffen es einfach nicht.

(Beifall der CDU –

Pörksen, SPD: Das hat er doch schon einmal gelesen! Das wird nicht besser!)

Wenn ich aber sage, Sie sollen in Zukunft die Finger davon lassen, dann muss ich trotzdem noch darauf hinweisen, dass Sie mit Ihrer Arbeit am Rolandseck noch nicht am Ende sind. Nach wie vor fehlt ein langfristiges Museumskonzept.

Ich weiß nicht, wann Sie das letzte Mal dagewesen sind. Wenn ich im Arp Museum am Rolandseck bin, sind immer die Sicherheitskräfte in der Mehrzahl und diejenigen Besucher, die dort hinkommen – das sind meistens irgendwelche Bonner, die einen Familienausflug machen –, stehen, anstatt sich die Kunstwerke anzusehen, auf der Terrasse des zugegebenermaßen schönen Gebäudes – da haben Sie recht – und genießen den Blick ins Siebengebirge.

(Geis, SPD: Auch schön! –

Hartloff, SPD: So viel Banausentum habe ich selten gehört!)

Das heißt, das Land Rheinland-Pfalz hat einen kulturpolitischen Leuchtturm errichtet, einen Leuchtturm mit Steuergeldern des Landes Rheinland-Pfalz für Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Heiterkeit des Abg. Fuhr, SPD –

Hartloff, SPD: Liebe Kollegen! Ist Ihnen das nicht peinlich?)

Das Besondere ist, dass dieses Museum ausdrücklich für Plastiken errichtet worden ist, für Plastiken, die zu einem Teil im Besitz des Landes sind, vor allem aber auch für Plastiken, die als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt werden sollten und die nicht mehr zur Verfügung stehen.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Er hat recht! –

Hartloff, SPD: Sie wollen, dass demnächst keiner mehr aus Wiesbaden nach Mainz kommt! –

Harald Schweitzer, SPD: Jetzt weiß ich, warum wir so leichtes Spiel hatten im Untersuchungsausschuss!)

Ein weiterer Punkt, der im Zusammenhang mit einem langfristigen Museumskonzept von Ihnen beachtet werden muss, ist, dass die Beweisaufnahme eindeutig ergeben hat, dass viele der Plastiken, die sich im Besitz des Landes befinden – ich rede nicht über die Dauerleihgaben, ich rede über die Plastiken, die das Land erworben hat –, nicht als Originale zu bezeichnen sind. Sie müssen als Landesregierung in Zukunft möglichst zeitnah die Frage beantworten, wie Sie gedenken, damit umzugehen.

Die Garantieerklärungen, die seitens des Arp-Vereins abgegeben worden sind, sind ausdrücklich nicht durch die Schlichtungsvereinbarung gedeckt. Das heißt, Sie müssen schon die Frage beantworten, wie Sie damit umgehen wollen, ob Sie sich damit begnügen, die Schilder auszutauschen – dann stünde dort nicht „Nachguss Arp“, sondern „Plastik, könnte Hans Arp gefallen haben“ –,

(Heiterkeit des Abg. Baldauf, CDU)

oder inwiefern Sie darüber hinausgehend Minderungsansprüche oder Schadenersatzansprüche gegenüber dem Arp-Verein geltend machen.

(Beifall der CDU –

Hartloff, SPD: Haben Sie mitbekommen, dass gerade Nachgüsse von Degas-Figuren für mehrere Millionen gehandelt werden?)

Auch wenn wir heute den Abschlussbericht zum Untersuchungsausschuss vorlegen, den Deckel über die Akte Arp Museum können wir damit leider noch nicht schließen. Solange es kein langfristig tragfähiges Konzept für dieses Museum gibt und wir mit immer neuen Kosten für dieses Museum konfrontiert werden, so lange geht die unendliche Geschichte Arp Museum weiter.

Herr Ministerpräsident, ich möchte Sie bitten, in Zukunft auf die gut bezahlten Fachleute aus Ihren Ressorts zu hören und nicht nur auf die, sondern auch auf Bürger, die Ihnen als sachkompetente Bürger Ratschläge und Informationen zukommen lassen.

(Harald Schweitzer, SPD: Dazu gehören Sie aber nicht!)

Ich erinnere daran, es gab eine Vielzahl von Bürgern, die sich warnend an die Landesregierung, namentlich an den Ministerpräsidenten gewandt haben.

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Ja! Ja! Der Landrat des Kreises! –

Pörksen, SPD: Lauter verlorene Prozesse!)

Ich möchte an den Zeugen Daube erinnern, der als Fachmann für Versicherungsrecht über die Frage recherchiert hat, inwiefern der Arp-Verein rechtmäßig die Kunstwerke von Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp erworben hat, und zu der Überzeugung kommt, dass aus seiner Sicht der Erwerb der Kunstwerke mit einem kriminellen Akt belastet ist.

(Pörksen, SPD: Nur aus seiner Sicht! –

Hartloff, SPD: Die Gerichte sind dem nicht gefolgt!)

Die Meinung dieses Sachverständigen, der sie schriftlich gegenüber der Landesregierung dargelegt hat, ist nicht etwa geprüft worden. Man kann sie prüfen und zu einem anderen Ergebnis kommen, Herr Pörksen. Die Aussage des Herrn Ministerpräsidenten ist protokolliert, nachzulesen auf Seite 88 des einvernehmlich beschlossenen Berichts – insofern weiß ich gar nicht, warum Sie sich so aufregen, Herr Kollege Pörksen –:

(Pörksen, SPD: Ich rege mich überhaupt nicht auf!
Über Sie rege ich mich nicht auf!)

Er halte Herrn Daube für einen Querulanten, und als Antwort auf das, was Herr Daube ihm mitgibt, sagt er: Ab dafür, wir machen das jetzt einfach so. –

In aller Kürze, ich kann Ihnen heute, da ich nur Schlaglichter setzen kann, nur raten, lesen Sie den Bericht durch. Es lohnt sich, insbesondere ab Seite 137, wenn

es zu dem Minderheitenvotum der Abgeordneten der CDU-Fraktion kommt.

(Heiterkeit der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Das ist eine Blaupause, wie man es nicht machen soll. Insofern muss man sagen, dass der Untersuchungsausschuss zum Arp Museum ein Erfolg war. Wir haben eine Vielzahl von neuen Informationen bekommen, die wir auf anderem Wege nicht hätten bekommen können, weil – der Berichterstatter hat es angesprochen – wir als Untersuchungsausschuss das Recht hatten, Akten hinzuzuziehen, auf die wir auf anderem Wege nicht hätten zurückgreifen können.

(Pörksen, SPD: Ach!)

Ich muss auch schon sagen – ich möchte das vielleicht noch etwas betonter ausdrücken, als es der Herr Kollege Schneiders gesagt hat –, ich finde es dann schon interessant, dass die Akten beim Arp-Verein alle zitierfähig und zu lesen waren und all dies bei der Landesregierung als vertraulich gestempelt worden ist.

Man kann nicht in einen Untersuchungsausschuss hineingehen, indem man versucht, all das, was für einen selbst vielleicht unangenehm sein könnte, mit dem Deckmäntelchen des Schweigens zu bedecken, Herr Ministerpräsident.

(Hartloff, SPD: Der Ministerpräsident hat 20.000 Akten selbst gestempelt! –

Ministerpräsident Beck: 400.000 Seiten, alle selbst gestempelt! –

Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Selbst seitens der SPD-Mehrheitsfraktion ist konstatiert worden, dass der Untersuchungsausschuss insofern etwas Positives hatte, als er die Trennung vom Arp-Verein ebenso wie die Verhandlung über die „Sammlung Rau“ beschleunigt hat, Herr Ministerpräsident.

(Harald Schweitzer, SPD: Ist das peinlich!)

Ich möchte an dieser Stelle auch den Mitarbeitern noch einmal danken.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Sehr gut!)

Ich möchte den Mitarbeitern der Landesregierung danken. Wenn man sich das einmal angeschaut hat, waren diese im Untersuchungsausschuss fast mit Mehrzahl vertreten. Es waren fast mehr Mitarbeiter der Landesregierung zugegen als Abgeordnete.

Ich möchte natürlich den Mitarbeitern des Landtags danken, vom Stenografischen Dienst bis zum Wissenschaftlichen Dienst, und den Mitarbeitern der Fraktionen.

Das, was dieser Untersuchungsausschuss in einem Jahr leisten musste, 1.500 Akten zu sichten, ist noch nie dagewesen.

(Pörksen, SPD: Wie bitte?)

Das heißt, was bleibt unter dem Strich? Die Ministerpräsidenten Scharping und Beck haben dieses Arp Museum immer gewollt. Sie haben es aus einem persönlichen Prestigestreben heraus gewollt und dabei ihr persönliches Prestigestreben über die Interessen des Landes gesetzt.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: Ich bin ein geborener
Dadaist-Fan!)

Herr Ministerpräsident Scharping hat es gewollt, aber er hat im Untersuchungsausschuss sehr zu Recht zu Protokoll gegeben, dass, als er aus dem Amt schied, noch kein Abschluss von Verhandlungen in Sicht war, noch nicht getätigt war, noch nicht rechtsverbindlich war und das Arp Museum auch noch nicht durchfinanziert war. Es kam dann, einen Tag vor der Amtsübergabe von Herrn Scharping auf Herrn Beck, im Oktober 2004 zu einem Gespräch über das Arp-Museum, in dem Sie das Projekt von Herrn Scharping zu Ihrer eigenen Sache gemacht haben, Herr Ministerpräsident. Sie haben dies auch anerkannt. Als wir Sie als Zeugen im Untersuchungsausschuss gehört haben, haben Sie gesagt, dass Sie „eben eine erste Entscheidung zu treffen“ gehabt haben.

(Hartloff, SPD: Der Neuigkeitswert von 15 Jahren!)

Sie sind auch stolz darauf gewesen, dass Sie der Letztentscheider sind.

(Ministerpräsident Beck: Es ist halt nun einmal so,
ob ich stolz bin oder nicht!)

– Herr Ministerpräsident, Sie haben sich aber an dieser Stelle schlicht und ergreifend falsch entschieden. Wir haben ein Museum ohne ein langfristig tragfähiges Konzept, und dies bis heute nicht. Sie haben Verträge zulasten des Landes geschlossen, die schlecht verhandelt waren. Davon können Sie sich nicht freisprechen, Sie selbst hätten sonst wohl auch kaum versucht, mit einer zweiten Rahmenvereinbarung nachzuverhandeln. Wenn die Verträge so gut gewesen wären, hätte es auch nicht dieses Hickhack um die Trennung vom Arp-Verein geben müssen.

(Beifall der CDU)

Das heißt, wir haben nun ein Museum für Skulpturen, und wir haben keine Plastiken.

Um noch einmal die Dramatik für die Zukunft aufzuzeigen, möchte ich zum Schluss auf eine aktuelle Kleine Anfrage des Kollegen Ernst von der CDU hinweisen, der sich Sorgen um dieses Museum macht, das nach dem Willen der Landesregierung – darin hatten Sie uns sogar auf Ihrer Seite – in der ersten Liga der Museen in der Bundesrepublik Deutschland spielen sollte. Die erste Liga der Museen haben Sie selbst immer definiert, indem Sie es an Besucherzahlen festgemacht haben.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wenn man sich die Besucherzahlen anschaut, hatten wir in den ersten drei Monaten gute Besucherzahlen: 9.000

Besucher im Monat, 12.000 Besucher im Monat. Aber seit Dezember des vorvergangenen Jahres pendeln die Besucherzahlen regelmäßig um 5.000, 6.000 Besucher.

Ich als Mainzer Abgeordneter habe mir erlaubt, einmal einen Vergleich mit dem Landesmuseum an der Großen Bleiche heranzuziehen. Dies sind so viele Besucher, wie im Mainzer Landesmuseum ein- und ausgehen. Ein anderer Leuchtturm der rheinland-pfälzischen Kulturpolitik, der zufälligerweise ebenfalls in meinem Wahlkreis liegt, ist das Gutenberg-Museum in Mainz. Es hat mehr als doppelt so viele Besucher, und zwar auch in den Jahren, in denen keine Sonderausstellungen stattfinden.

Die Besucherzahlen sind nicht so, wie wir sie uns wünschen. Dass wir dort heute einen Restaurantbetrieb bauen, ist der hilflose Versuch, Besucher nach Rolands- eck zu locken, die mehr suchen als die Aussicht. Offensichtlich hat man die Hoffnung aufgegeben, dass sie wegen der Arp-Plastiken kommen; sie kommen offensichtlich in Zukunft wegen des Essens.

Herr Ministerpräsident, ich kann Ihnen abschließend nur sagen, Sie haben mit diesem Arp-Museum für sich kein Ruhmesblatt verdient. Lassen Sie bitte in Zukunft die Finger von so kostspieligen Kulturprojekten. Sie haben bewiesen, dass Sie es nicht managen können.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt, Ortsverein Betzdorf, Landkreis Altkirchen, sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Internationalen Frauenfrühstück. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Herr Abgeordneter Pörksen, des Weiteren begrüße ich Landfrauen aus Kellenbach. Ich sage es deshalb, weil es im Landkreis Bad Kreuznach liegt. Herzlich willkommen im Mainzer Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Carsten Pörksen.

(Baldauf, CDU: Ich würde mich aber jetzt benehmen!
Die hören zu!)

Abg. Pörksen, SPD:

Vielen Dank, Herr Präsident!

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob das soeben der kulturpolitische Sprecher der CDU war. Aber wenn es so sein sollte, dann gnade Gott unserer Kulturpolitik im Land Rheinland-Pfalz!

(Beifall der SPD)

Herr Kollege Schreiner, ich muss es leider sagen: Wenn ich mir vorstelle, dass die CDU in dieser wunderschönen Stadt Mainz tatsächlich ernsthaft überlegt, Sie zum Bau-Dezernenten zu machen, gnade Gott den ganzen Kulturdenkmälern in Rheinland-Pfalz und vor allem in der Stadt Mainz! – Ich kann Ihnen nur raten, lassen Sie den Schreiner im Landtag. Hier kann er polemisieren, aber er richtet wenigstens keinen Schaden an. Das ist wichtig.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD –
Zuruf von der CDU: Den Schaden haben Sie
ja schon angerichtet! –
Weitere Zurufe von der CDU)

– Ich habe viel Zeit.

Ich konnte mir die Rede, die Sie gehalten haben, schon fast denken, nachdem ich – ich glaube, ich gehöre zu den Wenigen – Ihre Ausführungen in Ihrem abweichenden Votum gelesen habe. Ihre Rede konnte ich mir schon denken. Wer so polemisiert, der muss sich fragen lassen, ob er in einer wichtigen kulturpolitischen Entscheidung des Landes ernst genommen werden will. Ich glaube nicht.

(Beifall der SPD –
Baldauf, CDU: Kommen Sie einmal zur Sache!)

– Ich komme noch dazu. Keine Angst! Ich habe noch viele Seiten, Herr Kollege Baldauf. Sie kommen auch darin vor.

Herr Ministerpräsident Beck hat in seinen Ausführungen gesagt, dass er natürlich die Verantwortung für die Entscheidung in Sachen Arp Museum und Rolandseck im Lande trägt, und er kann sie sehr gut tragen.

(Beifall der SPD)

Deswegen finde ich Ihre Ausführungen zu der Frage fast schon lächerlich, in welcher Weise die CDU an dem Projekt „Arp Museum“ beteiligt war. Ich komme darauf zurück. Dies werde ich im Rahmen der Würdigung des Ergebnisses dieses Untersuchungsausschusses selbst tun; denn Sie haben nur zu Ihrem abweichenden Votum gesprochen.

Ich bin erfahren in Untersuchungsausschüssen. Dies ist der siebte Untersuchungsausschuss, an dem ich in meiner bisherigen Laufbahn im Landtag teilnehmen durfte. Im Übrigen gab es einen Untersuchungsausschuss, bei dem noch mehr Akten beigezogen wurden. Dies war der erste Untersuchungsausschuss zum Thema „GBS“, Sondermüll. Er hatte noch mehr Akten. Die Akten waren damals nicht im Hause, sondern im LKA untergebracht. Dies war für den Untersuchungsausschuss noch viel unangenehmer. So schlimm war es also auch nicht mit den Akten im Untersuchungsausschuss „Arp“, aber es waren genug.

Aber was Sie heute getan haben, das habe ich noch nicht erlebt. Wir haben gemeinsam einen Bericht beschlossen. Nach der letzten Landtagssitzung saßen wir zu dritt zusammen – Frau Lejeune, Herr Kollege Schneiders, ich und ein Mitarbeiter der Landtagsverwaltung – und einigten uns auf einen Bericht. Dass die Würdigung

gen unterschiedlich ausfallen, ist total in Ordnung, das kenne ich auch gar nicht anders. Es ist schon selten, dass man nach einem Untersuchungsausschuss auch zu einer gemeinsamen Würdigung kommt.

Aber dass Sie einen zweiten Bericht vorlegen, das ist mir neu gewesen in meiner bisherigen Laufbahn als Untersuchungsausschussmitglied. Sie haben nicht den beschlossenen Bericht zur Grundlage Ihres Votums gemacht, sondern Sie haben selbst einen eigenen Bericht geschrieben, damit Sie das, was Sie heute behaupten, durch irgendwelche, aus dem Zusammenhang gerissenen Zitate untermauern können. Dies ist keine besonders faire und vor allem keine besonders parlamentarische Arbeit, die Sie abgeliefert haben.

(Beifall der SPD)

Aber damit gehen Sie nach Hause.

Lassen Sie mich zur Würdigung selbst kommen und drei Feststellungen an den Anfang stellen. Alle Landesregierungen seit den 60er-Jahren waren bestrebt, kulturpolitische und später auch strukturpolitische Chancen durch und für Rolandseck zu nutzen. Der Bau des Museums – das wissen schließlich alle – war erst möglich durch die finanzielle Unterstützung aus dem Bonn-Berlin-Ausgleich.

Von Anfang an gab es bei diesem Prozess viele Chancen, aber auch viele Risiken – wer will das bestreiten –, insbesondere durch die starke Stellung des Vertragspartners, auf der einen Seite Herr Wasmuth und später der Arp-Verein, teilweise auch parallel. Weswegen waren denn Herr Wasmuth oder der Arp-Verein plötzlich so stark? – Überlegen Sie sich doch einmal die Gründe. Wir haben doch Herrn Wasmuth – wie man so schön sagt – geerbt. Von wem überhaupt? – Bleiben Sie ein bisschen konsequent oder zumindest ein bisschen ehrlich bei Ihrer Argumentation. Aber das erwarte ich von Ihnen eigentlich gar nicht.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das hätten wir auch sagen können!)

Es gab eine Reihe von Schwierigkeiten, die wir im Laufe der Jahre miterlebt haben. Es ist doch nicht so, dass plötzlich im Jahr 2007 Probleme im Bereich des Arp Museums aufgetreten sind. Man hat doch über Jahre hinweg gewusst, welche Auseinandersetzungen es zwischen Herrn Wasmuth auf der einen Seite und der Ministerialbürokratie auf der anderen Seite gab. In den Stiftungsprotokollen können Sie alles nachlesen, seitenlang! – Natürlich hat man das gewusst.

Trotzdem hat man sich darauf eingelassen, weil man zu Recht der festen Überzeugung war, etwas ganz Wichtiges für Rheinland-Pfalz zu schaffen. Es ist gelungen, trotz der großen Schwierigkeiten mit dem renovierten Bahnhof und dem Meier-Bau für das Arp Museum ein herausragendes Kulturprojekt für den Norden unseres Landes zu verwirklichen.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Ich kann mir natürlich bei der Phantasie, die ich habe, sehr gut vorstellen, wie begeistert die Freunde der CDU oben aus den Kreisen, in denen das Arp Museum steht, Ihre Rede lesen werden und welche Freude sie haben, wie Sie dieses Museum runtermachen und nachher ganz scheinheilig tun und sagen, jetzt wollen wir ein wenig dafür sorgen, dass es besser wird. Wissen Sie, entweder lassen Sie solche Reden, oder Sie sorgen mit uns dafür, dass es noch besser wird. Wir können natürlich immer noch besser werden, und zwar wir alle zusammen. Von daher ist diese Kritik, die Sie üben, sicherlich aus Ihrer Sicht nachvollziehbar, aber sie ist sehr durchsichtig.

Ich möchte noch auf einige Einzelheiten eingehen, und zwar entlang des Berichts. Das ist auch meine Aufgabe. Herr Kollege Schreiner – – – Herr Kollege Schneiders. Ich muss hier aufpassen. Die Namen sind durchaus ähnlich, aber es gibt Wahnsinnsunterschiede bei den Personen.

(Heiterkeit im Hause)

Herr Kollege Schneiders hat es sehr geschickt gemacht. Er hatte eine Schwierigkeit, das ist nicht zu verkennen. Er musste den Bericht des Untersuchungsausschusses vortragen, der natürlich ein Mehrheitsbericht ist. Da er das Minderheitenvotum mit unterschrieben hat, war es eine gewisse Schwierigkeit. Das haben Sie recht ordentlich umschiff. Das Problem mit der Vertraulichkeit von Akten kommt bei jedem Untersuchungsausschuss wieder, Herr Kollege Schneiders. Das werden wir, falls es wieder einen geben sollte – ich hoffe das nicht –, auch dann wieder erleben.

Ich komme nun zu den Zielen bis 1991. Damals war es das Ziel der Landesregierung, den Bahnhof zu retten, ihn zu renovieren und als kulturelle Begegnungsstätte auszubauen. Das war das vorrangige Ziel, völlig unbestritten. Nie hat jemand irgendetwas anderes gesagt. Dabei wurde auch ein erheblicher finanzieller Aufwand betrieben. Das wissen Sie auch aus den Akten. Das waren immerhin 16, 17 Millionen DM in den Jahren, die für den Bahnhof und für das Wirken von Wasmuth ausgegeben worden sind.

Damals hatten wir eine unglaublich starke Stellung dieser Person Wasmuth. Das können Sie alles wunderbar nachlesen. Ich komme auf die Person gleich noch zu sprechen. Aber es war natürlich die Wahl, entweder man macht es mit ihm oder macht gar nichts. Das war die Entscheidung. Die damalige Landesregierung, insbesondere Herr Kohl, hat das sehr gut erkannt. Möglicherweise darf man auch Herrn Kohl mit seinem berühmten Spruch hier einmal zitieren: Entscheidend ist, was hinten rauskommt. – Das hat er einmal gesagt. Das kann man sich jetzt da oben in Remagen anschauen, den Bahnhof und das Museum.

(Beifall der SPD und bei der FDP –
Harald Schweitzer, SPD: So ist es!)

Wenn Sie im Übrigen hier immer erzählen – – – Das ist zwar nicht so besonders wichtig, aber ich möchte trotzdem darauf abheben. Bereits im Jahr 1972 stand im Tauschvertrag – das Land hatte damals so wenig Geld,

es konnte den Bahnhof gar nicht kaufen, es hat den Bahnhof getauscht gegen ein Grundstück, glaube ich, im Bereich Wörth – der Hinweis auf ein möglicherweise zukünftig zu bauendes Museum. Man hat sich abgesichert, dass man das über die Gleise bauen darf. Von wegen, dass es dies überhaupt nicht gegeben hat, ist wohl etwas aus dem Nirwana der CDU und nicht aus der Wirklichkeit.

Es gab dann zwei Modelle, erst Döring, dann später das Meier-Modell. Auch da ist es gar nicht so gewesen, dass die Landesregierung das bezahlt hat. Das hat irgendwie der Wasmuth in seiner eigenen Art hinbekommen, wie auch immer. Das eine hat eine Versicherung bezahlt, wenn ich das richtig weiß.

Von daher gibt es also über die Frage überhaupt keinen Streit. Dass aber ein Ministerpräsident der CDU sehr begeistert über den Entwurf des Meier-Baus war, das können Sie in der Zeitung nachlesen. Das war 1990.

In dem Zusammenhang möchte ich noch eine Anmerkung machen, weil es ziemlich unverschämt ist, was Sie hier machen, wenn Sie Menschen angehen. Politisch können Sie sagen, was Sie wollen, aber Menschen anzugehen, das finde ich schon eine ziemlich schlimme Sache.

Wenn Sie z. B. sagen, Herr Eggers sei ein Mensch gewesen, der überhaupt nicht ordentlich hätte verhandeln können, dann muss man doch die Frage stellen, wer es denn war, der Herrn Eggers in eine bestimmte Position gebracht hat. Das wissen Sie doch genauso gut wie ich. Das war Herr Gölter, der offensichtlich seiner eigenen Bürokratie nicht mehr über den Weg getraut und gesagt hat: Eggers, das machst Du wohl besser, weil die sich sowieso nur streiten, und dann kommt nichts voran. – Das war damals der Hintergrund für Herrn Eggers, überhaupt die Verhandlungen zu führen.

Den Herrn Sarrazin erlebe ich nicht zum ersten Mal. Dass Herr Sarrazin sich von Kultur nicht so beleckt gesehen hat, das hat er in einer sehr drastischen Weise dargestellt. Das möchte ich hier nicht wiederholen, weil ich das auch nicht in Ordnung finde. Aber dass er ein knochenharter Verhandler ist, wird ihm, glaube ich, auch keiner absprechen wollen. Er war dann schon der Richtige bei einem knochenharten Wasmuth. Das kann man doch nicht bestreiten.

Wenn die Bürokratie im Kulturministerium aufgrund von Erfahrungen, die sie über Jahre mit dieser Person gemacht hatte und die sie wirklich müde gemacht haben, nicht begeistert war, mit der Person weiter verhandeln zu müssen, kann man wohl nachvollziehen. Da muss man nun wirklich nichts hineingeheimnissen.

Nach 1991 kam dann die entscheidende Wende für diesen Museumsbau dadurch, dass sich aus dem Bonn-Berlin-Ausgleich Mittel abzeichneten. Zu keiner Zeit wäre dieses Museum gebaut worden, wenn es diese Mittel nicht gegeben hätte. Das weiß doch jeder, der sich ein bisschen mit der Sache beschäftigt.

Als sich dann abzeichnete, dass es Mittel gibt, ist man in die konkrete Phase getreten. Da hat man dann die Ver-

träge gemacht, und zwar die erste Rahmenvereinbarung von 1995 und dann die zweite Rahmenvereinbarung von 2005.

Dann muss man wissen, was eigentlich die Basis der Rahmenvereinbarung von 1995 war, die hier so beklagt wird. Es gab einen Vertrag zwischen der Stiftung Rolandseck und dem Arp-Verein bzw. Herrn Wasmuth und seinen Gruppierungen, der im Jahre 1991 abgeschlossen wurde. Es war im Juni, rückdatiert auf den 1. April 1991, der sogenannte Gölter-Vertrag. Dessen Grundlage war die Erfahrung von 1987 bis 1991 mit Herrn Wasmuth, den man inzwischen zu einem Landesbeschäftigten gemacht hatte mit einem Gehalt von 10.000 DM nicht im Jahr, sondern im Monat. Gleichzeitig hat man Herrn Wasmuth für eine Million DM Kunst abgekauft.

Dann hat man aber gemerkt, das funktioniert auch nicht mit dem, wenn er der künstlerische Leiter ist, aber das Land muss alles bezahlen. Daraufhin ist das 1991 getrennt worden, und zwar mit dem Gölter-Vertrag, der dazu geführt hat, dass das Land wieder für die Finanzierung zuständig war und Herr Wasmuth als derjenige, der die Kunst und die Verbindungen hatte, für den Betrieb des Bahnhofs Rolandseck und auch das avisierte Museum zuständig war.

Als man also 1995 den Vertrag geschlossen hatte, hatte man einen Vertrag vorliegen, der – auf zehn Jahre abgeschlossen – Herrn Wasmuths starke Stellung bestätigt hatte. Man wäre aus diesem Vertrag 1995 gar nicht herausgekommen, es sei denn, man kündigt und zieht eine Prozesslawine hinterher.

Ich kann mir das Geschrei der CDU vorstellen, was entstanden wäre, wenn der Vertrag 1995 geplatzt wäre. Dann hätte es doch geheißen, die Arp-Kunst würde außer Landes getrieben werden und die Landesregierung würde versagen, weil sie wichtige Kunstschatze nicht für das Land behalten könne. Was hätten Sie hier für einen Trommelwirbel entfacht! Also einmal ganz zurückhaltend!

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Natürlich muss man sich auch ein bisschen mit Herrn Wasmuth beschäftigen, wenn man über den Bahnhof Rolandseck redet. Das war eine schillernde Person. Er ist auch sehr umfassend von Zeugen geschildert worden. Aber er war kulturbesessen. Er hatte unglaubliche Beziehungen, was eben auch angesprochen worden ist. Er war reich an Ideen, und er verfügte über Kunstschatze, insbesondere nach 1977 mit dem Nachlass Taeuber-Arp.

Herr Kollege, Sie haben eben Herrn Dr. Daube angesprochen. Das war ein grenzenloser Selbstdarsteller. All das, was er behauptet hat, hat er in Gerichtsverfahren nicht umsetzen können, im Gegenteil. Er hat all die Prozesse, in denen er mit diesen Behauptungen angetreten ist, verloren. Das hat er auf Nachfrage zugegeben. Von sich aus hat er die Geschichte, die 1992 war, so glaube ich, als er für Köln auch einen Prozess verloren hatte, da ging es auch um ein Kunstwerk von Arp, dort zum Besten gegeben. Man muss sich schon einen

besseren Zeugen als gerade den aussuchen, wenn man so schwerwiegende Behauptungen wie die aufstellt, man hätte unrechtmäßig etwas erworben. Dann kann man sich auf solche Personen weiß Gott nicht stützen. Ich glaube, das ist in größtem Maße unredlich.

(Beifall der SPD und bei der CDU)

Herr Wasmuth war aber natürlich nicht nur kunstbesessen, sondern er war auch ständig klamm. Das war auch etwas, was man wissen muss. Er hat ständig seine Möglichkeiten, Druck auf andere auszuüben, genutzt. Diese Stellung hatte er sich irgendwie erworben. Und er war nicht zu kontrollieren, weder von der Regierung vor 1991 noch von der Regierung nach 1991. Er war ganz schwer in Verträge einzubinden.

Ich glaube, es sind im Laufe der Zeit von 1968 bis 2007 allein aktenkundig 21 Verträge mit Herrn Wasmuth gemacht worden, zum großen Teil mit ihm, nachher lebte er nicht mehr. Deswegen kam der Arp-Verein. Er war nicht viel besser, was die Verhaltensweise angeht. Nur war dort mehr Prozesshandeln, weil dort viele Juristen waren, die auch Geld für ihr Büro zu verdienen wussten, nicht für den Arp-Verein.

Diese Verträge auf der einen Seite und das Verhalten von Wasmuth auf der anderen Seite waren oftmals nicht in Einklang zu bringen. Diese Erfahrung haben alle gemacht, die mit Herrn Wasmuth zu tun gehabt haben. Leider hat sich das in Bezug auf den Arp-Verein fortgesetzt.

(Schreiner, CDU: Deshalb haben Sie das Museum gebaut!)

Der Hauptstreit, der sich immer zwischen diesen beiden Kontrahenten, das Land auf der einen Seite und Wasmuth auf der anderen Seite, abgespielt hat, war die Frage der Finanz- und Betriebsverantwortung. Das hat sich bis in das Jahr 2005 fortgesetzt. Erst 2005 ist es durch die neue Rahmenvereinbarung gelungen, das Land stärker in eine Position zu bringen, in der es mitbestimmen kann. Das war 2005 so. Das waren äußerst schwierige Verhandlungen mit dem Arp-Verein. Das haben Sie alle begleitet.

Ich sage noch etwas. Wo waren die warnenden Stimmen der CDU in den letzten Jahren, die hier heute laut vortragen? Ich habe die Akten sehr genau gelesen. Ich habe die Protokolle gelesen. In den Protokollen der Landtagsverwaltung ist ganz wenig zu finden. Lag das daran, dass die Protokolle verschwunden sind? Das glaube ich nicht. Es gab keine kritischen Stimmen. Das, was wir im Untersuchungsausschuss aufgedeckt haben, hätten Sie zum größten Teil den damaligen Ausführungen des Herrn Professor Dr. Hofmann-Göttig im Kulturausschuss im Jahr 2007 entnehmen können. Das war das Drehbuch. Das haben Sie genommen, um den Untersuchungsausschuss zum Laufen zu bringen. Natürlich sind wir mitgelaufen. Wir sind doch nicht blöd. Wie es so schön heißt: Wenn man nicht mitmacht, dann kann man auch nicht mitbestimmen. –

Ich habe gelesen, Sie haben das durch den Untersuchungsausschuss nach vorne getrieben, insbesondere

die Trennung vom Arp-Verein. Ich glaube, auch noch das Rau-Vermächtnis, das behaupten Sie aber nicht, nein.

Was haben Sie gemacht? Sie haben versucht, Öl in das Feuer zu kippen, damit der Arp-Verein richtig sauer gegen das Land angeht. Das Gegenteil ist eingetreten, und zwar nicht wegen Ihres Antrages auf einen Untersuchungsausschuss, sondern weil wir dafür gesorgt haben – von Taktik in diesen Fragen verstehen wir doch noch ein ganzes Stück mehr als Sie, Herr Kollege –, dass der Staatssekretär und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die äußerst schwierigen Verhandlungen in Ruhe führen konnten.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Auf der anderen Seite saßen Juristen, die ihr Büro nicht nur in Mainz, sondern auch anderswo hatten. So ist es gelungen, statt langwieriger Auseinandersetzungen einen Schlusstrich zu ziehen.

Mit Sicherheit war es schade um die Dauerleihgaben. Vielleicht kommt der Zeitpunkt, an dem man wieder näher zusammenrücken kann. Aber man wird bestimmt keine neuen Verträge machen, weiß Gott nicht. Vielleicht kann man dann die Arp-Kunst, die nicht in unserem Besitz ist, dort stärker präsentieren. In diesen Fragen sollte man die Hoffnung nie aufgeben.

Sie haben Herrn Kollegen Scharping angesprochen. Herr Kollege Scharping hat bei der Aussage in seiner eigenen Art – das kann man auch nicht anders sagen – damals eine Riesenchance gesehen. Das hat er so zum Ausdruck gebracht. Er hat recht bekommen.

Ich weiß nicht, welche Vorstellungen Sie von der Landesregierung haben. Auf diese Erfahrung werden Sie wahrscheinlich noch lange warten müssen.

(Heiterkeit bei der SPD)

– Ich meine jetzt Herrn Schreiner, um das klarzumachen.

Ich weiß nicht, welche Vorstellung Sie haben. In der Landesregierung diskutiert man und schreibt möglicherweise Briefe. Briefe schreiben ist nicht immer so schlau, aber das ist nun einmal so. Man kann Dinge sagen. Das ist viel besser als geschrieben, zumindest sicherer.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Man diskutiert dann möglicherweise über Ziele. Der Ministerpräsident, der die Verantwortung trägt, trifft möglicherweise eine Entscheidung. Er hat eine Entscheidung getroffen, die der Kultur im Land Rheinland-Pfalz sehr viel gebracht hat. Auf dem Weg dahin seit 1969 mag in 40 Jahren das eine oder andere nicht so gut gelaufen sein, wie man sich das im Nachhinein gewünscht hätte. Natürlich ist das doch so. 40 Jahre nur geradeaus laufen – ich weiß nicht, ob das funktioniert. Ich will Herrn Kollegen Geis noch ein bisschen Zeit lassen, er schaut schon so kritisch.

Man kann dann feststellen, dass wir im Norden unseres Landes etwas bekommen haben, um das uns viele beneiden. Für diese ist es etwas ganz Wichtiges. Hören Sie sich dort doch einmal um. Herr Kollege Wirz hat auch einmal einen Brief geschrieben. Aber er ist zurzeit bei der CDU nicht mehr so hoch im Kurs. In dem Schreiben hat er gefordert, endlich das Museum zu bauen. Das ist gar nicht so lange her. Ich kenne auch dieses Schreiben.

Sie haben vom Scherbenhaufen gesprochen. Ich stelle mir das einmal bildlich vor, Frau Bundeskanzlerin steht im Herbst 2007 vor dem kulturpolitischen Scherbenhaufen des Landes Rheinland-Pfalz und hält eine Rede, die die Ministerin gar nicht schöner halten könnte. Ist das nicht eine tolle Vorstellung?

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Ich hätte Lust, noch vieles zu sagen, aber leider ist die Zeit so weit vorangeschritten, dass es sonst für Herrn Kollegen Geis zu knapp wird.

Am Schluss meiner Ausführungen möchte ich insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung recht herzlich danken, die es sicherlich nicht ganz leicht hatten, obwohl der Umgang im Ausschuss – ich habe ein bisschen Erfahrung – in Ordnung war. Sobald die Tür aufging und Mikrofone herausgestreckt wurden, war es ein bisschen anders. Aber so etwas ist auch nicht unüblich bei solch einem Ausschuss.

(Bracht, CDU: Aus Erfahrung!)

– Ich habe die Erfahrung, selbstverständlich, Herr Kollege. Sie haben sie noch nicht.

Selbstverständlich danke ich den Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Fraktion genauso wie den Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion für die gute Zusammenarbeit. Das kann ich nicht anders sagen. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Fraktionen für ihre gute Zuarbeit, insbesondere auch nachher beim Schlussbericht. Ich möchte Ihnen allen sehr ans Herz legen, sorgen Sie mit dafür, dass dieses kulturpolitische Highlight in Rheinland-Pfalz noch weiter leuchtet, als es zurzeit schon leuchtet.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD und vereinzelt Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich erteile Frau Abgeordneter Dr. Lejeune das Wort.

Abg. Frau Dr. Lejeune, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Untersuchungsausschuss im Zusammenhang mit den Vorgän-

gen um das Arp Museum hat Ihnen einen umfassenden Bericht über seine mehr als einjährige Tätigkeit vorgelegt, dem Sie die Fragestellung, die Methodik, die Beweisaufnahme sowie das Ergebnis der Untersuchung insgesamt entnehmen können. Ich werde mich deswegen in meinen Ausführungen zwar auf diesen Bericht beziehen, aber auf eine inhaltliche Wiedergabe weitgehend verzichten; denn ich glaube, das ist entbehrlich.

Im Vordergrund für uns als FDP-Fraktion steht eine abschließende Bewertung des Berichts. Zunächst – ich glaube, das ist nicht unwichtig – muss man sich vergegenwärtigen, dass trotz der Beiziehung aller verfügbaren Akten, trotz der Vernehmung von 22 Zeugen an zwölf Sitzungstagen innerhalb eines Jahres die Beweisaufnahme in Gänze nur eine schlaglichtartige Betrachtung aller Vorgänge der letzten 40 Jahre im Zusammenhang mit dem Bahnhof Rolandseck, der Kunstsammlung, bestehend aus den Werken von Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp, sowie des Arp Museums gestattet hat.

Der Ausschuss ist immer wieder dort an seine Grenzen gestoßen, wo Zeugen nicht zuletzt wegen der lang zurückliegenden Ereignisse Erinnerungslücken hatten, wo sich Zeugenaussagen im Detail widersprachen und auch die Akten keine Aufklärung möglich machten, wo es um Abläufe ging, zu denen es keine Akten gab, weil sie nicht eine Handlung im staatlichen Bereich betroffen haben und Personen agiert haben, die nicht mehr am Leben sind, oder wo es um echte Fachfragen ging, etwa um die Frage der Bewertung posthumer Güsse und die Wertigkeit der Kunstwerke insgesamt.

Ich denke, das sollte man sich immer wieder ins Gedächtnis rufen, bevor man den Bericht zur Hand nimmt, und man sollte ihn auch vor diesem Hintergrund lesen und bewerten.

Dieser Bericht zwingt zunächst zu einer Rückschau. Aber er ist auch Mahnung und Weisung für Gegenwart und Zukunft, wozu ich später noch ein paar Worte sagen werde. Rückblickend war und ist die Erhaltung des Bahnhofs Rolandseck als sogenannter Künstlerbahnhof ein Anliegen gewesen, das alle in Regierungsverantwortung Stehende in den letzten 40 Jahren stets verfolgt haben.

Auch die Inbesitznahme der Kunstsammlung mit den Werken von Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp durch das Land Rheinland-Pfalz im Wege der Dauerleihgabe und des käuflichen Erwerbs war lange Zeit erklärtes Ziel der jeweiligen Landesregierung. Strittig war und ist jedoch die Zusammenarbeit mit dem Arp-Verein gewesen. Rückblickend betrachtet muss man auch denjenigen recht geben, die schon vielen Jahren davor gewarnt haben, das Land räume diesem und vor allem auch Johannes Wasmuth zu viele Rechte ein. Sie hatten recht.

Die Auflösung der vertraglichen Beziehungen durch das Land war mithin konsequent, wenn auch reichlich spät. Hier verdient das – vor allem auch materiell – große Entgegenkommen des Landes gegenüber dem Arp-Verein und Johannes Wasmuth im Nachhinein eine sehr kritische Betrachtung. Hier war es sowohl die CDU-Regierung, die Herrn Wasmuth für seine Dienste fürst-

lich entlohnte – Herr Pörksen hat es schon erwähnt –, als auch die SPD/FDP-Regierung, die sich weiterhin von der Person Wasmuth bedrängen und ziehen ließ.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Ich muss gestehen, nach den sehr schillernden Beschreibungen der Person Johannes Wasmuth – meine beiden Vorredner haben es auch schon angedeutet – durch die Zeugen und die Aktenlektüren habe ich mich schon des Öfteren gefragt, wie es sein konnte, dass eine einzelne Person so viele andere auf Trab gehalten hat – im positiven wie im negativen Sinne –, aber es war so.

Hauptstreitpunkt war und ist zudem der Museumsneubau gewesen. Natürlich kann man den Versuch unternehmen und zeitliche Zäsuren vornehmen, um an einzelnen Jahreszahlen abzulesen, ab wann wer den Museumsneubau wollte und vorangetrieben hat und wer ihn gebremst hat. Aber dann sollte man bitte auch so ehrlich sein und alle politischen Entscheidungsebenen mit einbeziehen: außer dem Land auch noch die kommunale und die Bundesebene. – Dann erst wird das Bild vollständig.

Es greift hier zu kurz, nur auf die jeweilige Landesregierung zu zeigen und alle anderen politischen Verantwortlichen aus dem Blick zu nehmen. Ohne die Wiedervereinigung, ohne die Bundesmittel in Gestalt des Bonn-Berlin-Ausgleichs, ohne deren Bewilligung seitens der CDU-geführten Bundesregierung hätte es den Museumsneubau nie gegeben, es sei denn, es wäre kurzfristig für eine sportliche Veranstaltung umgewidmet worden. Dann hätte ein sportbegeisterter Ministerpräsident oder Finanzminister sicherlich noch einen Schatz innerhalb des Landeshaushalts heben können.

Ich selbst sehe die Gewährung von Mitteln einer übergeordneten Ebene durchaus immer etwas kritisch; denn gerade auf der kommunalen Ebene sieht man, dass sie häufig zu Einrichtungen und Geldausgaben führen, deren Sinnhaftigkeit man wegen der Folgekosten, die meist nicht oder nur sehr geschönt bedacht werden, kritisch hinterfragen muss. Aber das ist ein anderes Thema.

Kurzum, es gab Finanzmittel vom Bund, und dies in einem so reichen Maß, dass das Land daraus ein ansehnliches Museum errichten konnte und es auch errichtet hat. Ich bin mir sicher, dass das Museum auch unter einer CDU- oder von einer anderen Partei geführten Landesregierung gebaut worden wäre; denn die Bundesmittel waren allzu verführerisch und der Druck auch von der kommunalen Seite nicht eben gering. Man wollte die Träume von Johannes Wasmuth durch Richard Meier Gestalt werden lassen und damit einen Kontrapunkt zum Magneten der Bonner Kunstszene setzen.

Vor diesem Hintergrund muss man sagen, dass sich in der Zusammenschau aller herangezogenen Beweismittel – insbesondere der Zeugenaussagen – trotz unterschiedlicher Beobachtung und Bewertung im Detail der Gesamteindruck ergibt, dass der Erwerb der Arp-Kunstsammlung, der Erhalt und Ausbau des Künstlerbahnhofs Rolandseck sowie die Errichtung des Arp Museums über alle vier Jahrzehnte von der Mehrheit der

politischen Entscheidungsträger auf allen Ebenen im Grundsatz mitgetragen und befürwortet wurde.

Dieses Fazit bedeutet aber nicht, dass wir hier alle auf ein angemessenes Maß an Selbstkritik verzichten können. Das sehr großzügige Verhalten des jeweiligen Landesregierung gegenüber Johannes Wasmuth – ich habe es schon angesprochen – und dem Arp-Verein bzw. – – –

(Ministerpräsident Beck: Ich war nicht großzügig!
Das stimmt nicht!)

– Na ja, ich finde, ehrlich gesagt, 1987 10.000 Mark im Monat schon ein bisschen viel für jemanden, der – – –

(Ministerpräsident Beck: Aber nicht alle Landesregierungen!)

– Ich habe ja auch noch – – –

(Ministerpräsident Beck: Ich war es nicht!)

– Moment, es gibt eine erste Rahmenvereinbarung. Ich bin noch nicht fertig.

Das sehr großzügige Verhalten der jeweiligen Landesregierung

(Zuruf von Ministerpräsident Beck)

– ja, ich sehe es auch so, Herr Ministerpräsident – gegenüber Johannes Wasmuth und dem Arp-Verein bzw. seiner Repräsentanten war rückblickend betrachtet ein Fehler, wenn auch keiner, aus dem man eine rechtlich relevante Pflichtverletzung herleiten könnte. Er ist zwar korrigiert worden, aber diese Korrekturen haben eine nicht geringe Menge an Sach- und Personalmitteln verschlungen, ein Umstand, den man wegen des respektablen Ergebnisses am Ende gerne verschweigt. Überhaupt war das beständige Tauziehen des Landes oder, genauer gesagt, der unmittelbar betroffenen Bediensteten mit Wasmuth und Co. ein Eindruck, den vor allem die Zeugenaussagen der ehemaligen Ministerialbeamten beständig geprägt haben. Diese dauernden Reibereien haben Kraft gekostet und hätten von höherer Stelle ein Machtwort erfordert, das zu sprechen kaum einer der Verantwortlichen auf Regierungsebene bereit war, und wenn doch, wurde er von dem jeweiligen Ministerpräsidenten gebremst oder zurückgepfiffen.

Hier gilt es für die Verantwortlichen der Gegenwart und Zukunft, einmal darüber nachzudenken, welche Haltung sie künftig gegenüber potenziellen Vertragspartnern und den eigenen Bediensteten einnehmen möchten. Sie müssen sich fragen, nicht nur im Hinblick auf das Arp Museum, sondern auch im Hinblick auf andere aktuelle Projekte mit privaten Investoren, ob Sie sich wirklich für seriöse und solvente Partner entschieden haben.

Meiner Meinung sollte man die Warnungen erfahrener Ministerialbeamter niemals in den Wind schlagen; denn sie wissen, was Loyalität heißt. Ich bin mir sicher, auch bei aktuellen Projekten gibt es in den jeweiligen Häusern kritische Stimmen, die nur gehört werden müssten. Doch aus den Erfahrungen rund um die Kunst und das Muse-

um Arp sollten noch weitere Erkenntnisse gezogen werden. So ist es einfach und für die Landesregierung auch angenehm, wenn man ein vorzeigbares Ergebnis präsentieren kann, aber die Maxime „Der Zweck heiligt die Mittel“ verdient ebenfalls eine kritische Würdigung.

Es zählt im heutigen politischen Leben eben nicht nur das Ergebnis, sondern im Hinblick auf den Vorbildcharakter der politisch Verantwortlichen auch der Weg dahin. Hier wäre es sehr wünschenswert gewesen, schon in der Vergangenheit kritischer zu prüfen, ob es zu Wasmuth und Co. wirklich keine Alternative gegeben hätte. Es ist für mich von daher im Rahmen der Zeugenaussagen auch sehr schwer nachvollziehbar gewesen, in welchem Umfang man hier bereit war, Zugeständnisse zu machen, die schließlich in die erste Rahmenvereinbarung Eingang gefunden haben. Dass die Suche nach Alternativen nicht immer beliebt ist, sieht man auch hier im Hause; denn bei zahlreichen Gesetzentwürfen steht unter dem Passus „Alternativen“ auch regelmäßig: Keine. – Aber künftig ist hier von den Entscheidungsträgern deutlich mehr Kreativität und vielleicht auch Verhandlungsgeschick gefragt, als es in der Zusammenarbeit mit dem Arp-Verein und Johannes Wasmuth geschehen ist.

Was die Zukunft des Arp Museums anbetrifft, ist der Erwerb der „Sammlung Rau“ sicherlich ein Glanzpunkt, der das Museum deutlich aufwertet. Es wird auch künftig eine große Herausforderung sein, die Erwartungen zu erfüllen, die an das Museum und die für es Verantwortlichen gestellt werden. Gleichwohl darf dabei nicht vergessen werden, dass Konzepte eine Sache sind, ihre Umsetzung eine andere.

Es wird auch künftig eine nicht geringe Menge an finanziellen Mitteln erforderlich sein, um das Arp Museum als kulturellen Leuchtturm im Norden des Landes dauerhaft zu etablieren. Die FDP-Landtagsfraktion ist grundsätzlich dazu bereit, die Landesregierung auf diesem Wege weiter zu unterstützen. Allerdings muss das Museum dann auch die in es gesetzten Erwartungen erfüllen. Diese „conditio sine qua non“ ist im Hinblick auf die zahlreichen weiteren kulturellen Einrichtungen des Landes, die ebenfalls gerne von einer größeren finanziellen Zuwendung partizipieren würden, aber zurückstecken müssen, gerechtfertigt. Kultur und ihre Einrichtungen haben einen sehr bedeutsamen Selbst- und Gesellschaftszweck, den man nicht an rein ökonomischen Maßstäben messen kann, aber untereinander müssen sie sich einem Qualitätswettbewerb stellen. Darauf wird die FDP-Fraktion ein wachsames Auge haben.

Abschließend möchte auch ich allen an dem Untersuchungsausschuss Mitwirkenden meinen aufrichtigen Dank aussprechen. Dieser gilt besonders für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, die nicht nur für einen reibungslosen Sitzungsverlauf Sorge getragen haben, sondern auch die sehr umfangreiche Vor- und Nachbereitung sowie Begleitung hervorragend bewältigt haben und eine unaufhörliche Einsatzbereitschaft gezeigt haben.

Natürlich danke ich auch meinen Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen aus diesem Hause für das konstruktive Miteinander. Aber da wir uns diese Sitzun-

gen selbst eingebrockt haben, ist eine Versachlichung der Dankes- und Lobesworte Ihnen gegenüber geboten. Wir haben uns die Arbeit gesucht, sie bewältigt und Gott sei Dank zum Abschluss gebracht.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Das Wort hat Herr Professor Dr. Hofmann-Göttig.

Prof. Dr. Hofmann-Göttig, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Hoffnung, die Herr Abgeordneter Pörksen ausgesprochen hat, haben wir auch. Das ist nämlich die Hoffnung, dass wir uns mit der heutigen Debatte das letzte Mal rückwärtsgewandt mit dem Thema Arp Museum beschäftigen und künftig die Chance haben, uns mit der Gegenwart und der Zukunft zu beschäftigen.

Herr Abgeordneter Schreiner, ich habe die 83 Seiten Ihres Minderheitenvotums sorgsam studiert. Ich kann nicht behaupten, dass ich sie mit Freude studiert habe. Es würde mich 415 Minuten – pro Seite 5 Minuten – Redezeit kosten, um alle Fehlbehauptungen, Unterstellungen, einseitigen Interpretationen und rechthaberischen Wiederholungen längst widerlegter Behauptungen aus der Welt zu bringen.

(Beifall der SPD und des Abg. Mertin, FDP)

Sie haben in der Tat die 321.776 Seiten des Untersuchungsausschusses systematisch dahin gehend untersucht, welche Fetzen an Zitaten Sie herausfinden, um aus Ihrer Sicht maximalen Ertrag zu erzielen und um die Behauptung zu unterfüttern, dass es sich bei dem Komplex Arp Museum um eine Verschwendung von Steuergeldern handelt.

Sie haben heute in Ihrem Redebeitrag gegenüber den Landesregierungen – natürlich nur gegenüber denen seit 1991 – schwerwiegende Vorwürfe erhoben, ohne den Nachweis zu führen, dass es tatsächlich zu einem wie auch immer gearteten materiellen Schaden für das Land Rheinland-Pfalz gekommen ist. Sehr geehrter Herr Abgeordneter Schreiner, daher muss ich Sie mit den Fakten noch einmal konkret konfrontieren.

In Bezug auf die Baukosten gilt die Tatsache, dass von den 35 Millionen Euro Gesamtkosten in der Tat mehr als die Hälfte vom Bund kam. Dazu ist zu berücksichtigen, dass unter den Baukosten alleine 7,6 Millionen Euro Sanierungskosten waren, die man natürlich separat zu betrachten hat.

Für den Neubau des sogenannten Richard-Meier-Gebäudes inklusive Tunnel, Pavillon, Lift und die drei Geschosse des Neubaus haben wir bis zur Eröffnung Landesmittel von rund 9,3 Millionen Euro aufgewendet. Mit diesen Ausgaben verfügt der Neubau über eine Hauptnutzfläche von 2.468 Quadratmetern und der Bahnhof über 1.506 Quadratmeter, also insgesamt über

7.000 Quadratmeter, davon 2.600 Quadratmeter Ausstellungsfläche.

Mit den Aufwendungen hat das Land ein – wie ich meine – architektonisches Juwel aus der Hand des Weltklassearchitekten Richard Meier bekommen, von dem die „Süddeutsche Zeitung“ zur Eröffnung einen Artikel wie folgt überschrieb: „In die Landschaft komponiert – Das neue Arp Museum am Bahnhof Rolandseck ist eines der originellsten Architekturensembles Deutschlands.“

(Beifall der SPD und des Abg. Kuhn, FDP)

Zum Vergleich: Der Umbau des Landesmuseums in Mainz ist derzeit mit insgesamt 43 Millionen Euro kalkuliert. Das wird sicherlich schön, aber das ist gewiss architektonisch und konzeptionell nicht vergleichbar mit unserem Arp Museum. Ich stelle also fest: Die Bauausgaben für das Arp Museum Bahnhof Rolandseck sind gut angelegt, und durch die Bonn-Berlin-Ausgleichsmittel hat das Land ein Juwel zu besonders günstigen Konditionen erhalten.

Beschäftigen wir uns also mit dem zweiten Komplex der Ausgaben, die das Land getätigt hat, nämlich mit den sogenannten Vorlaufkosten und Vorbereitungskosten. Natürlich sind für ein Museumsprojekt, das so lange gebraucht hat – zwölf Jahre –, 7,7 Millionen Euro Kosten auf diesem Sektor eine Menge Geld. Für den Zeitraum 1996 bis 2006 flossen von diesen Mitteln allein 5,5 Millionen Euro an den Arp-Verein. In diesen Vorlauf- und Vorbereitungskosten sind die Personalaufwendungen ebenso enthalten wie die notwendigen Investitionen, die Pflege der Sammlung, Kulturprogramme, Mieten, Pressearbeit, Bewirtschaftung Bahnhof, Ankauf Kunst, Aufbau der Bibliothek, Herausgabe von Publikationen und vieles andere mehr.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Es ist natürlich immer schwer zu erkennen, ob Vorlaufkosten angemessen sind oder nicht.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

– Herr Abgeordneter Schreiner, aus diesem Grunde haben wir uns umgesehen, ob es vergleichbare Museen gibt, die man heranziehen kann, um zu bewerten, ob die von mir dargestellten Vorlaufkosten und Vorbereitungskosten angemessen waren oder nicht.

Ich gebe Ihnen unter rein musealen Aspekten ein Vergleichsbeispiel: Beim Jüdischen Museum in Berlin – dort gab es einen dreijährigen Vorlauf – sind in der Zeit Vorlaufkosten von 31,74 Millionen Euro entstanden.

(Schreiner, CDU: Wahrscheinlich haben die ein Konzept erstellt im Gegensatz zum Arp-Verein! Könnte sein!)

– Herr Abgeordneter Schreiner, wenn Sie schon in Ihrer Würdigung die vorgetragene Argumente, die Ihnen nicht gefallen haben, negieren, unternehmen Sie heute wenigstens den Versuch, so zuzuhören, dass Sie dann wenigstens den Versuch unternehmen können, sich

nicht nur mit Ihren Vorurteilen, sondern auch mit den Fakten zu beschäftigen.

(Beifall der SPD und des Abg. Mertin, FDP)

Im Jüdischen Museum in Berlin gab es bei einem dreijährigen Vorlauf Vorlaufkosten von 38,74 Millionen Euro. Wir haben den Fachleuten dort die Vorbereitungs- und Vorlaufkosten für das Arp Museum vorgelegt. Per E-Mail vom 13. November 2008 kommentiert Dr. Ulrich Klopsch vom Jüdischen Museum in Berlin wie folgt: Die Vorlaufkosten, die bei Ihnen im Arp Museum aufgewendet worden sind, sind aus hiesiger Sicht nachvollziehbare, angemessene und notwendige Beträge. – So weit diese Fachmeinung.

(Schreiner, CDU: Wurden in Berlin Journalisten – – – Harald Schweitzer, SPD: Herr Schreiner hat mehr Ahnung davon! – Unruhe im Hause)

– Herr Abgeordneter Schreiner, Sie haben in Ihrer heutigen Rede, in Ihrer mit Recht wenig beachteten Pressemitteilung vom Freitag und in dem Minderheitenvotum gemeint, einen neuen Hit zu entdecken, indem Sie den Hauptfokus Ihrer Betrachtung zur Behauptung, die Landesregierung sei nicht sorgsam mit Geld umgegangen, nun auf den Erwerb der Landessammlung gelegt haben, auf jene 404 Arp-Werke, von denen wir heute froh sind, sie im Depot des Arp Museums zu haben.

(Beifall der SPD)

Wir haben für unseren Kauf rund 20 Millionen DM bezahlt. Davon bekamen wir eine erhebliche Summe, nämlich 4,5 Millionen DM, von der Kulturstiftung der Länder erstattet.

(Pörksen, SPD: Einfach so!)

Ich habe mich übrigens gewundert, weshalb das in Ihrem Minderheitenvotum überhaupt keine Rolle spielte.

Ich bin nur auf eine Erklärung gekommen:

(Harald Schweitzer, SPD: Unangenehm!)

Sie hätten dann 15 weitere Bundesländer kritisieren müssen, die angeblich nicht sorgsam genug das Projekt kontrolliert haben.

Wir haben damals im Gegenzug für diese Summe, die wir bekommen haben, das Zweitgutachten von Herrn Professor Fath angefordert, dem damaligen Leiter der Mannheimer Kunsthalle.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich habe die Kulturstiftung der Länder um eine Überprüfung der damaligen Vorgänge gebeten. Mit Datum vom 11. November 2008 habe ich folgendes Prüfergebnis übermittelt bekommen – ich zitiere aus dem Schreiben der Generalsekretärin der Kulturstiftung der wohlbemerkt 16 Länder der Bundesrepublik Deutschland –:

4,5 Millionen DM von der Kulturstiftung der Länder fließen nur, wenn sich die Stiftung von der Seriosität des Projekts überzeugt hat. – So war es auch im vorliegenden Fall. Das ergibt die Überprüfung der Kulturstiftung der Länder.

(Beifall der SPD – Frau Spurzem, SPD: Hört, hört! – Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

Für die 404 Arp-Werke haben wir insgesamt exakt 19.997.174,88 DM, also rund 20 Millionen DM, bezahlt. Dafür bekamen wir von der Kulturstiftung der Länder einen Zuschuss in Höhe von 4,5 Millionen DM. Für den Erwerb der Landessammlung wurden also umgerechnet 7,924 Millionen Euro Landesmittel eingesetzt.

Die Landesstiftung Arp Museum Bahnhof Rolandseck hat das renommierte Auktionshaus Lempertz Köln um eine Expertise gebeten,

(Pörksen, SPD: Schon wieder keine Fachleute!)

was aus unserem Einsatz von 7,9 Millionen Euro würde, wenn wir unsere Sammlung heute unter den Hammer brächten. Universitätsprofessor Hendrik Hanstein, vereidigter Sachverständiger, hat uns in seiner Expertise vom 30. Oktober 2008 etwas dazu mitgeteilt. Da Sie dies als eine der wenigen „kritischen“ Anmerkungen in Ihrem Minderheitenvotum angesprochen haben, mussten Sie dieses Gutachten natürlich gleich pauschal in Zweifel ziehen, nach der Devise: Offenbar wusste das Kunsthaus Lempertz über die 404 Werke nicht gut genug Bescheid, und Sie allein, Herr Abgeordneter Schreiner, sind derjenige, der es beurteilen kann; unabhängige vereidigte Sachverständige können es nicht.

(Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Deswegen will ich folgenden Absatz der Expertise von Professor Hanstein im Wortlaut zitieren: Um Ihnen einen ersten Überblick zu geben und ohne die Objekte nimmere im Einzelnen aufzulisten, kann ich Ihnen sagen, dass sich die Gesamtsammlung an Originalskulpturen, Bronzen, Reliefs und Holzarbeiten, Tapisserien und Malereien meines Erachtens auf mindestens 12 bis 13 Millionen Euro addiert. Ich habe dabei an der unteren Kante taxiert; denn ich wollte keine falschen Versprechungen machen, und ich habe dabei die herrlichen Zeichnungen, Collagen und wertvollen Grafiken und grafischen Zyklen nicht berücksichtigt. Aus der mir übersandten Bestandsliste waren auch die Einkaufswerte zu erkennen, und man kann daher feststellen, dass der Ankauf eine blendende finanzielle Investition gewesen ist. –

(Beifall der SPD und des Abg. Bauckhage, FDP)

Herr Abgeordneter Schreiner, ich weiß wirklich nicht, was Sie dazu veranlasst, uns mit der Frage zu konfrontieren, ob wir uns jetzt endlich von der Sammlung trennen. Rein unter materiellen Gesichtspunkten können wir sagen, wir haben gut gekauft. Unter qualitativen Gesichtspunkten gilt das sowieso.

Damit komme ich zum vierten und letzten Komplex Ihrer Anwürfe, wonach das Ganze konzeptionslos gewesen sei. Sie zitieren immer wieder ohne Nennung von Daten. Das ist eine eigenartige Zitiertechnik, die ich bei Ihnen schon mehrfach als sehr „unikatär“ erlebt habe.

(Pörksen, SPD: So reden Professoren!)

Nachdem ich im Jahr 1992 erklärt habe, dass kein Konzept vorhanden sei, tun Sie gerade so, als ob ich das auch 1995 oder 2007 oder 2008 erklärt hätte.

Eines steht fest: Ich habe Ihnen im Landtag, im Kulturausschuss des Landtags und auch im Untersuchungsausschuss das künstlerische Konzept des Arp Museums in allen Einzelheiten geschildert. Wenn es gewünscht ist, mache ich es aus dem Stand noch einmal.

(Pörksen, SPD: Ja!)

Zu behaupten, dass es das nicht gebe, ist schlicht völliger Unsinn.

(Beifall der SPD)

Genauso unsinnig ist es zu wiederholen, dass das Arp Museum an mangelnder Akzeptanz leide. Herr Abgeordneter Schreiner, nach meiner Kenntnis sind Sie einmal im Arp Museum gesichtet worden. Ich sage das nur, weil Sie immer von „meinen Besuchen“ sprechen. Vielleicht waren Sie noch einmal inkognito da, das weiß ich nicht. Allerdings kennt man Sie im Arp Museum durch die Fernsehauftritte relativ gut.

(Schreiner, CDU: Das nächste Mal melde ich mich an, wenn ich irgendwohin gehe! –

Bracht, CDU: Werden wir kontrolliert, wenn wir irgendwohin gehen?)

Herr Abgeordneter Schreiner, Tatsache ist nur: Wenn Sie mir z. B. am vergangenen Sonntag die Freude bereitet hätten, dort an einer Führung teilzunehmen, hätten Sie mit mir 648 Besucher an diesem Tag zählen können.

(Schreiner, CDU: Das wäre keine Freude gewesen!)

– Nein, für Sie nicht, für uns ja. – Tatsache ist, dass die neue Ausstellung „Art is Arp“ eine der besten Ausstellungen ist, die wir zu diesem Thema bisher haben sehen können. Sie wird gut angenommen.

(Beifall der SPD)

Jetzt könnten Sie natürlich die Frage stellen: Wenn die Besucherzahlen so toll sind, könnte das möglicherweise nur an dem vordergründigen Zeug liegen, das man dort treibt? – Deshalb erlaube ich mir zum Abschluss, Sie zum Thema „Qualitätsarbeit im Arp Museum“ mit folgender Information zu erfreuen, wie ich hoffen darf.

(Pörksen, SPD: Das glaube ich nicht!)

– Die Hoffnung stirbt zuletzt, sehr geehrter Herr Abgeordneter.

(Pörksen, SPD: Hier ist sie schon gestorben!)

Im Rahmen des von der Stiftung Buchkunst ausgeschrieben internationalen Wettbewerbs „Schönste Bücher aus aller Welt 2009“ hat der von Philippe Millot gestaltete Katalog zu der Ausstellung „Art is Arp. Zeichnungen, Collagen, Reliefs, Skulpturen, Poesie“, die bis zum 14. Juni 2009 im Arp Museum Rolandseck gezeigt wird, eine Bronzemedaille sowie den Preis für das schönste Buch Frankreichs erhalten.

(Beifall der SPD –
Pörksen, SPD: Nur Bronze?)

Herr Abgeordneter Schreiner, für das ganze Team des Arp Museums verbinde ich mit der heutigen Debatte die Hoffnung, dass dies heute wirklich der Schlussstrich unter die rückwärtsgewandten Betrachtungen und vordergründigen Angriffe war und wir zur Kenntnis nehmen, dass sich das Arp Museum in einem vorzüglichen Zustand befindet. Ich sage ganz freimütig, dass wir mit der tätigen Mitwirkung aller politischen Kräfte vor Ort – auch der Stadt Remagen und des Landkreises – heute in der Lage sind, gemeinsam nach vorne zu gehen, um dem Arp Museum eine Zukunft zu geben. Auch wenn Ihr heutiger Debattenbeitrag noch stark rückwärtsgewandt war: Die Zukunft wird dem Arp Museum gehören.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des Abg. Bauckhage, FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die SPD-Fraktion hat Kollege Manfred Geis das Wort.

Abg. Geis, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie sehen mich verunsichert. Ich habe erwartet, dass jetzt noch jemand von der CDU eine Würdigung aus kulturpolitischer Sicht vornimmt. Aber das scheint nicht der Fall zu sein.

(Zurufe von der CDU)

Seit gut zehn Jahren beteilige ich mich an der kulturpolitischen Diskussion im Landtag. Das macht mir oft erkennbar Spaß. Die Mitarbeit im Arp-Untersuchungsausschuss hat mir selten Spaß gemacht. Das ist auch erkennbar. Für einen Berufsstand haben wir – besser: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Landtag und Fraktionen, besten Dank für Ihre Arbeit – eine gute Vorlage geschaffen: für Kunsthistoriker und Soziologen. – Das umfangreiche Material, gut aufgearbeitet, ruft nach einer kunstwissenschaftlichen, kulturhistorischen Dissertation.

Sicher ist es auch interessant, das Zusammenspiel von Politik und Kultur zu untersuchen und darzustellen, also das Aufeinandertreffen von zwei Welten, die oft sehr verschiedene Sprachen sprechen.

Ich bin froh, dass wir am Ende der Arbeit des Untersuchungsausschusses sind und uns um die Zukunft des Arp Museums Bahnhof Rolandseck kümmern können.

Dazu will ich mich jetzt nicht primär als Mitglied des Untersuchungsausschusses, sondern als kulturpolitischer Sprecher der SPD äußern.

Lassen Sie uns einen Strich unter die Vergangenheitsbewältigung ziehen. Behalten Sie von der CDU-Fraktion Ihre Ergebnisse und Schlussfolgerungen, wir unsere und unsere Empfehlungen. Dazu werde ich am Ende meines Beitrags noch etwas sagen.

Für die positive Entwicklung des Arp Museums Bahnhof Rolandseck sind wir alle mitverantwortlich, vor allem aber die im Kulturpolitischen Ausschuss Engagierten. Dort wünsche ich mir jetzt eine neue und andere Diskussionskultur, eine inhaltliche Auseinandersetzung um Ausstellungsinhalte, die Einhaltung der Kriterien – dazu ist heute gar nichts mehr gesagt worden –, die sich die Bildhauermuseen zurzeit geben, um die Bewertung von Güssen und Skulpturen zu regeln, das Rahmenprogramm im Museum und Werbekonzepte.

Das ist der angemessene Umgang mit einer kulturellen Perle am Rhein, die wir übernommen – ich sage ausdrücklich: Herrn Wasmuth sei Dank; ich unterscheide mich damit vielleicht von anderen, aber ich meine das so – und weiterentwickelt haben.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang noch einmal kurz auf den Untersuchungsausschuss zurückblicken, und zwar nicht, um aufzurechnen, sondern zu belegen, dass wir mit der aktuellen Entwicklung zeitgemäß an etwas anknüpfen, was seit Jahrzehnten angelegt war.

Bernhard Vogel hat die relevanten Punkte zur Bedeutung des Ensembles für die damalige Zeit im Untersuchungsausschuss genannt, nämlich die Chance zum Austausch von Kultur und Politik, die Profilschärfung gegen das Reben- und Rübenimage des Landes und – wörtlich – „dem starken Nordrhein-Westfalen die Stirn bieten.“ Das alles war und ist in Ordnung.

Das neue Arp Museum Bahnhof Rolandseck geht überall einen Schritt weiter. Es geht nicht nur um den Austausch von Politik und Kultur, wie wichtig er auch ist, sondern um die Chance, hochwertige Kunst möglichst vielen Menschen nahezubringen. Das gelingt, die Besucherzahlen sprechen für sich, offenbar in bemerkenswerter Weise.

In der Profilschärfung des Landes ist das Arp Museum ein Baustein neben vielen anderen, die die neue rheinland-pfälzische Kulturpolitik ausmachen, nämlich das Bewahren und Nutzen unseres kulturellen Erbes. In diesem Zusammenhang nenne ich die Initiative Weltkulturerbe Mittelrheintal, weil sie vor allem auch touristische Relevanz hat.

Den Nordrhein-Westfalen bieten wir nicht mehr die Stirn. Das sehen wir jetzt selbstbewusster und entspannter. Wir machen ein hochwertiges und freundliches Angebot an das Nachbarland und seine Bürgerinnen und Bürger, die Menschen aus den Metropolen Köln, Bonn, Düsseldorf und dem Ruhrgebiet, hierherzukommen, um die Verbindung von erstrangiger Kunstpräsentation und traumhafter Landschaft zu erleben.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas sagen. Bei der Internationalen Tourismusbörse (ITB), die vor Kurzem in Berlin stattfand, hat das Arp Museum zusammen mit den Museen aus dem Süden von Nordrhein-Westfalen geworben, wie sich übrigens auch die Generaldirektion Kulturelles Erbe in einer gemeinsamen Kulturlounge präsentiert hat. Das ist eine vernünftige Entwicklung der Kooperation über Ländergrenzen hinweg.

(Beifall bei der SPD)

Auch bei der ITB hätten Sie sehen können, wie sehr die Bundesländer wissen, dass die Selbstdarstellung als Kulturland Erfolg versprechend ist. Sachsen zum Beispiel hat sich sehr aufwendig und fast ausschließlich in dieser Form präsentiert.

Man muss auch etwas anzubieten haben. Wir haben mit dem Arp Museum Bahnhof Rolandseck etwas anzubieten.

Sie von der CDU wehren sich massiv dagegen, dass die Idee für einen Museumsneubau schon in Ihrer Regierungszeit entstanden sein könnte. Na ja, dann eben nicht. Herr Beck ist nicht der Alleinschuldige, wie Sie es ausdrücken. Herrn Scharping ist auch einiges zu verdanken.

Wir sind stolz darauf, dass unter den Ministerpräsidenten Rudolf Scharping und Kurt Beck die Pläne gereift sind und umgesetzt wurden, und zwar mit massiver Unterstützung des Bundes. Das ist gesagt worden. Ich will nicht mehr aus der Rede von Frau Merkel bei der Eröffnung des Arp Museums zitieren. Es freut uns und schmerzt Sie. Das muss man nicht übertreiben.

(Beifall bei der SPD)

Die politisch Verantwortlichen vor Ort wissen um die Chance, die sie haben. Der CDU-Bürgermeister von Remagen und der CDU-Landrat vom Rhein-Ahr-Kreis mit ihren Räten wissen um ihre Chance und wollen sie in enger Kooperation mit der Landesregierung nutzen. Sie sollen sich ein Beispiel an Ihren Parteifreunden vor Ort nehmen.

Lassen Sie die unangemessenen Sprüche, wie „sogenanntes Arp Museum“. Das ist albern und schadet dem Ansehen des Hauses in Rolandseck, unserem Haus und unserem Land insgesamt.

(Beifall der SPD)

Lassen Sie mich noch kurz etwas zu unseren Empfehlungen sagen.

Wir müssen an dem kultur- und strukturpolitischen Ziel mitarbeiten, das Arp Museum Bahnhof Rolandseck auf höchstem Niveau zu einem Glanzpunkt am Mittelrhein zu machen. Dazu bedarf es aufsehenerregender Ausstellungsprojekte und aller Facetten zeitgemäßer Museumspädagogik.

Wir wollen, dass möglichst viele Menschen in unser Museum kommen. Dann muss man mit der Bewusst-

seinsbildung und der Vermittlung von Freude am Museumsbesuch schon bei den Kleinsten anfangen.

Dazu gehört ein unverwechselbares inhaltliches Profil, das sich vor allem aus dem Werk von Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp, der künstlerischen und kunstwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den beiden in ihrer Zeit bis heute und auch aus den Bezügen, die sich innerhalb unseres Bundeslandes ergeben, speist. Ich nenne hier, wie ich das schon öfters getan habe, die Verbindung zu Pirmasens, der Heimatstadt von Hugo Ball. Dazu kommen die besonderen Chancen, die sich aus der Möglichkeit ergeben, die „Sammlung Rau“ nutzen zu können.

Zum Umgang mit posthumen Gütern ist schon viel gesagt worden. Es ist kein spezifisches Arp-Problem. Wir haben mit unserer Veranstaltung im Arp Museum einen wichtigen und viel beachteten Meilenstein der ernsthaften Auseinandersetzung gesetzt. Die Empfehlungen der Bildhauermuseen, die es bald geben wird, werden wir 1 : 1 umsetzen.

Das Arp Museum Bahnhof Rolandseck hat eine traumhafte Lage. Das nutzt der Stadt und dem Landkreis im Kulturellen und Touristischen. Das Museum liegt im äußersten Norden von Rheinland-Pfalz zwischen Koblenz im Süden und Bonn, Köln und Düsseldorf im Norden. Verknüpfungen und Kooperationen drängen sich auf, und es wird sie geben.

(Glocke des Präsidenten)

Ich sage zum Schluss, weil die Herren und Damen des Museums anwesend sind: Herr Direktor Kornhoff, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, herzlichen Dank für Ihre Arbeit. Die SPD-Fraktion wird hinter Ihnen stehen. Wir werden uns gemeinsam bemühen. Ich lade die anderen Fraktionen ein – die FDP hat es erklärt –, für das Museum zu arbeiten. Das ist eine Chance für unser Land.

Danke.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung hat Frau Staatsministerin Ahnen das Wort.

(Schreiner, CDU: Sehr gerne!)

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Lieber Herr Abgeordneter Schreiner, ich möchte etwas tun, was manchen Aspekt aus der Debatte noch etwas verstärkt. Ich denke, einerseits gilt es, am Abschluss eines Untersuchungsausschusses Bilanz zu ziehen. Andererseits ist es aber auch ein Einschnitt, bei dem es gilt, den Blick nach vorn zu wenden. Das möchte ich gern dieser Debatte ganz im Sinne, wie es Herr Geis begonnen hat, auch aus meiner Sicht noch hinzufügen.

Aus dem Bericht des Untersuchungsausschusses und auch heute in der Debatte ist deutlich geworden, dass es sich um eine spannende Zeitreise in ein wichtiges Kapitel rheinland-pfälzischer Kulturgeschichte mit Höhen und Tiefen, Euphorie für das Projekt und manchmal auch mit Groll um das eine oder andere, was passiert ist, handelt. Es ist ein Projekt, das eine ganze Generation von Künstlerinnen und Künstlern, Politikerinnen und Politikern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch Expertinnen und Experten beschäftigt hat.

Ich glaube, bei all dem, was heute und auch im Untersuchungsausschuss diskutiert worden ist, muss festgestellt werden, dass alle, die mit diesem Projekt zu tun hatten, immer von der Vision eines kulturellen Leuchtturms vor den Toren der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn fasziniert waren. Ich glaube, auch die, die heute das Museum besuchen, sind von dem fasziniert, was aus dieser Vision geworden ist.

(Beifall der SPD)

Ich denke, der Untersuchungsausschuss hat deutlich gemacht, dass der Weg dahin alles andere als einfach und konfliktfrei war. Er hat auch deutlich gemacht, dass es immer wieder galt, Chancen und Risiken abzuwägen. Es waren schwierige Abwägungsprozesse. Er bescheinigt der Landesregierung im Ergebnis, dass keine rechtlich vorwerfbaren Pflichtverletzungen oder Versäumnisse begangen wurden. Auch das ist ein wichtiges Ergebnis.

(Beifall bei der SPD)

Aus meiner Sicht ist dieses Ergebnis die Grundlage dafür, dass wir heute den Blick nach vorne richten können. Das will ich in einigen wenigen Punkten tun.

Es geht um den kulturellen Leuchtturm in Rolandseck – das ist mehrfach zitiert worden –, der weithin sichtbar sein soll. Ich finde, er ist es heute schon in einem hohen Maße über eine beachtliche Distanz. Das heißt nicht, dass wir am Ende unserer Wünsche und Planungen sind. Aber so zu tun, als würde er nicht leuchten, wäre völlig falsch.

Das ist einmal sicherlich die Architektur des Museums. Jeder, der dort war, ist in die Faszination dieser Architektur hineingezogen worden. Der Bahnhof auf der einen Seite und der Neubau von Richard Meier. Das vor Ort zu erleben, ist allein schon einen Besuch wert.

Herr Abgeordneter Schreiner, das finden Sie jetzt wieder ganz schlimm. Ich freue mich, auch wenn wegen der Architektur Menschen das Museum aufsuchen. Sie sollen es weiterhin tun. Wir freuen uns über jede Besucherin und jeden Besucher.

(Beifall der SPD)

Aber entgegen Ihrer Behauptung finden Sie nicht nur die Architektur, sondern Sie finden auch Kunst. Sie finden 404 Arp-Kunstwerke, die sich in einer werthaltigen Sammlung des Landes befinden.

Ich will nicht noch einmal die Zahlen wiederholen, die Herr Hofmann-Göttig eben genannt hat. Wenn man das alles bilanziert, wenn man es jenseits der kulturpolitischen Bedeutung nur ökonomisch tun würde, dann kann von einem sicher keine Rede sein, von einem Fehlkauf. Auch unter ökonomischen Aspekten war das, was an dieser Stelle gemacht worden ist, völlig in Ordnung. Unter kulturpolitischen Aspekten hat es eine immense Bedeutung. Das füge ich gerne hinzu.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage, dass das Arp Museum eine erhebliche Handlungsfreiheit gewonnen hat. Das ist durch die Trennung vom Arp-Verein so. Auch das ist gute Grundlage dafür, dass Weichen neu gestellt werden konnten, vor allen Dingen aber in den nächsten Wochen und Monaten noch neu gestellt werden.

Ich will an dieser Stelle nicht anstehen, meinem Staatssekretär einmal ganz herzlich zu danken, weil ich sage, das, was in den letzten Monaten an Arbeit geleistet worden ist, ist nicht mehr in Stunden und auch nicht in Tagen zu messen, sondern es geht um Wochen intensiver Arbeit, von ihm, von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Hause, aber vor allen Dingen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort. Deswegen habe ich heute das Bedürfnis, mich für das zu bedanken, was unter nicht einfachen Rahmenbedingungen und einem nicht immer positiven Licht auf diesem Museum erreicht worden ist. Ich hoffe, das wird sich in der Zukunft ändern.

Herzlichen Dank für das, was Sie bisher gemacht haben.

(Beifall der SPD)

Zu diesen verbesserten Voraussetzungen gehört auch, dass das Museum finanziell gut geerdet ist. Bei Finanzen fällt mir immer nur das Finanzministerium ein. Das Museum ist mit Unterstützung des Finanzministeriums finanziell gut geerdet, indem jetzt ein ausreichender Etat von 3,176 Millionen Euro zur Verfügung steht. Hinzu kommen die 600.000 Euro aus der Kulturstiftung. Ich denke, dass das Museum damit nicht nur kleine Sprünge machen kann, sondern tatsächlich diesem Anspruch, sich in der 1. Liga zu positionieren, gerecht werden kann, auch finanziell unterfüttert, selbst wenn das nur das Ziel und nicht bereits das Ergebnis ist. Aber das ist zumindest gewährleistet. Dafür möchte ich an dieser Stelle dem Hohen Hause ganz herzlich danken.

Ich will noch den jungen Museumsdirektor ansprechen. Ich weiß, da ist die Diskussion geführt worden, sollte man nicht einen erfahrenen Hasen oder eine erfahrene Häsin nehmen. Wir haben uns für einen jungen, dynamischen Museumsdirektor entschieden. Ich glaube, man kann heute sagen, das war eine richtige Entscheidung, weil ich zumindest ihn so erlebe, dass er darauf brennt, dieses Museum noch besser zu positionieren.

Herr Dr. Kornhoff, behalten Sie sich diesen Ehrgeiz, und präsentieren Sie uns spannende Ausstellungen. Ich weiß, Sie haben gute Ideen dafür. Tragen Sie dazu bei – das ist nämlich unser eigentliches Ziel –, dass das Arp Museum sozusagen ein Muss für Kunstinteressierte aus

Rheinland-Pfalz und vor allen Dingen darüber hinaus wird. Ich komme darauf noch einmal zurück.

Ich möchte an dieser Stelle auch dem bisherigen Gründungsdirektor, Herrn Professor Dr. Klaus Gallwitz, danken. Er hat mit dazu beigetragen, dass wir inzwischen mehr als 100.000 Besucherinnen und Besucher begrüßen konnten, und das – wie gesagt – unter nicht einfachen Rahmenbedingungen.

In die Zukunft gewandt ist es uns mit der Leihgabe der hochwertigen „Sammlung Rau“ nicht nur gelungen, Kunst an dieses Museum zu binden, die – davon bin ich fest überzeugt – viele Besucherinnen und Besucher anziehen wird, sondern es ist uns auch gelungen, die Möglichkeit zu eröffnen, das Oeuvre von Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp in Verbindung, in Bezug zur Kunstgeschichte zu stellen. Last but not least – vergessen wir das nicht – werden wir damit ein attraktiver Leihgeber auf dem internationalen Kunstaustauschmarkt, das heißt, wir können attraktive Leihgaben machen. Das ist uns ausdrücklich erlaubt. Wir werden aber sicherlich auch attraktive Leihgaben bekommen. Das ist dieses Geschäft. Das wird dem Museum an dieser Stelle deutlich helfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Schreiner, eines habe ich mir mitgeschrieben und als Zitat aufgehoben, weil ich es so schön finde. Ein Museum aus rheinland-pfälzischen Steuergeldern für nordrhein-westfälische Bürger. – Was für ein Skandal. Machen wir doch Kultur nur für unsere eigenen Leute, haben von Kulturtourismus noch nie etwas gehört und wollen, dass möglichst wenig Menschen nach Rheinland-Pfalz reisen. Das ist wirtschaftspolitisch und kulturpolitisch zu kurz gesprungen.

(Beifall der SPD)

Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass Sie das wirklich so gemeint haben.

(Harald Schweitzer, SPD: Doch! Doch!)

Wir im Lande machen Kulturpolitik wegen der Kulturpolitik, aber wir stehen dazu. Wir wissen um die ökonomische Bedeutung von Kulturpolitik, und wir machen es auch aus tourismuspolitischen Gründen. Wir wollen, dass viele Menschen dieses Land besuchen, weil das ein wichtiger ökonomischer Standortfaktor ist. Wenn uns das Arp Museum dabei hilft, dann war das eine der Visionen, die wir realisieren wollten, nämlich dass viele Menschen auch von außen in dieses Land kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will noch darauf hinweisen – das war Ihr nächster Hinweis –, die Menschen kämen allenfalls wegen der Architektur dahin, Kunst in Ihrer Interpretation sei sowieso keine vorhanden. Dann muss man sich vorstellen, die wollen auch noch gut essen. Jetzt kommen auch noch Touristen nach Rheinland-Pfalz, wollen tatsächlich eine schöne Architektur finden, sich Kunst anschauen, und dann stellen sie noch Ansprüche und wollen „gescheites“ Essen haben. Ich finde, das ist allmählich ein Skandal, was diese Bürgerinnen und Bürger von diesem Land

fordern, vor allen Dingen wenn sie als Touristinnen und Touristen hierherkommen.

(Harald Schweitzer, SPD: Untersuchungsausschuss!)

Wir sollten ihnen klar sagen, das ist zu viel für uns. Das können sie von uns wirklich nicht erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Schreiner, Sie haben sich an dieser Stelle um Kopf und Kragen geredet.

(Harald Schweitzer, SPD: Er ist eh kopflos! –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Ich sage Ihnen, bei uns gilt, schöne Landschaften, schöne Architektur, schöne Kultur, und gut essen und gut trinken kann man hier auch.

Deswegen kommen die Menschen zu uns. Dazu wird das Arp Museum auch seinen Beitrag leisten. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin froh,

(Harald Schweitzer, SPD: Wir auch!)

dass wir so weit gekommen sind.

Ich sage ganz klar, wir haben ehrgeizige Aufgaben auch für die Zukunft. Ich bin ausgesprochen dankbar, dass wir dabei von einem rührigen Förderverein unterstützt werden. Ich bin ausgesprochen dankbar, dass die Kommunalpolitikerinnen und -politiker dieses Museum parteiübergreifend unterstützen und damit eine gute Grundlage für die Arbeit vor Ort gegeben ist.

Ich darf Ihnen zusichern, in all den Facetten, die ich eben genannt habe, werden wir uns um eine gute Zukunft dieses Museums bemühen.

Lassen Sie mich, weil es eben auch eine kulturpolitische Debatte ist, mit einem Zitat des deutschen Künstlers Markus Lüpertz enden. Er hat einmal gesagt: Kunst ist das, was man nicht begreift. –

Jetzt will ich das gar nicht in den Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss bringen. Ich will Ihnen nur sagen, wir müssen begreifen, welche Chancen für die Kultur, für die Region und für unser gesamtes Land mit dem Arp Museum Bahnhof Rolandseck verbunden sind. Wir sollten daran in Zukunft gemeinsam arbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schreiner.

(Harald Schweitzer, SPD: Er hat sich genug blamiert!)

Für alle Fraktionen stehen weitere zehn Minuten Redezeit zur Verfügung.

Abg. Schreiner, CDU:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde die zehn Minuten nicht ausnutzen.

Frau Ahnen, ausnahmsweise Beifall von meiner Seite für Sie. Wenn ein Abgeordneter seine Jungferrede hält, dann ist es ein guter Brauch in diesem Haus, dass wir über Fraktionsgrenzen hinweg klatschen. Frau Kollegin, das hier heute war Ihre kulturpolitische Jungferrede, insofern Beifall.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich glaube, das ist darauf zurückzuführen, dass „DIE RHEINPFALZ“ geschrieben

(Staatsministerin Frau Ahnen: Oh!)

oder das Gespenst an den Horizont gemalt hat, dass Herr Staatssekretär Hofmann-Göttig uns nicht bis zum Ende der Legislaturperiode zur Verfügung stehen könnte und Frau Ministerin Ahnen von Kulturpolitik gänzlich unbeleckt sei. Insofern ist das eine Pflichtübung, die wir heute hier über uns ergehen lassen mussten.

(Frau Spurzem, SPD: Hatten Sie auch etwas zu sagen?)

Ich freue mich, dass wir auf die Art und Weise noch Redezeit haben, weil es mir zum Abschluss in aller Kürze doch noch einmal die Gelegenheit gibt, darauf hinzuweisen, dass die unendliche Geschichte des Arp Museums allein dadurch weitergeht, dass Sie seitens der Landesregierung jetzt in die Phase der Nachbesserungen eingetreten sind.

Es ist die Phase der Nachbesserung beispielsweise beim Restaurant eingetreten. Das war bisher im Konzept nicht vorgesehen. Die Besucher bleiben aus, schwuppdiewupp, wird ein Restaurant zum essentiellen Bestandteil des Konzepts. Wunderbar, Phase 1 der Nachbesserung.

(Keller, CDU: So ist es!)

Ich habe mich sehr gefreut zu vernehmen, dass die Empfehlungen 1 : 1 umgesetzt werden sollen, die der Landesregierung zum Thema, wie mit Nachgüssen umzugehen sei, mitgegeben worden sind. Jetzt werden die Schilder auch ausgetauscht, nächste Nachbesserung in dem Zusammenhang.

Mir ist es wichtig, noch einmal in aller Kürze auf das einzugehen, was Sie zum Thema „Kunstwerke“ gesagt haben, Herr Staatssekretär Hofmann-Göttig. Sie haben aus dem Zusammenhang gerissen zitiert. Ich kann die

gleichen Anwürfe, die Sie fälschlicherweise an mich herangetragen haben, gerade zurückspiegeln.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Ihnen einfach, weil wir uns über diese Frage in Zukunft noch oft unterhalten werden, das mitgeben, was die Echtheit angeht. Sie haben Herrn Professor Fath genannt. Die Gutachter haben die Echtheit nur unterstellt.

In den Kaufverträgen des Landes ist – da haben Sie recht – bei jedem einzelnen Kaufvertrag eine Expertise über diese Kunstwerke angefügt. In diesen Expertisen steht immer der Satz drin: Die Echtheit wird unterstellt. – Manchmal versteigt sich der Gutachter sogar dazu, dass er sagt: Die Echtheit wird vor allen Dingen deswegen unterstellt, weil das Land diese Kunstwerke schon ausgestellt und gezeigt hat. Das zeigt ja wohl, dass sie echt sein müssen. –

Es gibt andere Sachverständige. Ich erwähne ausdrücklich den Namen von Dr. Gert Reising, der sich seit 1980 intensiv mit Arp beschäftigt und dessen Beschäftigung mit Hans Arp sich insbesondere auch seit dem Zeitpunkt vertieft hat, als ihm als Mitarbeiter der Kunsthalle in Karlsruhe von einem Kölner Kunsthändler ein Arp zum Kauf angeboten worden ist, der offensichtlich eine Mischung war aus unterschiedlichen Kunstwerken von Arp, eine sogenannte Moulage, ein Kunstwerk, das so nie entstanden ist. Das hat ihn hellhörig gemacht bezüglich der Frage, was an Abgüssen und vor allem was an Fälschungen im Umlauf ist.

Er ist also ein echter Sachverständiger.

(Heiterkeit des Abg. Hartloff, SPD)

– Jetzt lachen Sie nicht.

(Hartloff, SPD: Ja, natürlich lache ich da! Die Unterscheidung zwischen echten und unechten Sachverständigen ist lächerlich!)

– Herr Fraktionsvorsitzender, ich weiß, dass Ihnen Herr Reising als Sachverständiger ausgesprochen unangenehm sein muss,

(Pörksen, SPD: Ein selbsternannter!)

weil mit Mitteln dieses Landes, mit Steuergeldern, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes bezahlt haben, über die sogenannten Vorlaufkosten, die einmal dazu gedacht waren, ein Konzept zu entwickeln, das nicht entwickelt worden ist, dieser Sachverständige mundtot gemacht worden ist, lieber Herr Staatssekretär.

Dieses Land hat Gerichts- und Rechtsanwaltskosten bezahlt, um Herrn Reising mundtot zu machen. So geht man nicht mit Sachverständigen um.

(Beifall bei der CDU –
Pörksen, SPD: Das ist eine Frechheit!)

Deshalb ist es mir heute eine Freude, ihn als Sachverständigen, der sich seit 30 Jahren mit Hans Arp beschäf-

tigt, ausdrücklich zu erwähnen; denn er schätzt, nachdem er das Museum am Rolandseck und die Eröffnungsausstellung gesehen hat, dass es sich bei der Hälfte der Plastiken im Landesbesitz um Nachgüsse handelt, eben um keine Originale. Dabei handelt es sich um eine vorsichtige Schätzung von Herrn Reising.

(Pörksen, SPD: Toller Zeuge, der Herr Reising!)

– Ja, er ist ein toller Zeuge. Herr Pörksen, ja, er ist ein toller Zeuge; denn wenn die Landesregierung und der Arp-Verein so viel Geld ausgeben, um ihn mundtot zu machen, dann interessiert mich das, was er zu sagen hat.

(Pörksen, SPD: Bitte? Das ist doch eine Frechheit, was Sie erzählen!)

Insofern werden wir den Deckel über diese Akten heute nicht schließen können. Aber glauben Sie mir, ich würde mich freuen, wenn das nicht Ihre letzte kulturpolitische Rede in diesem Hause bliebe, Frau Ministerin.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –
Ramsauer, SPD: Aber Ihre sollte schon die Letzte gewesen sein! –
Frau Spurzem, SPD: Das wäre gut! –
Ministerpräsident Beck: Jenseits allen Niveaus!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Das Wort hat Herr Kollege Hartloff.

Abg. Hartloff, SPD:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Verschupft und krank wie ich bin, will ich doch drei Sätze dazu sagen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Sie haben das sehr wohl noch herausgefordert.

Herr Schreiner, leider haben Sie zu kulturellen Aspekten herzlich wenig gesagt.

(Noss, SPD: Gar nichts!)

Zu sagen, es gibt echte Sachverständige und unechte Sachverständige, das zeigt eigentlich, dass Sie von der Materie nicht mit allzu viel Ahnung beleckt sind.

(Beifall der SPD)

Man kann über Provenienzen streiten, man kann streiten, welche Qualitäten Abgüsse haben, die nach dem Tod gegossen oder zu Lebzeiten hergestellt worden sind.

Es gab Künstler, die wollten Abgüsse haben, die konnten sie nie zu Lebzeiten bezahlen. Es gab welche, die

haben sich ihre Kunst in ganz anderen Proportionen vorgestellt und konnten es nicht darstellen.

Das ist ein ganz weites Feld, auf dem das Fachpublikum diskutiert, bei dem es sich lohnt, inhaltlich zu streiten. Das ist eine kulturpolitische Diskussion, die wir offensiv führen. Herr Staatssekretär Hofmann-Göttig hat Professor Hanstein als sachverständigen Zeugen genannt. In dieser Diskussion müssen wir uns mit den Kunstwerken, die das Land zu den Preisen angekauft hat, in keiner Weise verstecken.

Diese kulturelle Diskussion können wir führen, wie viele andere Diskussionen, wofür das Museum Bahnhof Rolandseck Arp Museum gut ist: für unser Land und weit darüber hinaus.

Den Untersuchungsausschuss für eine solche Chance zu nutzen und aus den Ergebnissen eine solche Perspektive zu entwickeln, diese Chance hat die CDU fahrlässig versemfelt.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, somit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen zu **Punkt 6** der Tagesordnung:

Landesgesetz zur Änderung der Gemeindeordnung und des Zweckverbandsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/3032 –
Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Innenausschusses
– Drucksache 15/3204 –

**Änderungsantrag der Fraktionen
der SPD und CDU**

– Drucksache 15/3259 –

**Fairer Wettbewerb für die Kommunalwirtschaft
bei der Energieversorgung**

Antrag der Fraktion der SPD – Entschließung –
– Drucksache 15/3258 –

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart. Ich darf zunächst dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Auler, das Wort erteilen.

Abg. Auler, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute über das Landesgesetz zur Änderung der Gemeindeordnung und des Zweckverbandsgesetzes, Gesetzentwurf der Landesregierung, – Drucksache 15/3032 –.

Durch Beschluss des Landtags vom 4. Februar 2009, Plenarprotokoll 15/60, ist der Gesetzentwurf an den

Innenausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 25. Sitzung am 26. Februar 2009 beraten.

Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 27. Sitzung am 3. März 2009 beraten.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat den Gesetzentwurf in seiner 28. Sitzung am 12. März 2009 beraten. Die Beschlussempfehlung lautet: Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Vielen Dank.

(Vereinzelte Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile nun Herrn Kollegen Noss das Wort.

Abg. Noss, SPD:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird es für unsere Kommunen leichter werden, sich wirtschaftlich zu betätigen. Das sogenannte Örtlichkeitsprinzip sowie auch die Subsidiaritätsklausel werden geändert werden. Das Örtlichkeitsprinzip, das besagt, dass sich unsere Kommunen lediglich auf gemeindeeigenem Gebiet wirtschaftlich betätigen dürfen, wird unter gewissen Bedingungen abgeschafft. Gleichzeitig wird die Subsidiaritätsklausel für die Bereiche Energieversorgung, Wasserversorgung und ÖPNV ebenfalls abgeschafft, also für Bereiche, die die ureigensten Kernelemente der Daseinsvorsorge für unsere Bürgerinnen und Bürger betreffen. Wir werden dadurch Wettbewerbsnachteile, die die Kommunen gegenüber privaten Anbietern sowie gegenüber Anbietern aus anderen Bundesländern – beispielsweise kommunale Stadtwerke – hatten, beseitigen.

(Beifall der SPD –
Unruhe im Hause)

Dadurch werden wir den Kommunen bessere wirtschaftliche Perspektiven eröffnen.

Ich glaube, wenn wir uns die finanzielle Situation unserer Kommunen vor Augen führen, macht es auch wenig Sinn, wenn wir überall dort, wo Gewinne zu erzielen sind, die privaten Anbieter zum Zuge kommen lassen, und überall dort, wo Verluste oder allenfalls ausgeglichene Ergebnisse zu erwarten sind, weiterhin die Kommunen diese Aufgaben erledigen lassen. Ich glaube, dies ist keine faire Aufteilung. Deswegen begrüßen wir diese Gesetzesänderung, die im Übrigen auch von den kommunalen Spitzenverbänden bereits seit Jahren gefordert wird.

Bezüglich der Energieversorgung verweise ich ausdrücklich auf unseren vorliegenden Entschließungsantrag. Wir werden darüber hinaus gemeinsam mit der

CDU einen Antrag bezüglich der Ermächtigung des zuständigen Ministeriums zum Erlass einer Rechtsverordnung im Sinne des § 94 Abs. 3 zur Festlegung einer Bagatellgrenze bei Spenden einbringen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die CDU-Fraktion hat nun mein lieber Kollege Schnabel das Wort.

(Zurufe aus dem Hause: Oh!)

Abg. Schnabel, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Damen und Herren, die Änderungen der Gemeindeordnung und des Zweckverbandsgesetzes haben wir in erster Beratung sehr umfangreich besprochen. Wir hatten damals schon Zustimmung signalisiert. Die Subsidiaritätsklausel aus dem Jahr 1998 wird erfreulicherweise wieder zurückgenommen. Damals wurden die Subsidiaritätsklausel sowie das Örtlichkeitsprinzip eingeführt. Das ist bekannt. Schon damals hatten uns alle Anzuhörenden davor gewarnt, diese Änderung vorzunehmen. Wir stehen heute nach elf Jahren vor der Erkenntnis, dass dies ein falscher Weg war, insbesondere deshalb, weil die Wettbewerbsfähigkeit unserer Kommunen sehr stark eingeschränkt worden ist.

(Harald Schweitzer, SPD: Warum macht es dann NRW?)

– Das habe ich beim letzten Mal schon gesagt, lieber, guter Herr Kollege Schweitzer. Es ist nachzulesen im letzten Protokoll. Nordrhein-Westfalen ist nicht Rheinland-Pfalz. Wir haben seinerzeit 1998 vor dieser Frage gestanden, und dies gilt auch heute. Deswegen sollten wir heute nicht über Nordrhein-Westfalen sprechen.

Wir vertreten nach wie vor die Auffassung, dass damals die Wettbewerbsfähigkeit der Kommunen in Rheinland-Pfalz eingeschränkt worden ist. Ich möchte auch sehr deutlich sagen, wir haben nach wie vor nichts gegen eine Privatisierung. Das sage ich vor allem in Richtung der FDP. Wenn Kommunen und Private Gleiches anbieten, wenn sie in Konkurrenz zueinander treten und wenn gleiche Voraussetzungen vorliegen, sollen diejenigen, die es besser können – ob dies nun der Staat, eine Kommune oder ein Privater ist –, den Auftrag bekommen.

Auch die Beleihung ist zwingend erforderlich und wurde zufriedenstellend gelöst. Wir wissen, dass die Spitzenverbände in unterschiedlichen Unternehmen tätig sind und deswegen auch die Beleihung erforderlich ist. Die kommunale Familie ist dankbar dafür, dass diese Änderung eingeführt wird. Dies wurde insbesondere vom Gemeinde- und Städtebund, vom Landkreistag und vom Städtetag betont. Wir stimmen der Änderung des § 85

der Gemeindeordnung mit Nachdruck und umfassend zu.

Nach § 94 der Gemeindeordnung wird das für das Kommunalrecht zuständige Ministerium ermächtigt, durch Rechtsverordnung eine Wertgrenze für das Angebot einer Zuwendung im Einzelfall zu bestimmen. Meine Damen und Herren, dies ist nicht der Königsweg, das wissen wir. Der Spagat zwischen den kommunalen Interessen einerseits und der Staatsanwaltschaft andererseits, die bei Verstößen eingreifen muss, ist für die Kommunen natürlich nicht zufriedenstellend gelöst, das wissen wir. Aber es wird auch schwerlich eine andere Regelung machbar sein. Deswegen stimmen wir auch dieser Regelung zu.

Wenn es darum geht, dass Kommunen neben Privaten gleichberechtigt tätig sein dürfen, werden wir ebenfalls zustimmen. Wir möchten mehr Wettbewerb bei der Energieversorgung, auch unter den Gesichtspunkten von mehr Sicherheit, Preiswertigkeit und Nachhaltigkeit.

Was die regenerativen Energien angeht, werden durch diese Regelungen natürlich die örtlichen Energieversorgungsunternehmen gestärkt. Auch dem stimmen wir zu. Wir stimmen zum einen der Änderung der Gemeindeordnung, dem Zweckverbandsgesetz und natürlich auch der Änderung hinsichtlich der Spendentätigkeit zu.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Ich erteile nun Herrn Kollegen Auler das Wort.

Abg. Auler, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bisher durften die Kommunen nur dann wirtschaftlich tätig werden, wenn sie im Vergleich zur Privatwirtschaft auch billiger waren. Dies hat insbesondere die mittelständischen Betriebe in unserem Land gestärkt.

(Beifall der FDP)

Ziel der damaligen Gesetzeseinführung war, dass sich auch die Kommunen dem Wettbewerb stellen mussten. Dadurch konnten die Bürgerinnen und Bürger von verbilligten Preisen und Gebühren profitieren.

Von dem Kollegen Noss sowie auch von Herrn Kollegen Schnabel wurde soeben mehrfach angesprochen, dass man gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen wolle. Aber dann müssen Sie auch in der Privatwirtschaft die Mehrwertsteuer abschaffen. Ansonsten habe ich keinen gleichen Wettbewerb. Es ist ungleich.

(Beifall der FDP)

Kommunale Unternehmen konnten sich auch bisher betätigen. Nur mussten sie billiger sein. Es ist nicht so,

dass der Staat per se billiger ist, sonst hätte in der jüngsten Vergangenheit nicht mehrfach die Regulierungsbehörde eingreifen müssen, um z. B. die Netzentgelte bei Stadtwerken zu senken, da sonst die Preise zu hoch waren. Diese Preise sind für die Bürgerinnen und Bürger.

Eine Stärkung der Kommunen – so, wie von Ihnen gesprochen wurde – sehe ich nicht so. Entweder wird uns durch diese Gesetzesänderung mehr Bürokratie aufgehalst, oder die Leistungen werden teurer, und die Bürgerinnen und Bürger müssen diese teureren Leistung über Gebühren bezahlen, oder die Kommunen müssen sich weiter verschulden, was letztendlich wieder die Bürgerinnen und Bürger bezahlen müssen.

(Beifall der FDP –
Noss, SPD: Wasserversorgung Kiel sagt alles! Da muss man nicht mehr erzählen!)

– Ich muss aber diesbezüglich, auch was den Hinweis auf Kiel anbelangt, kein Gesetz ändern. Die Kommunen können auch heute wirtschaftlich tätig werden.

(Beifall bei der FDP)

Diesbezüglich werden wir also diesen Gesetzentwurf ablehnen.

Was den Entschließungsantrag der SPD-Fraktion anbelangt, so sehe ich hier zumindest in dem zweiten Punkt doch eine kleine Abweichung von diesem vorhergehenden Gesetzentwurf. Allerdings schreiben Sie bei Punkt 1: „Um eine sichere, preiswerte und nachhaltige Energieversorgung für Rheinland-Pfalz auch für die Zukunft sicherzustellen, ist mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt notwendig.“ Nur, wenn mehr Wettbewerb notwendig ist, dann hätten wir zunächst einmal verhindern müssen, auch das Land Rheinland-Pfalz, dass die großen Energieversorgungsunternehmen fusionieren durften und dadurch die Republik praktisch gevierteilt haben. Da besteht nämlich der Fehler, dass kein Wettbewerb mehr vorhanden ist.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben allerdings recht, gerade was die Erzeugung regenerativer Energien anbelangt, dass dort auch bereits vieles vorhanden ist und man dies besser vernetzen muss, insbesondere eben die vorhandenen regenerativen Energien. Insofern werden wir diesen Entschließungsantrag nicht ablehnen, sondern wir werden uns enthalten.

Was die Änderung der Landkreisordnung wegen der Einwerbung und Annahme von Zuwendungen anbelangt, also die sogenannte Bagatellgrenze, so habe ich die Bitte an die Landesregierung – und ich gehe davon aus, dass die Landesregierung dies machen wird –, dass die Bagatellgrenze so bemessen wird, dass auch in Zukunft unsere schönen Dorffeste so gestaltet werden können, dass bei der Annahme von Spenden, wie z. B. Nudelsalaten und vielen selbst gebackenen Kuchen, die unsere Frauen und auch Männer in den Dörfern backen, dies nicht als Spende gilt. Wenn noch ein Verein ein

Spanferkel hinzustiftet, dann muss das auch noch unter die Bagatellgrenze fallen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Bruch das Wort.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Über Salate werde ich nicht reden, aber noch eine Bemerkung zu diesem Vorschlag machen. Ich darf mich zunächst einmal herzlich bei der SPD- und der CDU-Fraktion für die zügige Behandlung des Gesetzentwurfs bedanken. Der Innenausschuss, der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr sowie der Rechtsausschuss haben die Annahme dieses Gesetzentwurfs empfohlen. Ich rede über § 85 Abs. 1 Satz 3, in dem es um die Frage geht, wie wir mit der Stärkung der kommunalen Unternehmen durch die Beseitigung der Subsidiaritätsklausel und auch durch die Aufhebung des Örtlichkeitsprinzips umgehen. Herr Abgeordneter Auler, ich muss Ihnen sagen, als wir das Gesetz 1998 gemacht haben, sind wir davon ausgegangen, dass viele andere es auch so machen werden. Es ist aber natürlich nicht einsehbar, dass Stadtwerke aus Hessen den Stadtwerken von Neuwied in der Frage der Energieversorgung und der Wasserwirtschaft Konkurrenz machen.

(Beifall bei der SPD –
Harald Schweitzer, SPD: So ist das!)

Da werden Sie schon gefragt werden, ob Sie das als Liberale wollen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie das wollen. Ich denke, dass wir das wollen, was Sie auch wollen, dass wir nämlich durchaus wirtschaftliche Konkurrenz haben. Dies gibt dieses Gesetz in jedem Fall her, weil dies natürlich auch die wirtschaftliche Betätigung beschränkt. Es geht um öffentliche Aufträge. Ein ungehemmtes Wirtschaften wollen wir nicht. Von daher gesehen muss es der öffentliche Zweck rechtfertigen. Ich denke schon, dass das hier so gewollt ist, zumal die Kommunen die lokalen Auftraggeber für den Mittelstand sind. Diese müssen doch den Mittelstand entsprechend halten, niemand sonst. Das macht doch nicht E.ON, RWE oder wer auch immer.

(Beifall bei der SPD)

Dann sage ich auch – auch im Namen von Margit Conrad –, dass wir diese Entwicklung nicht nur vorausgesehen, sondern initiiert haben, dass wir natürlich die Kommunen ermuntern, im Bereich der Energieversorgung tätig zu werden, und zwar der alternativen Energien. Da tut sich eine Menge in Rheinland-Pfalz. Wir sind froh, dass dieser Wettbewerb da ist. Wer wird ihn denn führen? Es werden ihn doch nicht die vier Großen gegen sich selbst führen, sondern es werden die führen, die sagen, wir wollen unseren Mitbürgerinnen und Mitbür-

gern eine vernünftige Energieversorgung zu einem vernünftigen Preis anbieten.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von daher gesehen bin ich sehr zufrieden mit dieser Entwicklung und begrüße vonseiten der Landesregierung ausdrücklich auch diese Entschließung. Sie trifft die Intention des Umweltministeriums, der Energieministerin, absolut.

Ich bedanke mich ausdrücklich – da weiß ich allerdings nicht, ob ich mich tatsächlich bedanken soll – für § 94 Abs. 3 und den neuen Satz, der dort eingefügt worden ist: „Das für Kommunalrecht zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung eine Wertgrenze für das Angebot einer Zuwendung im Einzelfall zu bestimmen, unterhalb der gesetzlichen ...“

(Hartloff, SPD: Unser Vertrauen ist groß!)

Das ist klar. Jetzt soll der Minister einmal sagen, wo denn diese Bagatellgrenze ist.

(Eymael, FDP: So ist es!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bagatellgrenze gibt es eigentlich nicht, damit das auch klar ist, sondern es gibt eine Grenze, bei der Sie anzeigen müssen, was Sie bekommen. Darüber werden wir in aller Friedensruhe reden. Aber gehen Sie einmal davon aus, wir werden eine Regelung finden, der Sie alle zustimmen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen somit zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU – Drucksache 15/3259 – ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und der CDU bei Stimmenthaltung der FDP angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/3032 – in zweiter Beratung unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Gesetzentwurf wurde unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags mit den Stimmen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der FDP angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Somit ist der Gesetzentwurf in

der Schlussabstimmung mit den Stimmen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der FDP angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3258 –. Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Somit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der SPD und der CDU bei Stimmenthaltung der FDP angenommen.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zu dem Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/3116 – Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medien und Multimedia – Drucksache 15/3240 –

Es wurde vereinbart, diesen Punkt ohne Aussprache zu behandeln.

Als Berichterstatter darf ich Herrn Maximini das Wort erteilen.

Abg. Maximini, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medien und Multimedia zum Landesgesetz zu dem Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag:

„Durch Beschluss des Landtags vom 4. März 2009 (Plenarprotokoll 15/63) ist der Gesetzentwurf an den Ausschuss für Medien und Multimedia – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der Ausschuss für Medien und Multimedia hat den Gesetzentwurf in seiner 21. Sitzung am 19. März 2009 beraten. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 28. Sitzung am 24. März 2009 beraten.

Beschlussempfehlung:

Der Gesetzentwurf wird angenommen.“

Danke schön.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 15/3116 –. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Vielen Dank. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Zweites Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Durchführung der Kriegsopferfürsorge
Gesetzentwurf der Landesregierung**
– Drucksache 15/3118 –
Zweite Beratung

dazu:
Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses
– Drucksache 15/3241 –

Vereinbart wurde, ohne Aussprache abzustimmen. Zunächst erteile ich Herrn Berichterstatter Dincher das Wort.

Abg. Dincher, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/3118 –, Zweites Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Durchführung der Kriegsopferfürsorge:

Durch Beschluss des Landtags vom 4. März 2009, nachlesbar im Plenarprotokoll 15/63 ist der Gesetzentwurf an den Sozialpolitischen Ausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der Sozialpolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 30. Sitzung am 19. März 2009 beraten. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 28. Sitzung am 24. März 2009 beraten.

Die Beschlussempfehlung lautet: „Der Gesetzentwurf wird angenommen“.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 15/3118 – in zweiter Beratung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Vielen Dank. Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich rufe die **Punkte 9 und 10** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Integration der jährlichen Sonderzahlung und zur Anpassung der Besoldung und Versorgung 2009/2010 (LBVAnpG 2009/2010)
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und FDP**
– Drucksache 15/3224 –
Zweite Beratung

dazu:
Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
– Drucksache 15/3242 –

**....tes Landesgesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz und des Fraktionsgesetzes Rheinland-Pfalz
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und FDP**
– Drucksache 15/3225 –
Zweite Beratung

dazu:
Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
– Drucksache 15/3243 –

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Kollegen Bracht, das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem gemeinsamen, von allen Fraktionen eingebrachten Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2009/2010 setzt der Landtag genau das um, was Parlament und Regierung angekündigt haben, nämlich die Übertragung des Tarifabschlusses für die Tarifbeschäftigten der Länder 1 : 1 auf die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Obwohl der Tarifabschluss erst seit 28. Februar 2009 vorliegt, können wir bereits heute das Gesetz verabschieden. Damit ist der Landtag Rheinland-Pfalz das erste Landesparlament, in dem die Besoldungserhöhung auf gesetzlicher Grundlage wirksam werden kann.

Möglich war dies, weil sich die Fraktionen in Abstimmung mit dem Präsidenten des Landtags auf ein gestrafftes Verfahren geeinigt und damit sichergestellt haben, dass die Erhöhung so schnell wie möglich bei unseren Beamtinnen und Beamten ankommen kann.

Gemeinsam mit der Beamtenbesoldung beraten wir heute auch über die Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Fraktionsgesetzes. Vorgesehen ist, dass die Diäten analog der Beamtenbesoldung angepasst werden. Auf dem Thema liegt immer der öffentliche Fokus. Aus diesem Grund entscheiden wir in einem sehr transparenten Verfahren über die Entschädigung.

In der Begründung des fraktionsübergreifend getragenen Gesetzentwurfes ist einiges zur Bedeutung des Amtes des Abgeordneten und der Höhe der Entschädigung

ausgeführt. Darauf möchte ich hinweisen und auch auf die nachfolgende Debatte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, dem Landtag die Annahme beider Gesetzentwürfe zu empfehlen. Dem hat sich der mitberatende Rechtsausschuss angeschlossen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Bracht. Das Wort hat Frau Kollegin Schleicher-Rothmund.

Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben es vom Berichterstatter gehört, vergangenen April haben die SPD und die Landesregierung angekündigt, dass die Ergebnisse der Tarifverhandlungen für die Angestellten für die Erhöhung der Besoldung der Beamtinnen und Beamten übernommen werden. Damals haben wir die Übernahme 1 : 1 angekündigt. Das haben wir unseren Beamtinnen und Beamten versprochen. Dieses Versprechen halten wir heute.

(Beifall der SPD)

Wir freuen uns, dass die CDU und die FDP unserer Initiative und unserem Vorschlag gefolgt sind und wir heute einen gemeinsamen Gesetzentwurf vorlegen können.

Ich möchte noch einmal an Folgendes erinnern: Zum Zeitpunkt der Ankündigung im April 2008 war die konjunkturelle Lage eine andere als heute. Es gab eine weitaus andere konjunkturelle Lage. Damals haben wir gesagt, wir werden diese Tarifeinigung 1 : 1 übernehmen. Das machen wir heute in einer konjunkturell schwierigen Lage, in einer Finanzkrise und im Wissen darum, dass wir mit Steuereinnahmefällen zu rechnen haben.

Aber es ist ein richtiger und wichtiger Schritt für unsere Beamtinnen und Beamten im Land. Das gilt auch vor dem Hintergrund der vergangenen Erhöhungen.

Ich freue mich, dass es eine übereinstimmende Einschätzung aller drei Fraktionen gibt. Das ist im Gesetzentwurf nachzulesen. Die Übertragung des Tarifergebnisses führt zu einer angemessenen Erhöhung der Bezüge.

Herr Kollege Bracht hat es gesagt. Am 28. Februar haben sich die Tarifparteien geeinigt. Damit war klar, dass ein konkretes Ergebnis vorliegt, was wir umsetzen können. Uns war wichtig, dass die Erhöhung schnell bei den Beamtinnen und Beamten ankommt. Dies muss man vor dem Hintergrund sehen, dass man sagen kann, wenn wir in der Lage sind, ein milliardenschweres Konjunktur-

programm innerhalb einer Woche auf die Beine zu stellen, dann muss es auch möglich sein, für unsere Beamtinnen und Beamten eine solche Erhöhung schnell bei ihnen ankommen zu lassen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben, dass wir es so schnell umsetzen konnten.

Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf beinhaltet zum einen die Erhöhung um 50 Euro und zum anderen ab März 2009 eine Erhöhung um 3 %. Ab März 2010 kommt eine Erhöhung um 1,2 %.

(Ramsauer, SPD: 40 Euro!)

– 40 Euro. Das sind Summen, die sich im Landeshaushalt ordentlich bemerkbar machen. Im Jahr 2009 sind es 120 Millionen Euro und im Jahr 2010 175 Millionen Euro. Ich möchte noch einmal darauf zu sprechen kommen, dass wir wissen, dass es weitergehende Wünsche gibt. Angesichts dessen, was ich eingangs gesagt habe, dass wir uns in einer sehr schwierigen konjunkturellen Lage befinden, sehen wir keinen Spielraum für weitere Erhöhungen.

Gleichzeitig erfolgt mit diesem Gesetzentwurf die Integration der jährlichen Sonderzahlungen. Damit kommen wir einer Forderung der Beamtinnen und Beamten nach; denn damit werden laufende monatliche Zahlungen fester Bestandteil der Bezüge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Bracht hat es angekündigt, wir beraten gleichzeitig auch eine Erhöhung der Diäten. Da möchte ich daran erinnern, dass wir in der vergangenen Haushaltsberatung im Dezember vonseiten der SPD-Fraktion bereits angekündigt haben, dass für uns die Erhöhung bei den Beamten eine Orientierung sein werde. Von daher ist es nur folgerichtig, dass wir, wenn wir bei den Beamtinnen und Beamten eine Übernahme des Tarifvertrages 1 : 1 vollziehen, das jetzt auch hier bei der Diätenerhöhung so machen werden.

Herr Bracht hat auch darauf hingewiesen, dass es im Gesetzentwurf nachzulesen ist, dass es eine Fragestellung der Angemessenheit der Abgeordnetenentschädigung ist. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, betrachtet man die Einkommensentwicklung der letzten 15 Jahre, so ist festzustellen, dass die Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung in diesem Zeitraum hinter den Steigerungsraten für die Beamtinnen und Beamten und der Angestellten des öffentlichen Dienstes zurückgeblieben ist. Die Erhöhung sieht also auch bei uns 40 Euro vor, des Weiteren 3 % im Jahr 2009 und 1,2 % im Jahr 2010. Das ist eine Erhöhung, die wir angemessen finden, und das ist uns auch so in den Medien bestätigt worden.

Ebenso erhöhen wir die Fraktionszuschüsse. Hier muss man wissen, dass die Ausgaben für die Fraktionen in der Hauptsache Personalausgaben sind. 70 % bis 80 % unserer Ausgaben sind Personalausgaben. Von daher ist es folgerichtig, dass wir hier eine Anpassung vornehmen und wir die Anpassung ebenfalls an die Tarif-

entwicklung, das heißt also, an die 3 % und an die 1,2 % vornehmen.

Die Reisekostenpauschale wird analog der Wegstreckenentschädigung angepasst. Wir passen auch die Kostenpauschale für die Abgeordneten an. Diese ist nämlich seit 1997 nicht erhöht worden. Wir werden sie um 60 Euro erhöhen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir gehen hier einen vernünftigen und angemessenen Weg. Ich bedanke mich bei allen für das gemeinsame Vorgehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Hans-Josef Bracht das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Betreffend die Anpassung der Beamtenbesoldung tritt auch die CDU-Fraktion für eine Übernahme der Tarifentscheidungen ein, um auf diesem Weg eine schnelle Beschlussfassung heute zu ermöglichen. Wir glauben, dass diese Anpassung entsprechend den Tarifentscheidungen in der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzsituation auch angemessen ist. Im Beamtenbereich gibt es sicher einen erheblichen Nachholbedarf. Gern hätten wir auch einen Nachschlag für vergangene Jahre eingefordert und zur Beschlussfassung gebracht. Dies hätte aber wohl eine schnelle Entscheidung heute verhindert. Wir haben uns deshalb dafür entschieden, eine kurzfristige Beschlussfassung über das zu ermöglichen, was im Tarifbereich an Einkommensanpassungen vereinbart wurde. Dies dient den Beamten und den Versorgungsempfängern mehr.

Wir halten also die volle und schnelle Übertragung der Tarifvereinbarung auf die Beamten jetzt für sachgerecht. Dies gilt auch für die Abgeordneten. Auch hier halten wir eine Anpassung der Diäten entsprechend der Anpassung der Besoldung für angemessen. Weshalb glauben wir, dass das angemessen ist? Wir meinen, wir Abgeordnete haben wie die Beamten in den letzten Jahren massiv Verzicht geübt. Abgeordnete liegen im Vergleich der Einkommenszuwächse der letzten Jahre – Frau Kollegin Schleicher-Rothmund hat darauf hingewiesen, ich will es noch konkretisieren – erheblich hinter der Privatwirtschaft zurück. Die Landtagsverwaltung hat hier die letzten 15 Jahre einmal berechnet. Hier wäre ein Zuschlag von nicht weniger als 700 Euro zusätzlich notwendig, wenn Abgeordnete vergleichbar den Angestellten der Privatwirtschaft behandelt würden. Selbst bezogen auf den Tarifbereich des öffentlichen Dienstes ergibt sich noch eine Differenz von 230 Euro, und bezogen auf die Landesbeamten eine Differenz von immerhin noch 130 Euro.

Dies holen wir nicht nach. Neben der Einkommensentwicklung haben sich aber auch vor allem die Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren erheblich verändert. Diese sind erheblich stärker gestiegen als die Einkommen der Beamten und auch die der Abgeordneten. Wir halten eine Anpassung aber auch deshalb für angemessen, weil fleißige Abgeordnete keinen Acht- oder Zehnstundentag haben, sondern oft zwölf, 14 oder 16 Stunden und dann zusätzlich auch noch am Wochenende für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes unterwegs sind.

Es gibt – ich denke, das sollte an dieser Stelle auch gesagt werden – im Landesdienst mehr als 6.000 Bedienstete – Beamte oder Angestellte –, die genauso viel oder mehr als ein Abgeordneter verdienen. Ich denke, auch vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Stellung des Abgeordneten halten wir eine Anpassung für sachgerecht und notwendig.

Meine Damen und Herren, wir glauben, dass die Anpassung der Besoldung und der Diäten auch angemessen im Hinblick auf die aktuelle Wirtschaftskrise ist. Ohne diese Wirtschaftskrise hätte eine Steigerung der Beamtenbesoldung und der Diäten erheblich höher ausfallen müssen. In Zeiten der Hochkonjunktur vor zwei Jahren haben wir – die Abgeordneten und die Beamten – Verzicht geübt. Für eine Besoldungs- oder Diätenerhöhung ist nie die richtige Zeit. Dennoch ist sie notwendig, meine Damen und Herren, und wir glauben, sie ist auch angemessen.

Ich glaube zudem und will dies auch sehr prononciert sagen: Unsere Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass ihre Vertreter im Parlament angemessen bezahlt werden. Dass die Anpassung angemessen ist, habe ich vorhin begründet.

Ich will ein Zweites sagen: Unsere Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass ihre Vertreter in den Parlamenten so bezahlt werden, dass sie frei und unabhängig arbeiten können, dass sie frei und unabhängig von anderen Geldgebern ihren Dienst am Bürger, ihren Dienst an der Gesellschaft verrichten können.

Ich will ein Drittes formulieren: Unsere Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass die Rahmenbedingungen des Arbeitens der Abgeordneten so ausgestaltet sind, dass es für Personen aus allen Gesellschaftsgruppen interessant ist, die Aufgabe als Abgeordneter anzustreben. Und es sollte für die Besten aus allen Gesellschaftsgruppen interessant sein, diese Aufgabe anzustreben. Das ist schon heute vor dem finanziellen Hintergrund längst nicht mehr für alle der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Pflicht, darauf hinzuwirken, dass die Aufgabe für möglichst viele Menschen interessant bleibt oder wieder wird, Volksvertreter zu werden.

Meine Damen und Herren, es geht nicht in erster Linie um uns selbst. Natürlich geht es auch um uns, aber wir sind, wenn die Bürger uns nicht mehr wollen, in zwei Jahren nicht mehr dabei. Dann aber werden, wenn nicht wir, andere gebraucht, um diese Aufgabe für die Bürge-

rinnen und Bürger zu erledigen. Auch für die muss es interessant sein.

(Glocke des Präsidenten)

Deshalb ist eine angemessene Diätenerhöhung sinnvoll und notwendig.

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Ich glaube, wir werden mit der gefundenen Lösung unserer Verantwortung uns selbst, den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Gesellschaft gegenüber gerecht. Wir haben gute Argumente. Ich bin sicher, die Bürgerinnen und Bürger werden diese akzeptieren.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und des Abg. Pörksen, SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Eymael das Wort.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch für meine Fraktion gilt, wir brauchen eine angemessene Beamtenbesoldung. Die Beamten haben im Verhältnis zu anderen Gruppen des öffentlichen Dienstes in der Vergangenheit mehr Opfer gebracht. Ich erinnere daran, dass das Weihnachtsgeld gekürzt wurde. Die 40-Stunden-Woche wurde eingeführt. Die Eigenbeteiligung bei der Beihilfe wurde eingeführt. Die Jubiläumswendung wurde abgeschafft. Es gibt eine ganze Einsparliste, und die Beamten – zumindest im gehobenen und im höheren Dienst – haben auch wenig an Gehaltserhöhungen in den Jahren 2007 und 2008 partizipiert, nämlich nur mit jeweils 0,5 %. Wir hatten damals eigentlich einen Antrag gestellt, dass auch schon damals sozusagen der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst übernommen wird. Das wären 2,9 % für das Jahr 2008 gewesen. Dies wurde hier im Plenum von der Mehrheitsfraktion anders gesehen.

Im Übrigen sind auch die Gehälter und die Löhne in der gewerblichen Wirtschaft im Jahr 2008 um durchschnittlich 3,5 % gestiegen. Die Diätenerhöhung betrug in den Jahren 2007 und 2008 jeweils auch 0,5 %.

Ich meine, dass die allgemeine Einkommensentwicklung an den Beamten nicht vorbeigehen darf. Wenn man sich dann entschließt, parallel ein Verfahren einzuführen, mit dem man analog das Tarifergebnis für die Beschäftigten der Länder für die Beamten übernimmt – darauf hat man sich verständigt –, ist dieses Vorgehen auch angemessen für die Erhöhung der Diäten für die Abgeordneten.

Abgeordnete haben einen Stellenwert in der Öffentlichkeit. Das hat im Übrigen auch das Bundesverfassungsgericht immer wieder zum Ausdruck gebracht. So hat es z. B. gesagt: Die Entschädigung der Abgeordneten muss nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts der Bedeutung des Amtes unter Berücksichtigung

der damit verbundenen Verantwortung und Belastung und des diesem Amt im Verfassungsgefüge zukommenden Ranges auch gerecht werden.

Wenn wir uns als Abgeordnete mit Beamten des höheren Dienstes vergleichen, macht es Sinn, eine ähnliche Erhöhung vorzunehmen. Die Abgeordneten sind ungefähr auf A 15 gestellt. Die ganze Ministerialbürokratie im höheren Dienst profitiert von dem Tarifabschluss – nichts gegen die Ministerialbürokratie –, der jetzt für die Beamten übernommen wird. Deshalb bietet es sich an, auch für die Abgeordneten eine ähnliche Erhöhung umzusetzen und durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, ich meine, dass das, was jetzt vorgesehen ist, angemessen ist und man die 40 Euro plus 3 % in diesem Jahr und ab März nächsten Jahres weitere 1,2 % als angemessen bezeichnen kann.

Es ist auch nach mehr als zehn Jahren angemessen, die allgemeine Unkostenpauschale leicht zu erhöhen. Eine Erhöhung der Fahrkostenpauschale ist deshalb angemessen, weil die Wegstreckenentschädigung im öffentlichen Dienst ebenfalls angehoben worden ist. Insofern handelt es sich um ein paralleles Verfahren.

Meine Fraktion wird den Gesetzentwürfen zustimmen.

Ich will noch einmal das wiederholen, was Herr Kollege Bracht bereits zum Ausdruck gebracht hat: Wir brauchen mehr Bewerberinnen und Bewerber für die Parlamente in der Politik. Die Position eines Abgeordneten muss eine gewisse Attraktivität haben. Vor allem muss ein Abgeordneter aber unabhängig sein. Alle gesellschaftlichen Gruppen sollen im Parlament vertreten sein. Das ist leider nicht der Fall. Das trifft auch auf dieses Parlament nicht zu. Deshalb müssen wir ein Stück weit für dieses Mandat werben, ohne allerdings die Angemessenheit in der Diätenfrage zu überschreiten.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen deshalb zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und FDP „Landesgesetz zur Integration der jährlichen Sonderzahlung und zur Anpassung der Besoldung und Versorgung 2009/2010 (LBVAnpG 2009/2010)“ – Drucksache 15/3224 – in zweiter Beratung, da die Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme empfiehlt. – Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen aller drei Fraktionen angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. – Wer zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Damit ist das Landesgesetz einstimmig angenommen.

Wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und FDP „...tes Landesgesetz zur Änderung des Abgeordneten-

gesetzes Rheinland-Pfalz und des Fraktionsgesetzes Rheinland-Pfalz“ – Drucksache 15/3225 –, da die Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme empfiehlt. – Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen aller drei Fraktionen angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. – Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom

Platz zu erheben. – Damit ist das Landesgesetz einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angekommen. Ich lade Sie zur morgigen 66. Plenarsitzung um 09:30 Uhr ein. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg bzw. einen schönen Parlamentarischen Abend.

E n d e d e r S i t z u n g : 18:35 Uhr.